Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

motra
Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung

Forschungsbericht No. 4

Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021

- Deskriptive Grundauswertungen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Menschen in Deutschland 2021“ -

Peter Wetzels, Katrin Brettfeld, Rebecca Endtricht,
Diego Farren und Jannik M.K. Fischer

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg

Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft
Institut für Kriminologie
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

Hamburg, August 2022

© 2022 by the authors. All rights reserved.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung
Bundesministerium des Innern und für Heimat

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG 1

2 ERHEBUNGSMETHODE, STICHPROBENDESIGN, RÜCKLAUFQUOTEN UND MERKMALE DER ERREICHTEN STICHPROBEN 3

2.1 STICHPROBENDESIGN 3
2.2 RÜCKLAUFQUOTEN UND TEILNEHMERZAHLEN 4
2.2.1 Die erreichte Gesamtstichprobe 4
2.2.2 Die Teilstichprobe der Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit 6

3 KONFRONTATIONEN MIT UND BEOBACHTUNGEN VON INTOLERANZ UND POLITISCHEN EXTREMISMEN IM EIGENEN LEBENSUMFELD 7

3.1 BEOBACHTUNGEN INTOLERANTER UND POLITISCH RADIKALER AKTIVITÄTEN 8
3.2 PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT DURCH FORMEN VON INTOLERANZ: VERBREITUNG DER INDIVIDUELLEN VIKTIMISIERUNG DURCH DISKRIMINIERUNG 15
3.3 BEOBACHTUNG POLITISCH-EXTREMISTISCHER AKTIVITÄTEN UND SUBJEKTIV ERLEBTE BEDROHUNG DURCH POLITISCH MOTIVIERTE GEWALT 21

4 DEMOKRATIEDISTANTE EINSTELLUNGEN 29

4.1 DIE SKALA ZUR MESSUNG DEMOKRATIEDISTANTER EINSTELLUNGEN 30
4.2 ZUR VERBREITUNG DEMOKRATIEDISTANTER EINSTELLUNGEN 32
4.2.1 Ausprägungen demokratiedistanter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen 33
4.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit demokratiedistanten Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland 36
4.2.3 Raten demokratiedistanter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen 36
4.2.4 Subdimensionen der Demokratiedistanz nach Parteipräferenzen 38
4.2.5 Die Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen in den Bundesländern 40

5 INTOLERANTE EINSTELLUNGEN GEGENÜBER FREMDGRUPPEN UND MINDERHEITEN 41

5.1 DIE SKALA ZUR MESSUNG INTOLERANTER EINSTELLUNGEN 42
5.2 ZUR VERBREITUNG INTOLERANTER EINSTELLUNGEN 43
5.2.1 Ausprägungen intoleranter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen 44
5.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit intoleranten Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland 46
5.2.3 Raten intoleranter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen 47
5.2.4 Die vier Subdimensionen der Intoleranz 52
5.2.5 Die Verbreitung intoleranter Einstellungen in den Bundesländern 53

6 RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN 54

6.1 DIE SKALA ZUR MESSUNG RECHTSEXTREMER EINSTELLUNGEN 55
6.2 ZUR VERBREITUNG RECHTSEXTREMER EINSTELLUNGEN 56
6.2.1 Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen 57
6.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit rechtsextremen Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland 60
6.2.3 Raten rechtsextremer Einstellungen bei verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen 61
6.2.4 Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in den Bundesländern 66

7 ISLAMISMUSAFFINE EINSTELLUNGEN 67

7.1 DIE SKALA ZUR MESSUNG ISLAMISMUSAFFINER EINSTELLUNGEN 69
7.2 ZUR VERBREITUNG ISLAMISMUSAFFINER EINSTELLUNGEN 71
*7.2.1 Ausprägungen islamismusaffiner Einstellungen in verschiedenen Teilgruppen der in Deutschland lebenden Muslim*innen 71*
*7.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit islamismusaffinen Einstellungen unter in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen 74*
*7.2.3 Raten islamismusaffiner Einstellungen in Teilgruppen der in Deutschland lebenden Muslim*innen 75*

8 EINSTELLUNGEN ZU POLITISCH MOTIVIERTER GEWALT 78

8.1 PÄNOMENÜBERGREIFENDE EINSTELLUNGEN ZU POLITISCH MOTIVIERTER GEWALT 79
8.1.1 Die Skala zur Messung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt 79
8.1.2 Verbreitung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen 81
8.1.3 Verbreitung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt bei Personen mit demokratiedistanten, rechtsextremen oder intoleranten Einstellungen 83

8.2 EINSTELLUNGEN ZU ISLAMISTISCH MOTIVIERTER GEWALT 85
8.2.1 Die Skala zur Messung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt 85
*8.2.2 Zur Verbreitung islamistisch motivierter Gewalt bei Muslim*innen in Deutschland 87*
*8.2.3 Verbreitung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt bei Muslim*innen mit islamismusaffinen Einstellungen 88*

9 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK 89

1 Einleitung

In diesem Bericht werden die Ergebnisse deskriptiver Grundauswertungen der ersten Welle der bundesweit repräsentativen Einstellungsbefragung „Menschen in Deutschland 2021“ (MiD 2021) vorgestellt.

Die Studie ist Bestandteil des nationalen, durch das BMBF[1] und das BMI[2] geförderten Forschungsverbundes MOTRA[3], innerhalb dessen insgesamt acht Institutionen aus Wissenschaft, Forschung und Zivilgesellschaft als Kooperationspartner zusammenarbeiten, ihre Forschungen aufeinander beziehen und miteinander abstimmen (vgl. dazu Kemmesies & Wetzels 2021, S. 15 ff.). Eine zentrale übergeordnete Zielsetzung der Forschungsarbeiten dieses Verbundes besteht darin, das Radikalisierungsgeschehen in Deutschland möglichst umfassend - d.h. sowohl phänomenübergreifend als auch phänomenspezifisch - unter Einsatz verschiedener Datenquellen und Erhebungsmethoden zu beobachten und diesbezüglich zentrale Einflussfaktoren wie auch Veränderungen zeitnah zu identifizieren, um so gewonnene Erkenntnisse für Wissenschaft, Politik und Praxis zur Verfügung zu stellen.

Um dies zu realisieren, werden unter anderem in jährlichem Abstand repräsentative Befragungen der bundesdeutschen Wohnbevölkerung durchgeführt. In der ersten Projektphase von MOTRA (Nov. 2019 bis Nov. 2024) sind vier Befragungen der erwachsenen Wohnbevölkerung ab 18 Jahren vorgesehen. Ergänzend dazu werden in diesem Zeitraum weiter zwei Befragungen junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren stattfinden (vgl. zum Gesamtkonzept Brettfeld et al., 2021a).

Das Ziel dieser Trendstudien ist es, ein kontinuierliches Monitoring sowohl extremismusaffiner Einstellungen in der Bevölkerung als auch der individuellen Konfrontationen mit Formen des politischen Extremismus im Alltagsleben von Menschen in Deutschland sowie deren Betroffenheit durch Intoleranz und vorurteilsbehaftete Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung zu etablieren. Die Studien sollen – im Zusammenspiel mit den Arbeiten der übrigen Partner des MOTRA-Forschungsverbundes - dazu beitragen, frühzeitig sich anbahnende Entwicklungen von Radikalisierung und politischen Extremismen identifizieren, deren Hintergründe analysieren und die jeweiligen Problembereiche sozial lokalisieren zu können. Informationen dieser Art sind ein wichtiger Bestandteil eines praxisbezogenen, auf universelle und selektive Prävention ausgerichteten, multimethodalen Monitorings auf wissenschaftlicher Basis.

Die bundesweite repräsentative Befragung „Menschen in Deutschland 2021“ wurde federführend durch das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) in Kooperation mit Kolleg*innen des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg sowie der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) konzipiert (vgl. zum Erhebungsinstrument Brettfeld et al. 2021b). Die Feldarbeiten zur ersten Welle wurden in der Zeit vom 18. März bis zum 10. Juni 2021 in Zusammenarbeit mit dem Feldforschungsinstitut KANTAR GmbH realisiert.

[1] Bundesministerium für Bildung und Forschung
[2] Bundeministerium des Inneren und für Heimat
[3] Monitoring und Transferplattform Radikalisierung

Neben der Erhebung spezifischer Einstellungen der Befragten, ihren politischen Haltungen und ihrem Verhältnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und grundlegenden Freiheitsrechten, wurden auch Angaben der Befragten zu ihren individuellen Konfrontationen mit und der Beobachtung von verschiedenen Erscheinungsformen politischer Extremismen sowie politisch relevanten Formen von Intoleranz und Diskriminierung in deren unmittelbaren Lebensumfeldern erfasst. Darin einbezogen sind auch persönliche Erfahrungen damit, Adressat bzw. Opfer von Intoleranz, Vorurteilen oder Ausgrenzung gewesen zu sein.

Die Analyse solcher alltäglichen subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen sozialer Phänomene und Prozesse gestattet es, aus der Perspektive der Befragten als Betroffene wie auch Beobachtende, d.h. als Expert*innen für ihr eigenes Lebensumfeld, etwas über die Relevanz von Extremismen im Alltag der Bevölkerung sowie über soziale Kontexte zu erfahren, in denen diese eine Rolle spielen.

Im Folgenden werden, nach einer prägnanten Darstellung des methodischen Vorgehens und einer Beschreibung der mit der Erhebung MiD 2021 erreichten Stichproben (Kapitel 2), zunächst Befunde zu den Wahrnehmungen von politischen Extremismen und Formen der Intoleranz dargestellt, welche die Befragten in Bezug auf ihr Lebensumfeld registriert und beschrieben haben (Kapitel 3).

Danach folgen Ergebnisse zur Verbreitung demokratiedistanter, intoleranter sowie extremismusaffiner Einstellungen: In Kapitel 4 werden zunächst allgemein demokratiedistante Einstellungen in den Blick genommen. Darunter werden phänomenübergreifend, d.h. unabhängig von einer möglicherweise dahinterstehenden politischen Verortung oder Ideologie beschreibbare Einstellungen im Sinne einer Ablehnung grundlegender Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates sowie damit verbundener zentraler Freiheits- und Menschenrechte verstanden. Anschließend werden in Kapitel 5 - ebenfalls unabhängig von damit verbundenen politischen Ideologien und insofern gleichfalls phänomenübergreifend - Ausmaß und soziale Verteilung unterschiedlicher Formen von Vorurteilen und intoleranten Einstellungen untersucht, darunter insbesondere Homosexuellenablehnung, Antisemitismus, Ausländerablehnung und Islamablehnung. In den daran anschließenden beiden Kapiteln werden zwei ideologie- und phänomenspezifische Formen extremismusaffiner Einstellungen fokussiert: Kapitel 6 befasst sich mit rechtsextremen Einstellungen während in Kapitel 7 - begrenzt auf die Teilstichprobe der in Deutschland lebenden Muslim*innen - islamismusaffine Einstellungen im Sinne der Akzeptanz eines religiös-politischen-Extremismus in den Blick genommen werden.

Kapitel 8 befasst sich schließlich mit der Verbreitung der Akzeptanz von politisch motivierter Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Solche gewaltbefürwortenden Einstellungen werden im vorliegenden Kontext nicht als ein notwendiger Bestandteil extremismusaffiner Einstellungen angesehen. Die Kombination einer extremismusaffinen oder intoleranten Haltung mit einer Befürwortung oder Akzeptanz politisch motivierter Gewalt markiert vielmehr eine spezifische Teilgruppe extremistisch eingestellter Personen, die eine besondere gesellschaftliche Bedrohung und Herausforderung darstellt. Diese Teilgruppe besitzt mit Blick auf Prävention auch in praktischer Hinsicht eine erhöhte Relevanz. Insoweit werden in diesem Kapitel Zusammenhänge zwischen extremismusaffinen politischen Einstellungen und dem Grad der Gewaltakzeptanz hergestellt, um auf Basis der Stichproben für die Gesamtbevölkerung zu Schätzungen der Größenordnung jener Risikogruppen von Erwachsenen zu gelangen, die sich als extremismusaffin und zugleich politische Gewalt akzeptierend darstellen.

Zum Abschluss erfolgt in Kapitel 9 eine knappe Zusammenfassung zentraler deskriptiver Befunde sowie ein kurzer Ausblick auf geplante weitere Untersuchungsschritte.

Mit den hier vorgelegten Analysen wird zunächst rein deskriptiv die Verbreitung und soziale Verortung der in MiD 2021 untersuchten Phänomene in den Blick genommen. Dabei handelt es sich um eine Auswahl zentraler Ergebnisse, welche die relevanten abhängigen Variablen des Einstellungsmonitorings betreffen. Insbesondere werden Schätzungen der Größenordnung entsprechender Risikopotentiale in der Gesamtbevölkerung auf repräsentativer Datenbasis vorgenommen, d.h. die Prävalenzraten entsprechender Phänomene in der Population der erwachsenen Wohnbevölkerung werden unter Berücksichtigung von stichprobenbedingten Ungenauigkeiten geschätzt. Diese Schätzungen stellen den Startpunkt kommender Trendanalysen zu möglichen Entwicklungen und Veränderungen der untersuchten Einstellungen dar.

Multivariate Analysen der Effekte möglicher Bedingungsfaktoren sind nicht Gegenstand des hier vorgelegten Berichtes. Diese sind aktuell auf dem Wege und werden Thema künftiger Publikationen aus diesem Teilvorhaben des MOTRA Gesamtverbundes sein (vgl. für erste Befunde in diesem Sinne Fischer et al., 2022, Wetzels et al. 2022).

2 Erhebungsmethode, Stichprobendesign, Rücklaufquoten und Merkmale der erreichten Stichproben

Bei der Studie MiD 2021 handelt es sich um eine standardisierte Befragung einer repräsentativen Personenstichprobe aus der Grundgesamtheit der in Deutschland lebenden erwachsenen Wohnbevölkerung im Alter ab 18 Jahren. Die Auswahl der Befragungsteilnehmer*innen erfolgte auf Basis von Informationen der Einwohnermeldeämter zur registrierten erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland.

Die Studie wurde im sogenannten Mixed-Mode-Design durchgeführt, d.h. die um Teilnahme gebetenen Personen konnten wählen, ob sie an der Befragung in schriftlich-postalischer Form oder Online teilnehmen (zu Einzelheiten vgl. Endtricht et al. 2022).

2.1 Stichprobendesign

Das Stichprobendesign wurde so gestaltet, dass hinreichend viele Personen erreicht werden konnten, um Analysen auf repräsentativer Datenbasis sowohl für die erwachsene Gesamtbevölkerung als auch für bestimmte Teilgruppen in Deutschland lebender Menschen (hier insbesondere Personen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit) zu ermöglichen.

Um dies zu realisieren wurden im Rahmen der Stichprobenplanung zusätzlich zu einer repräsentativen Zufallsstichprobe der erwachsenen deutschen Wohnbevölkerung (Stichprobe 1: Zielgröße n = 2 000) auch zwei sog. Oversamples vorgesehen: Ein Oversample von Personen mit Migrationshintergrund (Stichprobe 2: Zielgröße n = 1 000) sowie ein weiteres Oversample speziell von Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern (Stichprobe 3: Zielgröße n = 1 000 Muslim*innen) (zu Details des Erhebungsinstrumentes und des Stichprobendesigns vgl. Brettfeld et al. 2021a, Endtricht et al. 2022).

Die Auswahl der Teilnehmer*innen erfolgte über eine Zufallsziehung von Adressen aus dem Register der Einwohnermeldeämter. Für die Ziehung der Teilstichproben der Personen mit Migrationshintergrund sowie der Personen mit muslimischer

Religionszugehörigkeit wurde zusätzlich auf onomastische Verfahren zurückgegriffen (vgl. dazu im Einzelnen Endtricht et al. 2022). Die so ausgewählten Zielpersonen wurden über ihre Wohnadressen (Meldeadressen) schriftlich kontaktiert und um Teilnahme an der Erhebung gebeten. In einem Anschreiben wurden sie über die Zielsetzung der Studie, die Vorkehrungen zum Datenschutz sowie über die Formen der Befragung informiert.

Die angeschriebenen Personen konnten wählen, ob sie den zeitgleich übersandten Fragebogen verwenden oder aber online an der Befragung teilnehmen möchten. Im Rahmen der Online-Erhebung bestand zudem die Möglichkeit, zwischen sieben der - angesichts der avisierten Teilnehmer*innen - wichtigsten Sprachen auszuwählen. Auch darüber wurden die Angeschriebenen – in allen sieben Sprachen – beim schriftlichen Erstkontakt informiert. Allen um Teilnahme gebetenen Personen wurden mit dem ersten Anschreiben 5 Euro als Dank und Anerkennung für ihre Teilnahmebereitschaft übersandt.

2.2 Rücklaufquoten und Teilnehmerzahlen

Nach Abzug der als qualitätsneutral einzustufenden adressbedingten Ausfälle beläuft sich die Bruttozahl der um Teilnahme an der Studie gebetenen Personen auf n = 19 006. Von diesen nahmen n = 4 483 Personen an der Befragung teil, für die verwertbare Fragebögen vorliegen. Die Gesamtrücklaufquote beläuft sich damit insgesamt auf 23.6%, was im Vergleich zu thematisch und methodisch ähnlichen Studien als gut bezeichnet werden kann.

Die Rücklaufquote in der Repräsentativstichprobe (Stichprobe 1) ist mit 36.6% besonders hoch. Für das Oversample der Personen mit Migrationshintergrund (Stichprobe 2) beträgt die Rücklaufquote 22.3% und für das Oversample der Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern (Stichprobe 3) 16.8%.

Zur Sicherstellung der Repräsentativität und Verallgemeinerbarkeit wurden die Daten einem mehrstufigen Gewichtungsprozess unterzogen. Nach Design- und Nonresponse-Gewichtungen erfolgte eine Kalibrierung (Redressement). Auf diesem Wege wurden die Disproportionen durch die Oversamplings ausgeglichen und Abweichungen der realisierten Stichprobe von extern verfügbaren amtlichen Strukturdaten korrigiert (zu den Details siehe Endtricht et al. 2022). Alle im Folgenden vorgestellten Ergebnisse basieren auf gewichteten Daten.

2.2.1 Die erreichte Gesamtstichprobe

Von den n = 4 483 Befragten der gewichteten Gesamtstichprobe sind 51.2% Frauen und 48.8% Männer. Die Altersspanne reicht von 18 bis 99 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei MW = 50.9 Jahren (SD = 18.8). Etwa ein Drittel der Befragten (32.8%) gab auf die Frage nach der höchsten schulischen Bildung einen Hauptschulabschluss an oder erklärte, gar keinen Schulabschluss erworben zu haben. Ein weiteres Drittel (31.6%) hat die mittlere Reife und weitere 35.6% das Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss erworben.

Knapp ein Viertel (23.4%) der Gesamtstichprobe weist einen Migrationshintergrund auf. Von diesen wiederum sind 66.1% selbst nach Deutschland zugewandert, 33.9% sind in Deutschland geboren. Der weit überwiegende Teil (85.8%) der Befragten besitzt nur die deutsche Staatsbürgerschaft. Weitere 2.7% besitzen neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch eine weitere und 11.5% sind ausländische Staatsangehörige.

Das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen der Gesamtstichprobe liegt bei 28 443 €. Der von Statistischen Bundesamt für die Deutsche Wohnbevölkerung im Jahr

2021 berichtete Wert beträgt 29 090€ und liegt damit innerhalb des Konfidenzintervalls unserer Gesamtstichprobe (26 956 € bis 29 930 €).

Insgesamt finden sich nur marginale Abweichungen der Verteilung soziodemographischer Merkmale in der gewichteten Gesamtstichprobe von den entsprechenden Daten zur Gesamtbevölkerung, wie sie sich aus amtlichen Statistiken ergeben (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Verteilung soziodemographischer Merkmale in der Gesamtstichprobe im Vergleich zu amtlichen Daten (Angaben in Prozent)

	Gesamtstichprobe (N=4 483)	Referenz*
Geschlecht		
weiblich	51.2	51.1
männlich	48.8	48.9
Alter (MW)	50.9	50.9
Migrationshintergrund		
Ohne MHG	76.6	76.2
Mit MHG	23.4	23.8
Bildungsstand		
kein Abschluss/max. 7 Jahre	4.2	4.2
Haupt-/Volksschule	28.6	29.7
Mittlere Reife	31.6	31.2
Fach-/Hochschulreife	35.6	34.8

*Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2019

Dies gilt auch für die regionale Verteilung der Stichprobe über die verschiedenen Bundesländer (Tabelle 2).

Tabelle 2: Verteilung der gewichteten Gesamtstichprobe nach Bundesländern (Angaben in Prozent)

	Gesamtstichprobe (N=4 483)	Referenz*
Bundesland		
Schleswig-Holstein	3.1	3.5
Hamburg	2.2	2.2
Niedersachsen	9.7	9.6
Bremen	0.8	0.8
Nordrhein-Westfalen	21.7	21.5
Hessen	7.6	7.5
Rheinland-Pfalz	4.8	4.9
Baden-Württemberg	13.4	13.3
Bayern	15.9	15.8
Saarland	1.0	1.2
Berlin	4.4	4.4
Brandenburg	3.1	3.1
Mecklenburg-Vorpommern	2.0	2.0
Sachsen	5.0	4.9
Sachsen-Anhalt	2.7	2.7
Thüringen	2.6	2.6

* Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2019

Hier ist zu beachten, dass trotz der großen Stichprobe die Fallzahlen in einigen Ländern recht niedrig sind, sodass Schätzungen dort ungenau werden bzw. speziell in Bezug auf das Saarland (n = 13) letztlich nicht mehr interpretiert werden sollten.

In der Summe gestattet die insoweit gute Qualität der gewichteten Stichprobe, Schätzungen für die Population der erwachsenen Wohnbevölkerung auf einer repräsentativen Datenbasis vorzunehmen.

2.2.2 Die Teilstichprobe der Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit

Für spezifische Analysen von Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit stehen aus allen drei Teilstichproben Daten von insgesamt n = 1 310 Befragten zur Verfügung, die sich selbst auf die Frage nach der Religionszugehörigkeit als Muslim*in einordnen. Von diesen stammen n = 85 (6.5%) aus der repräsentativen Bevölkerungsstichprobe (Stichprobe 1), weitere n = 140 (10.7%) aus dem Oversample von Personen mit Migrationshintergrund (Stichprobe 2) sowie n = 1 085 (82.8%) aus dem Oversample, das Personen aus muslimischen Herkunftsländern umfasst (Stichprobe 3).

Für spezielle Auswertungen, die sich auf Muslim*innen beziehen, wurden die in diesen drei Stichproben erreichten Personen zu einer eigenen Teilstichprobe zusammengefasst. Für diese so gebildete Teilstichprobe der Muslim*innen wurden gesonderte Gewichtungen durchgeführt, um sicherzustellen, dass Verallgemeinerungen mit Blick auf die Grundgesamtheit der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen ab dem Alter von 18 Jahren möglich sind und Verzerrungen in Relation zu dieser Grundgesamtheit soweit möglich vermieden werden.

> Dabei war zu beachten, dass das Oversample der Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern (Stichprobe 3) so geschichtet wurde, dass auch Personen aus solchen Herkunftsregionen in substanzieller Anzahl der Befragung vertreten sind, deren Anteile in einer nicht entsprechend geschichtet konzipierten Stichprobe sehr gering gewesen wären, weshalb aussagefähige Analysen in Bezug auf verschiedene Herkunftsregionen nicht mehr möglich gewesen wären. Diese Schichtung führt jedoch zugleich auch dazu, dass Muslim*innen aus dem Nahen Osten, aber auch aus Asien und Afrika, in der ungewichteten Stichprobe der Muslim*innen, überproportional häufig vertreten sind, während Muslim*innen aus der Türkei und dem Balkan in geringerem Umfang in dieser ungewichteten Teilstichprobe enthalten sind, als es ihrem Anteil an der muslimischen Bevölkerung in Deutschland tatsächlich entsprechen würde. Durch den für diese Teilstichprobe weiteren spezifischen Gewichtungsvorgang wurden Muslim*innen aus den Regionen Türkei und dem Balkan entsprechend ihrem tatsächlichen Anteil an der Bevölkerung in Deutschland etwas höher gewichtet sowie Muslim*innen aus Asien, Afrika und dem Nahen Osten hingegen heruntergewichtet, um so auch diese Disproportionen der geschichteten ursprünglichen Ziehung auszugleichen.

55.7% der befragten Muslim*innen sind Männer und 44.3% Frauen. Das Durchschnittsalter beträgt in dieser Teilstichprobe MW = 37.7 Jahre und liegt damit deutlich unter dem der Gesamtstichprobe (MW = 50.9 Jahre).

Der Großteil der erreichten Muslim*innen (65.6%) ist selbst nach Deutschland zugewandert. Knapp ein Drittel von ihnen (31.5%) gehört der 2. Generation an. Weitere 2.9% weisen keinen Migrationshintergrund auf. Weniger als die Hälfte der befragten Muslim*innen besitzt eine deutsche Staatsangehörigkeit (40.6%), darunter befinden sich auch jene 4.5%, die neben der deutschen auch noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen.

58.1% aus der gewichteten Stichprobe der Muslim*innen stammen aus der Region Türkei/Balkan, 21.2% aus dem Nahen Osten und 15.8% aus einem Land in Asien oder

Afrika. Die restlichen 4.8% stammen mehrheitlich aus europäischen Staaten, n = 5 gaben als Herkunftsregion ein Land aus Nord- oder Südamerika bzw. Australien an.

Der überwiegende Teil dieser Stichprobe (57.8%) weist einen niedrigen Bildungsabschluss auf (Hauptschule, vergleichbaren Abschluss oder keinen Schulabschluss). Es finden sich hier deutliche Divergenzen der Bildung in Abhängigkeit vom Alter: Jüngere Muslim*innen weisen ein erheblich höheres Bildungsniveau auf als die Älteren. In der Altersgruppe der über 60jährigen liegt der Anteil mit hoher Schulbildung (Abitur oder vergleichbar) bei 11.3%, bei den jüngeren zwischen 18 und 39 Jahren ist dieser Anteil mehr als dreimal so hoch (38.2%).

Fast zwei Drittel der befragen Muslim*innen leben in Großstädten: 36.5% in Gemeinden über fünfhunderttausend Einwohner und etwa ein Viertel in Städten, deren Größe zwischen einhundert- und fünfhunderttausend Einwohnern beträgt. Der ganz überwiegende Teil der befragten Muslim*innen lebt in Westdeutschland (89.2%), nur 10.8% leben in Ostdeutschland.

Der Median des den Muslim*innen zur Verfügung stehenden Nettoäquivalenzeinkommens liegt bei jährlich 14 400 € und beträgt damit nur etwa 58% des entsprechenden Einkommens, das durch das Statistische Bundesamt für die deutsche Gesamtbevölkerung im Jahr 2021 berichtet wurde (Median: 25 015 €).

Insgesamt entspricht die Verteilung der soziodemographischen Merkmale der Stichprobe der Muslim*innen nach den durchgeführten Gewichtungen in den für die Untersuchung zentralen Aspekten den Verhältnissen, wie sie sich auch aus aktuellen Studien zur Bevölkerungsgruppe der in Deutschland lebenden Muslim*innen ergeben (vgl. Pfündel et al. 2021). Von daher sind auf dieser gewichteten Stichprobe basierende Schätzungen für die Population der in Deutschland lebenden erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung ebenfalls hinreichend als repräsentativ abgesichert.

3 Konfrontationen mit und Beobachtungen von Intoleranz und politischen Extremismen im eigenen Lebensumfeld

Intoleranz und politische Extremismen können sich im Lebensalltag von Menschen in recht unterschiedlichen Formen manifestieren. Sie können für unbeteiligte Dritte beobachtbar sein oder auch als individuelle Betroffenheit persönlich direkt erfahrbar werden. Von daher besteht ein erster Weg, die Verbreitung derartiger Phänomene zu analysieren darin, Menschen im Hinblick auf ihre persönlichen Erlebnisse mit und Beobachtungen von Intoleranz oder Hass sowie für sie erkennbare Erscheinungsformen politischer Extremismen zu befragen, ohne dass die Befragten selbst entsprechende Einstellungen aufweisen oder als Handelnde in diesem Sinne aktiv gewesen sein müssten.

Ein solcher Zugangsweg hat den Vorteil, unabhängig von den verfügbaren amtlichen Daten und offiziellen Registrierungen durch Polizei und/oder Sicherheitsbehörden zu sein. Diese amtlichen Daten unterliegen stets der Einschränkung, abhängig von Kontrollintensitäten oder der Meldebereitschaft der Bevölkerung bzw. von der Erkennbarkeit oder von wandelbaren normativen Definitionen wie auch Registrierungsrichtlinien in Bezug auf die jeweiligen Phänomene zu sein. Insofern kann es, insbesondere mit Blick auf die Feststellung zeitlicher Trends, bei Verwendung amtlicher Daten zu durchaus erheblichen Verzerrungen kommen. Gleichzeitig ist aber zu beachten, dass Beobachtungen wie auch Berichte über die eigene Betroffenheit immer subjektiv sind und Bewertungsvorgänge

beinhalten. Sie erfolgen ggfs. auch interessengeleitet, was bei der Interpretation darauf basierender Befunde ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Sofern diese Einschränkungen beachtet werden, können unter Rekurs auf Beobachtungen und Berichte über persönliche Betroffenheiten, Einschätzungen der Verbreitung und Entwicklung intoleranter und politisch radikaler Aktivitäten sowohl für Deutschland insgesamt als auch in Bezug auf regionale Teilbereiche vorgenommen werden. Diese repräsentieren dann die Prävalenz und ggfs. auch subjektive Relevanz dieser Phänomene für den Lebensalltag der Menschen in Deutschland. Solche Daten lassen sich weiter auch nach bestimmten Merkmalen der beobachtenden und berichtenden Personen differenzieren, wie z.B. nach Altersgruppen, Geschlecht, Wohnort oder auch sozialer Schicht und Bildung, was es gestattet, Aufschluss über die soziale Verteilung entsprechender Phänomene zu erhalten. Dies ist auch insoweit wichtig, als dass sich sowohl die wahrgenommenen Ausschnitte des gesellschaftlichen Lebens als auch die für die Wahrnehmungen relevanten Bewertungsvorgänge zwischen verschiedenen Gruppen erheblich unterscheiden können.

In der vorliegenden Studie wurde zum einen das Miterleben bzw. die Wahrnehmung konkreter intoleranter und politisch radikaler Handlungen erfragt, darunter beispielsweise die Beobachtung von Beleidigungen oder von Angriffen mit rassistischen Motiven auf andere Menschen. Weiter wurden auch persönliche Viktimisierungserfahrungen der Befragten, so etwa in Form von eigenen Diskriminierungserlebnissen erfasst.

Darüber hinaus wurden noch als politisch-extremistisch benannte Aktivitäten in den Blick genommen und deren Beobachtung durch die Befragten wie auch ihre Bedrohungsgefühle in Bezug auf verschiedene Formen politisch-motivierter Gewalt erhoben.

3.1 Beobachtungen intoleranter und politisch radikaler Aktivitäten

Im Folgenden wird zunächst analysiert, in welchem Ausmaß Personen in ihrem Lebensumfeld im Laufe der letzten 12 Monate verschiedene Aktivitäten beobachtet haben, die als Formen von Intoleranz und Radikalisierung eingeordnet werden können. Dazu wurden typische Vorfälle dieser Art, jeweils unabhängig von deren möglichen spezifischen ideologischen bzw. politischen Motiven oder Zielen, den Befragten vorgelegt. Erfragt wurde, inwieweit die Befragten so etwas persönlich und unmittelbar in Form eigener visueller oder akustischer Wahrnehmungen (mit)erlebt haben.

Den Befragten wurden insgesamt acht solche Situationsbeschreibungen vorgelegt. Sie konnten dazu auf einer vierstufigen Skala von 1 = „nie“ bis 4 = „oft“ angeben, wie häufig sie Derartiges in den letzten 12 Monaten in ihrem persönlichen Umfeld erlebt haben. Vier dieser Situationen betreffen Formen der Intoleranz und beschreiben rassistische Vorfälle und Antisemitismus. Die übrigen vier Items beinhalten Verhaltensweisen Dritter, die auf eine mögliche politische Radikalisierung hinweisen.

Im Hinblick auf Intoleranz zeigt Tabelle 3, dass die Häufigkeit der Beobachtung verschiedener Manifestationen von Intoleranz sehr unterschiedlich ausfällt. Am seltensten (aber durchaus in relevantem Ausmaß) wurden direkt gegen Personen jüdischen Glaubens gerichtete Beschimpfungen beobachtet: 16% der Befragten haben dies in den letzten 12 Monaten tatsächlich selbst (mit)hören bzw. beobachten können. Die Wahrnehmung antisemitischer Schmierereien oder Parolen wurde demgegenüber deutlich häufiger berichtet. Fast die Hälfte (45.3%) der Befragten gab an, dies mindestens „selten“ gesehen

zu haben. Damit sind Erscheinungsformen des Antisemitismus in den letzten 12 Monaten von einer recht großen Gruppe der erwachsenen Wohnbevölkerung beobachtet worden.

Das Miterleben einer Beschimpfung oder eines Angriffs auf eine Person wegen ihrer Hautfarbe wurde von knapp einem Drittel der Befragten (30.7%) berichtet. Immerhin 12.1%, und damit eine durchaus relevante Minderheit, haben so etwas nicht nur einmal, sondern mindestens „manchmal“ oder „oft“ beobachtet.

Tabelle 3: Beobachtung von Intoleranz im eigenen Lebensumfeld in den letzten 12 Monaten (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrem persönlichen Umfeld...	nie	selten	manch-mal	oft	MW	SD	N
Rassismus							
selbst erlebt, dass Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurden?	58.0	25.6	12.6	3.9	1.62	0.85	4 443
selbst erlebt, dass eine andere Person wegen ihrer Hautfarbe beschimpft oder angegriffen wurde?	69.3	18.6	9.1	3.0	1.46	0.78	4 426
Antisemitismus							
selbst gehört, dass eine andere Person Menschen jüdischen Glaubens beschimpft hat?	83.9	10.8	4.4	0.9	1.22	0.56	4 417
selbst antisemitische Schmierereien oder Parolen gesehen?	54.7	28.4	12.6	4.3	1.67	0.86	4 402

42% gaben an, schon mal miterlebt zu haben, dass Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurden. „Manchmal“ oder „oft“ haben dies 16.5% erlebt. In der Summe sind damit Formen der Konfrontation mit Rassismus und Antisemitismus in der Wahrnehmung der Bevölkerung als recht verbreitet einzustufen, sie sind in gewissem Sinne für viele „Alltag“.

Aktivitäten, die auf eine politische Radikalisierung hinweisen, wurden im Vergleich zu intoleranten Aktivitäten im Durchschnitt seltener miterlebt (Tabelle 4). Am häufigsten berichteten Personen davon, mitbekommen zu haben, wie jemand sagte, man müsse das politische System in Deutschland notfalls mit Gewalt verändern. Dies haben 28.7%, also mehr als ein Viertel der Befragten selbst miterlebt. Ähnlich häufig wird die Beobachtung berichtet, dass eine Person sich online politisch radikale Inhalte angeschaut hat: 23.1% haben dies beobachtet.

Zwei Aktivitäten, die im Vergleich zu den beiden vorherigen Items deutlich klarer auf ein radikalisiertes Milieu verweisen, wurden demgegenüber seltener beobachtet. So haben 17.3% der Befragten mitbekommen, dass jemand für einen islamischen Gottesstaat geworben hat und 13.0% haben persönlich miterlebt, dass sich jemand einer radikalen politischen Gruppe angeschlossen hat.

Tabelle 4: Beobachtung politisch radikaler Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld in den letzten 12 Monaten (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrem persönlichen Umfeld...	nie	selten	manch-mal	oft	MW	SD	N
selbst mitbekommen, dass eine Person sich auf Internetseiten oder in Chatrooms politisch radikale Inhalte angeschaut hat?	76.9	13.0	7.1	3.0	1.36	0.75	4 391
selbst mitbekommen, dass jemand gesagt hat, man müsse das politische System in Deutschland notfalls mit Gewalt verändern?	71.3	18.8	7.5	2.4	1.41	0.73	4 419
selbst mitbekommen, dass Menschen für einen islamischen Gottesstaat geworben haben?	82.7	9.6	5.7	2.0	1.27	0.66	4 415
selbst mitbekommen, dass sich jemand einer radikalen politischen Gruppe angeschlossen hat?	87.0	8.5	3.8	0.7	1.18	0.52	4 408

Auf Basis dieser Fragen zu Beobachtungen von Intoleranz sowie politischer Radikalisierung wurden zwei dichotome Indikatoren gebildet, mit welchen die Verbreitung einer gehäuften, d.h. mehr als nur seltenen Beobachtung von Intoleranz und Radikalisierung erfasst wird. Der erste Indikator bildet die Beobachtung von Intoleranz ab und gibt die Prävalenz jener Fälle an, bei denen mindestens eine der vier Fragen zu Intoleranz mit „manchmal“ oder „oft“ beantwortet wurde.

Ähnlich wurde mit den Beobachtungen zu politischer Radikalisierung verfahren. Allerdings wurde hier das Item zum ‚Anschauen radikaler Inhalte im Internet‘ nicht verwendet, da eine solche Beobachtung keine eindeutigen Rückschlüsse auf eine tatsächliche Radikalisierung gestattet. Der zweite Indikator erfasst die Prävalenz der Beobachtung politischer Radikalisierung in der Weise, dass die Rate der befragten Person bestimmt wird, die bei mindestens einem der drei verbleibenden Items zu politischer Radikalisierung angegeben haben, so etwas „manchmal“ oder „oft“ beobachtet zu haben.

Im Ergebnis zeigt sich, dass 31.0% der Befragten mindestens eine der vier Formen von Intoleranz in den letzten 12 Monaten „manchmal“ oder „oft“ beobachtet haben. Die entsprechende Wahrnehmung politisch radikalisierter Aktivitäten im Hinblick auf die hier einbezogenen drei Formen wurde von 15.6% der Befragten berichtet, also deutlich seltener.

Intolerante Aktivitäten wurden signifikant häufiger von Männern beobachtet als von Frauen: Während fast ein Drittel der Männer (32.6%) dies in den letzten 12 Monaten beobachtet hat, ist die Rate bei Frauen mit 28.8% etwas geringer ($\chi^2 = 7.3$, df = 1, $p < .01$).

Deutlichere Unterschiede finden sich mit Blick auf das Alter: Jüngere Menschen zwischen 18 und 39 Jahren berichteten mit 43.6% deutlich häufiger über solche Beobachtungen. In den beiden anderen Altersgruppen ist das mit 26.5% (40-59 Jahre) bzw. 22.9% (60 J. und älter) nur etwa halb so oft der Fall ($\chi^2 = 162.6$, df = 2, $p < .001$). Mit Blick auf den Bildungsstand der Befragten zeigen sich keine relevanten Differenzen.

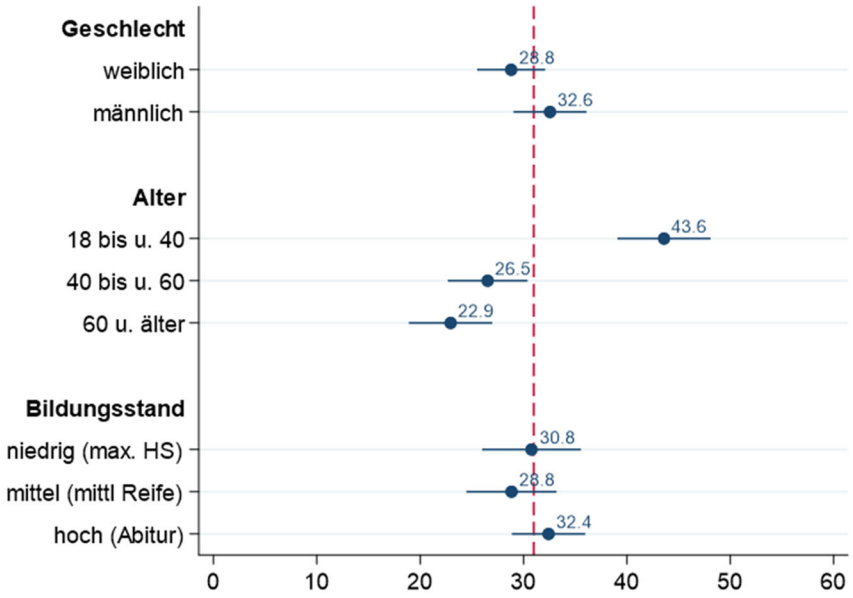


Abbildung 1: Beobachtung intoleranter Aktivitäten (mindestens „manchmal") nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (Prozent und 95% KI)

In Bezug auf Beobachtungen politischer Radikalisierung findet sich ein etwas stärkerer Unterschied zwischen Männern (19.5%) und Frauen (11.7%) (χ^2 = 51.3, df = 1, p < .001) (vgl. Abbildung 2).

Auch hier zeigt sich ein Altersunterschied: Personen zwischen 18 und 39 Jahren beobachteten am häufigsten Radikalisierung (24.2%). Bei Personen zwischen 40 und 59 Jahren liegt dieser Wert nur noch etwa halb so hoch (13.2%) und Personen ab 60 Jahren gaben mit 10.0% am seltensten solche Beobachtungen an (χ^2 = 120.8, df = 2, p < .001). Im Hinblick auf den Bildungsstand zeigen sich hingegen auch bei diesem Indikator keine statistisch bedeutsamen Differenzen.

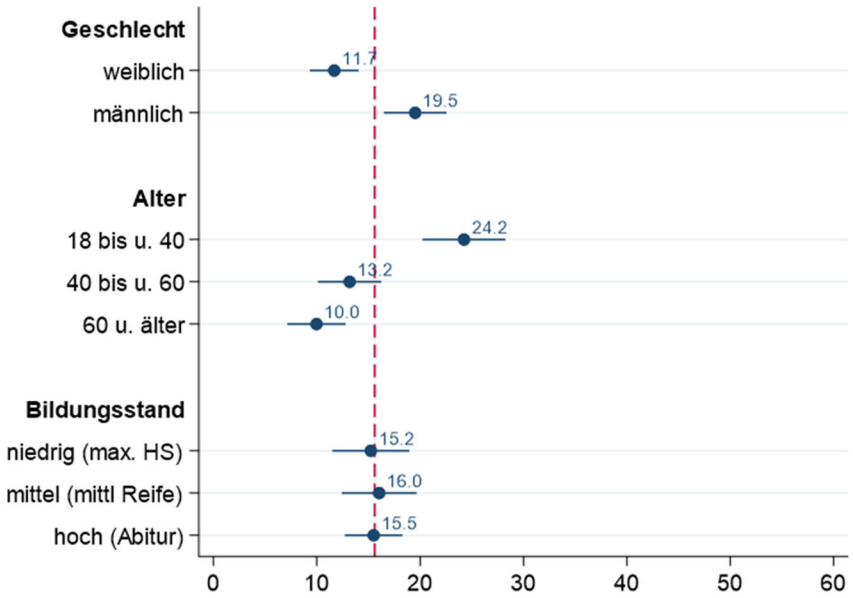


Abbildung 2: Beobachtung politisch radikaler Aktivitäten (mindestens „manchmal") nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (Prozent und 95% KI)

Diese Ergebnisse könnten einerseits darauf hindeuten, dass sich Männer sowie jüngere Personen eher in Kontexten bewegen, in denen es zu intoleranten und politisch radikalen

Handlungen kommt. Andererseits kann hier aber auch eine höhere Sensibilität dieser Personen für solche problematischen Situationen ein ausschlaggebender Faktor sein.

Eine höhere Sensibilität für intolerante oder radikale Inhalte wie auch eine spezifische Bewertung entsprechender Vorgänge kann sich nicht zuletzt auch aus eigenen Einstellungen der beobachtenden Personen ergeben. Der Einfluss solcher Faktoren wird nachfolgend auf Basis der politischen Selbstverortung der Befragten näher betrachtet.

Die Befragten waren unter anderem auch um Angaben zu ihrer politischen Orientierung gebeten worden. Auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) konnten sie angeben, wo sie sich selbst im klassischen Links-Mitte-Rechts-Schema verorten. Aus diesen Angaben wurde eine fünfstufige Skala gebildet (1, 2 = „links“, 3, 4 = „mitte-links“, 5, 6 = „mitte“, 7, 8 = „mitte-rechts“, 9, 10 = „rechts“).

Intolerante Aktivitäten wurden von Personen, die sich selbst in der politischen Mitte verorten, seltener beobachtet (27.5%) (Abbildung 3). Im linken, aber auch im ganz rechten politischen Spektrum wurden solchen Beobachtungen erheblich häufiger berichtet. Mit 46.8% gab fast die Hälfte der Befragten, die sich selbst politisch links verorten, Wahrnehmungen von Intoleranz in ihrer Umgebung an. Damit unterscheidet sich diese Gruppe signifikant von fast allen übrigen Gruppen ($\chi^2 = 67.2$, df = 4, $p < .001$). Mit 39.6% liegt diese Rate im rechten Spektrum allerdings nur leicht darunter. Aufgrund der geringen Anzahl der Personen, die sich selbst eindeutig im rechten Spektrum verorten, sind jedoch keine statistisch relevanten Unterschiede zu den übrigen Gruppen nachweisbar.

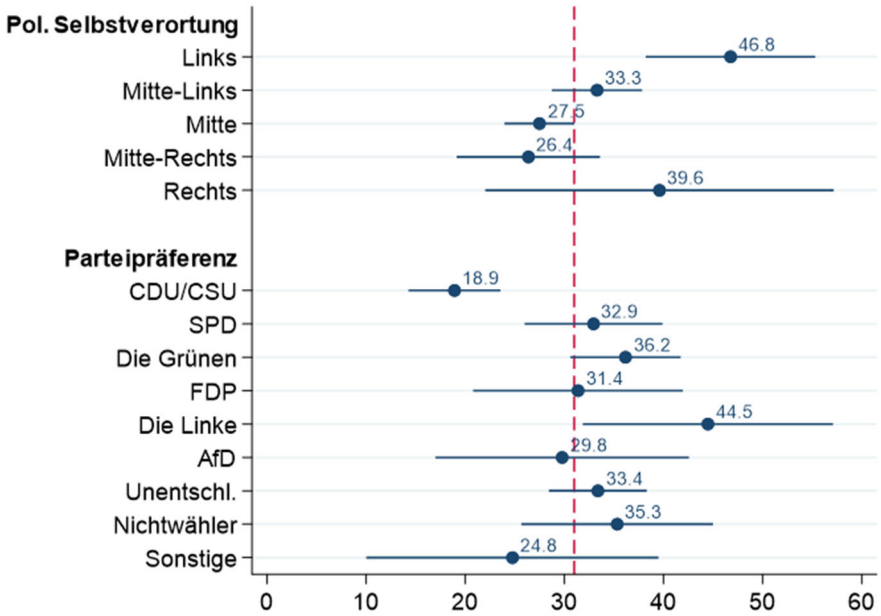


Abbildung 3: Beobachtung intoleranter Aktivitäten (mindestens „manchmal“) nach politischer Selbstverortung der Befragten (Prozent und 95% KI)

Diese Verteilung spiegelt sich nur teilweise in den Zusammenhängen der Wahrnehmungen von Intoleranz mit der Parteipräferenz der Befragten wider. Der Anteil der Personen, die intolerante Aktivitäten beobachtet haben, ist zwar unter den Wähler*innen der Linken am höchsten (44.5%), was dem hohen Anteil solcher Wahrnehmungen bei den sich selbst links verortenden Personen entspricht. Bezogen auf die übrigen Parteipräferenzen finden sich jedoch kaum statistisch auffällige Differenzen. Intolerante Aktivitäten wurden von 24.8% der Wähler*innen sonstiger Parteien beobachtet, bis hin zu 36.2% bei Wähler*innen des Bündnis90/Die Grünen. Deutlich darunter liegen

Personen, die sich in der Sonntagsfrage für die CDU/CSU entschieden haben. Von diesen berichteten 18.9% über solche Formen von Intoleranz (χ^2 = 92.6, df = 8, p < .001).

In Bezug auf die Beobachtung politisch radikaler Aktivitäten (Abbildung 4) zeigt sich nur partiell eine ähnliche Verteilung. Auch hier wurden die wenigsten Beobachtungen von Personen aus der politischen Mitte berichtet (13.7%). Im Unterschied zu intoleranten Aktivitäten wurden politisch radikale Aktivitäten aber am häufigsten von Personen aus dem rechten Spektrum (22.1%) bzw. aus dem Bereich mitte-rechts (24.7%) beobachtet. Der Anteil fällt bei Personen aus dem linken Spektrum mit 20.1% vergleichbar hoch aus. Die Häufigkeit solcher Beobachtungen ist zwischen Personen aus dem Bereich mitte-rechts und Personen, die sich in der politischen Mitte bzw. mitte-links verorten signifikant verschieden (χ^2 = 44.4, df = 4, p < .001).

Auch für die Zusammenhänge mit der Parteipräferenz der Befragten zeigen sich andere Muster in Bezug auf die Beobachtung radikaler Aktivitäten. Am häufigsten wurden derartige Beobachtungen von Wähler*innen der AfD angegeben (35.6%); direkt danach folgen Personen, welche Die Linke präferieren (25.4%). Zwischen diesen beiden Parteien liegen noch Personen, die nicht wählen gehen würden (26.2%) sowie Wähler*innen sonstiger Parteien (27.9%). Diese vier Teilgruppen unterscheiden sich statistisch signifikant von Wähler*innen der CDU/CSU und der SPD sowie Unentschlossenen mit einer Beobachtungsrate zwischen 11.3% und 12.7% (χ^2 = 131.3, df = 8, p < .001).

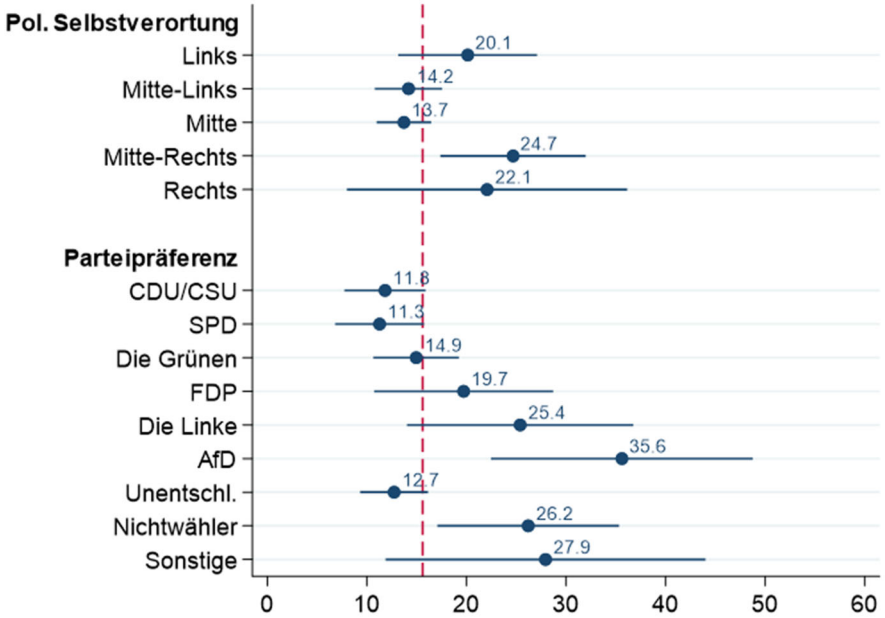


Abbildung 4: Beobachtung politisch radikaler Aktivitäten (mindestens „manchmal") nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Weiter findet sich ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den Befragten aus West- und Ostdeutschland (Abbildung 5): Während 29.7% der in Westdeutschland lebenden Befragten von intoleranten Aktivitäten in ihrem Umfeld berichteten, ist diese Rate für Ostdeutschland mit 35.9% erheblich höher (χ^2 = 12.9, df = 1, p < .001). Im Bereich der politischen Radikalisierung zeigen sich solche Differenzen hingegen nicht.

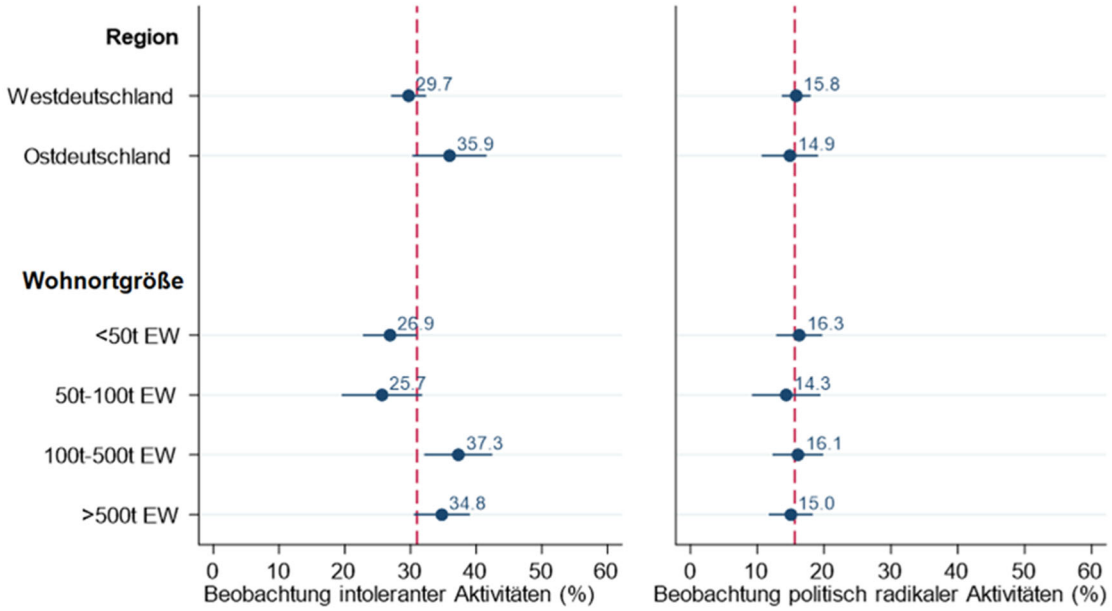


Abbildung 5: Beobachtung intoleranter und politisch radikaler Aktivtäten (mindestens „manchmal") nach Region und Wohnortgröße (Prozent und 95% KI)

In Bezug auf die Größe des Wohnorts zeigen sich ebenfalls statistisch bedeutsame Unterschiede, allerdings auch hier nur soweit es um die Beobachtung von Intoleranz geht. Demnach wurden in kleineren Orten mit bis zu 100.000 Einwohnern intolerante Aktivitäten von etwa einem Viertel der Befragten beobachtet (26.9% bzw. 25.7%) wohingegen in Städten ab 100.000 Einwohnern 37.3% und in Großstädten ab 500.000 Einwohnern 34.8% der Befragten von solchen Beobachtungen berichteten ($\chi^2 = 46.7$, df = 3, $p < .001$).

Eine Analyse der Wahrnehmung intoleranter und politisch radikaler Aktivitäten über die 16 Bundesländer ergibt ein uneinheitliches Bild. Mit deutlichem Abstand wurden intolerante Aktivitäten (Abbildung 6, links) am häufigsten in Schleswig-Holstein (50%) sowie in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (jeweils 42%) beobachtet.

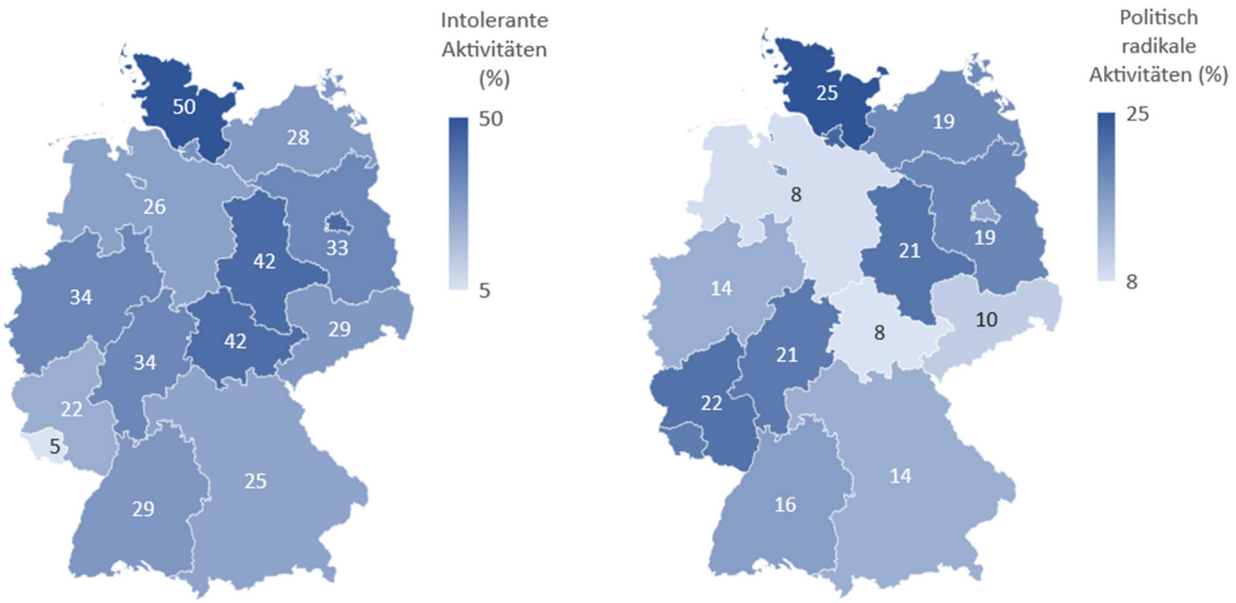


Abbildung 6: Beobachtung intoleranter und politisch radikaler Aktivitäten (mindestens „manchmal") nach Bundesland (Angaben in Prozent, gerundet)

In den meisten anderen Bundesländern liegt diese Rate zwischen 22% in Rheinland-Pfalz und 34% in Hessen und Nordrhein-Westfalen.[4]

Politisch radikale Aktivitäten (Abbildung 6, rechts) wurden ebenfalls in Schleswig-Holstein am häufigsten beobachtet, auch wenn der Anteil mit 25% nur halb so hoch ist wie die Wahrnehmung intoleranter Aktivitäten in diesem Bundesland. Es folgen die Bundesländer Hamburg (23%), Rheinland-Pfalz (22%) und Sachsen-Anhalt (21%). Am seltensten wurden Beobachtungen politisch radikaler Aktivitäten von den Befragten aus Sachsen (10%) und Thüringen (8%) sowie Niedersachsen (8%) berichtet.

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass Beobachtungen intoleranten Verhaltens bzw. von Phänomenen, die auf politische Radikalisierung hindeuten, innerhalb Deutschlands in sehr unterschiedlichem Ausmaß gemacht werden. So wurde von Befragten aus Ostdeutschland signifikant häufiger über die Beobachtung intoleranter Aktivitäten berichtet. Bei einer vertiefenden Betrachtung der einzelnen Bundesländer zeigen sich aber auch weitere Differenzierungen. Die für die Beobachtung politisch radikaler Aktivitäten im groben Ost-West-Vergleich nicht nachweisbaren Unterschiede stellen sich bei einer genaueren Betrachtung der einzelnen Bundesländer etwas vielschichtiger dar.

Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass sich verschiedene Handlungs- und Aktivitätsformen in ihrer subjektiv wahrgenommenen Auftretenshäufigkeit deutlich voneinander unterscheiden und deshalb ggfs. getrennt voneinander betrachtet werden sollten: Während politisch radikale Handlungen, wie das Werben für einen islamistischen Gottesstaat oder der Anschluss an eine politisch radikale Gruppe, vergleichsweise selten im Lebensalltag der Befragten von Relevanz zu sein scheinen, werden intolerante Verhaltensweisen, wie etwa das Beschimpfen und Angreifen von Personen aufgrund ihrer Hautfarbe, nationalen Herkunft oder Religion sowie das Anbringen antisemitischer Parolen, deutlich häufiger beobachtet und berichtet.

Sowohl für Intoleranz als auch für politische Radikalisierungsphänomene lässt sich zumindest auf der Ebene der subjektiven Wahrnehmung zeigen, dass Personen nicht nur regional unterschiedlich häufig damit konfrontiert werden. Die Einschätzungen und Bewertungen solcher Situationen (als problematisch und in diesem Sinne hier berichtenswert) unterscheiden sich ganz offensichtlich zwischen Personen mit unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen (z.B. Geschlecht und Alter) und Einstellungen (z.B. politische Selbstverortung oder Parteipräferenzen). So geben Personen am linken, wie auch am rechten Rand des politischen Spektrums vermehrt an, Formen von Radikalisierung und Intoleranz zu beobachten.

3.2 Persönliche Betroffenheit durch Formen von Intoleranz: Verbreitung der individuellen Viktimisierung durch Diskriminierung

Neben Beobachtungen sind auch eigene Erfahrungen der Befragten als persönlich Betroffene von Intoleranz und Ungleichbehandlung eine wichtige Informationsquelle zur Analyse der gesellschaftlichen Situation. Solche individuellen Erfahrungen, hier im Sinne von Viktimisierungserlebnissen konzeptualisiert und gemessen, lassen Schlüsse auf die soziale Verbreitung politisch nicht akzeptabler, intoleranter Verhaltensweisen in Deutschland zu.

[4] Das Saarland sollte aufgrund der sehr geringen Fallzahl (n = 13) nicht weiter interpretiert werden.

Zur Erfassung dieser Form der persönlichen Betroffenheit wurden die Teilnehmenden gebeten auf einer vierstufigen Likert-Skala anzugeben, wie häufig sie selbst in den letzten 12 Monaten verschiedene Formen persönlicher Diskriminierung erfahren haben, die Ausdruck von Intoleranz sind. Erfasst wurden diesbezüglich Erlebnisse von Benachteiligung und Diskriminierung, die an Hautfarbe, Nationalität, ethnische Herkunft oder die Religion des Befragten geknüpft waren.

Tabelle 5: Persönliche Diskriminierungserfahrung in den letzten 12 Monaten (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

Anlass der Diskriminierung	nie	selten	manch-mal	oft	MW	SD	N
Hautfarbe	93.4	4.0	2.1	0.6	0.10	0.41	4 419
Nationalität	83.6	8.3	6.5	1.7	0.26	0.65	4 433
Ethnische Herkunft	87.4	6.5	4.5	1.6	0.20	0.59	4 412
Religion/Glauben	87.1	6.9	4.3	1.7	0.21	0.59	4 412

Für die letzten 12 Monaten gaben 6.6% der Befragten an, aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein. Mehr als doppelt so viele Personen berichteten von Diskriminierungen aufgrund ihrer Nationalität (16.4%) oder ihrer ethnischen Herkunft (12.6%). Vergleichbar hoch ist mit 12.9% die Rate der Diskriminierung, die sich auf die Religion der Befragten bezog.

Da Diskriminierungen wegen „Nationalität“ und „ethnischer Herkunft“ sehr hoch korreliert (r = .80) und auch für den Betroffenen schwer auseinander zu halten sind, wurden beide Items für die weiteren Analysen so zusammengefasst, dass jeweils der Maximalwert der Angaben in einen gemeinsamen Indikator eingegangen ist.

Im Vergleich zwischen Männern und Frauen zeigen sich weder für Hautfarbe noch für Religion relevante Unterschiede. Männer berichteten mit 7.2% zwar etwas häufiger Diskriminierungen wegen ihrer Hautfarbe, der Unterschied ist jedoch nicht signifikant. Der Anteil der Frauen und Männer die angaben, wegen ihrer Religion diskriminiert worden zu sein ist mit 12.9% bzw. 13.0% fast identisch. Nur für die Diskriminierung wegen der Nationalität/ethnischen Herkunft besteht zwischen Männern (20.4%) und Frauen (16.8%) ein signifikanter Unterschied ($\chi^2 = 9.1$, df = 1, $p < .01$).

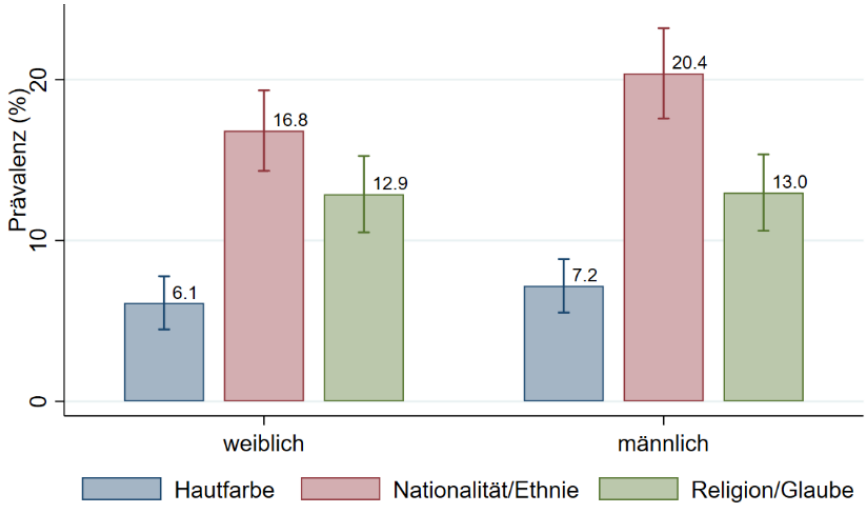


Abbildung 7: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Grund der Diskriminierung und Geschlecht (Prozent und 95% KI)

Deutlichere Unterschiede finden sich mit Blick auf das Alter der Befragten. Für alle hier untersuchten Arten der Diskriminierung gilt, dass jüngere Befragte signifikant häufiger davon berichteten als Ältere (Abbildung 8).

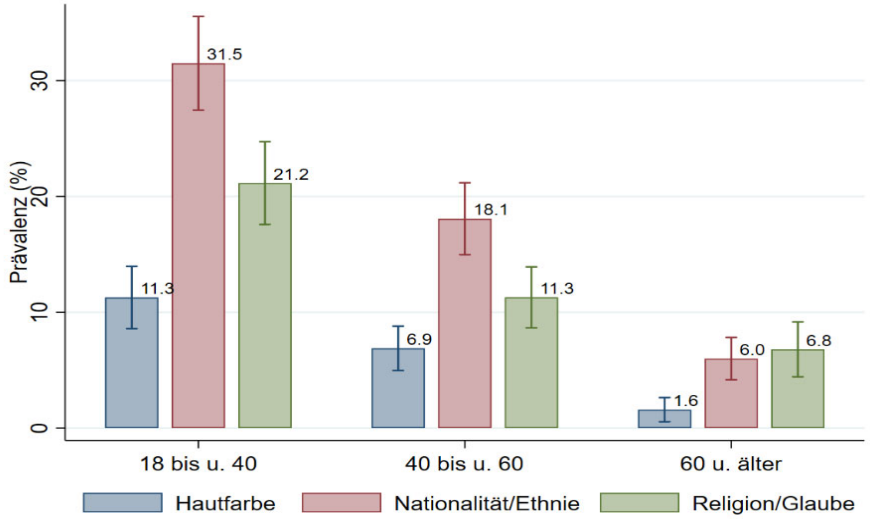


Abbildung 8: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Altersgruppe (Prozent und 95% KI)

Mit Blick auf die Hautfarbe liegen die Raten der Diskriminierung bei 11.3% (18 bis 39 Jahre), 6.9% (40 bis 59 Jahre) und 1.6% (60 Jahre und älter) ($\chi^2 = 108.3$, df = 2, $p < .001$). Dem gleichen Muster, allerdings mit jeweils höheren Prävalenzraten, folgen Diskriminierungen wegen der Nationalität/ethnischen Herkunft ($\chi^2 = 298.3$, df = 2, $p < .001$) sowie der Religion ($\chi^2 = 133.6$, df = 2, $p < .001$).

Personen ohne Migrationshintergrund sind vergleichsweise seltener von solchen Diskriminierungen betroffen (Abbildung 9).

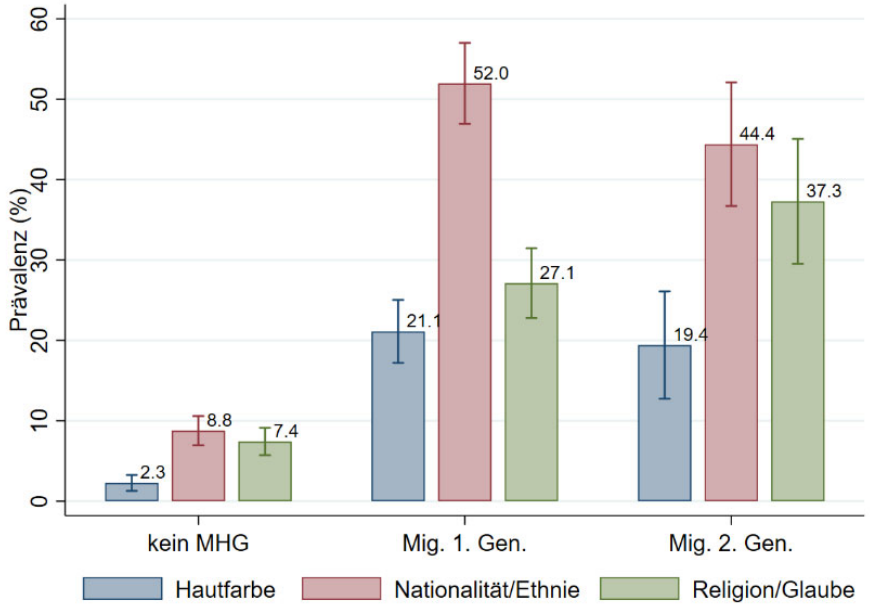


Abbildung 9: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

Demgegenüber berichtete etwa jeder fünfte Befragte mit Migrationshintergrund von Diskriminierungen wegen der Hautfarbe (21.1% bzw. 19.4%), wobei sich Migrant*innen der

1. und 2. Generation nicht signifikant unterscheiden. Erfahrungen mit einer religions- bzw. glaubensbezogenen Diskriminierung sind bei Migrant*innen deutlich weiter verbreitet. 27.1% der 1. Generation und 37.3% der 2. Generation berichteten über solche Erlebnisse innerhalb der letzten 12 Monate ($\chi^2 = 97.4$, df = 2, $p < .001$). Eine Diskriminierung wegen der Nationalität/ethnischen Herkunft wurde hingegen von Migrant*innen der 1. Generation (52.0%) signifikant häufiger berichtet als von jenen der 2. Generation (44.4%) ($\chi^2 = 879.5$, df = 2, $p < .001$).

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch eine Betrachtung der verschiedenen religiösen Bekenntnisse (Abbildung 10). Vor allem Personen, die sich einer islamischen Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, waren deutlich gehäuft von Diskriminierungen betroffen: 26% von Ihnen berichteten Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Hautfarbe. Eine Mehrheit von 64.7% bzw. 61.5% der Muslim*innen hat Formen der Diskriminierung wegen ihrer Nationalität/ethnischen Herkunft oder ihrer Religion erlebt. Diese enorm hohen Raten der unmittelbar selbst erlebten Abwertungen unterstreichen, in welch hohem Maße Muslim*innen mit einer negativen Bewertung in ihrem persönlichen Lebensumfeld konfrontiert werden und zeigen, dass Muslim*innen in doppelter Hinsicht als Minderheit in unserer Gesellschaft besonders stark mit Ausgrenzung und Ungleichbehandlung konfrontiert sind.

Vergleicht man als Kontrastgruppen Personen mit christlicher Religionszugehörigkeit sowie jene Befragte, die angaben sich keiner Religion verbunden zu fühlen, so weisen diese beiden Gruppen deutlich geringere Diskriminierungsraten in Bezug auf die Hautfarbe (4.3% bzw. 4.2%) sowie die Nationalität/ethnische Herkunft (13.6% bzw. 13.8%) auf als Muslim*innen (Hautfarbe: $\chi^2 = 257.6$; Nationalität/Ethnie: $\chi^2 = 543.8$; Religion/Glaube: $\chi^2 = 820.8$; df = 2, $p < .001$).

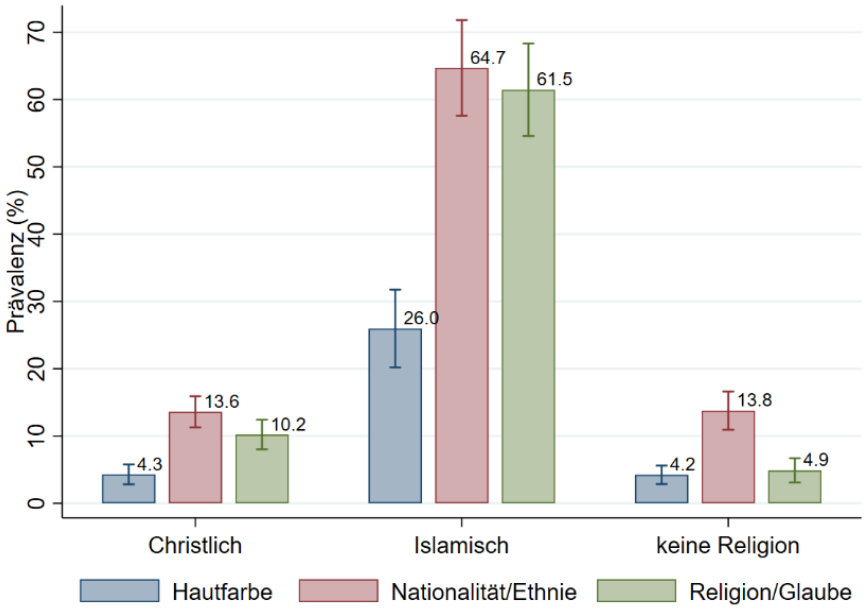


Abbildung 10: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Religionszugehörigkeit (Prozent und 95% KI)

Im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland (Abbildung 11) zeigen sich zunächst relativ geringe Unterschiede der individuellen Diskriminierungserfahrungen. Das Ausmaß der erlebten Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe unterscheidet sich West- und Ostdeutschland zwar signifikant ($\chi^2 = 8.1$, df = 1, $p < .01$), liegt mit 7.1% (West) und 4.5%

(Ost) jedoch auf einem ähnlichen Niveau. Dies gilt auch für Diskriminierungen aufgrund der Nationalität/Ethnie (West: 19.5%, Ost: 15.0%, $\chi^2 = 9.4$, df = 1, $p < .01$). Diskriminierungen aufgrund der Religion treten bei Befragten aus Westdeutschland mit 14.3% doppelt so häufig auf wie in Ostdeutschland (7%) ($\chi^2 = 32.8$, df = 1, $p < .001$).

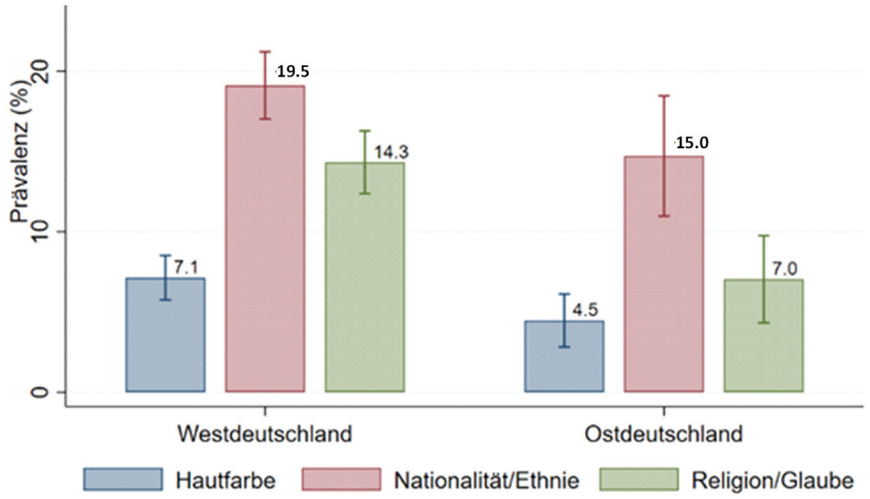


Abbildung 11: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Region (Prozent und 95% KI)

Hintergrund dieser bivariaten Befunde ist zum einen, dass in den neuen Bundesländern deutlich weniger Menschen mit Migrationshintergrund leben. Auch Muslim*innen stellen im Osten einen geringeren Bevölkerungsanteil, womit die besonders betroffenen Gruppen dort zu geringeren Anteilen anzutreffen sind. In der folgenden Abbildung 12 wurden daher die Raten der Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund getrennt für Ost- und Westdeutschland verglichen.

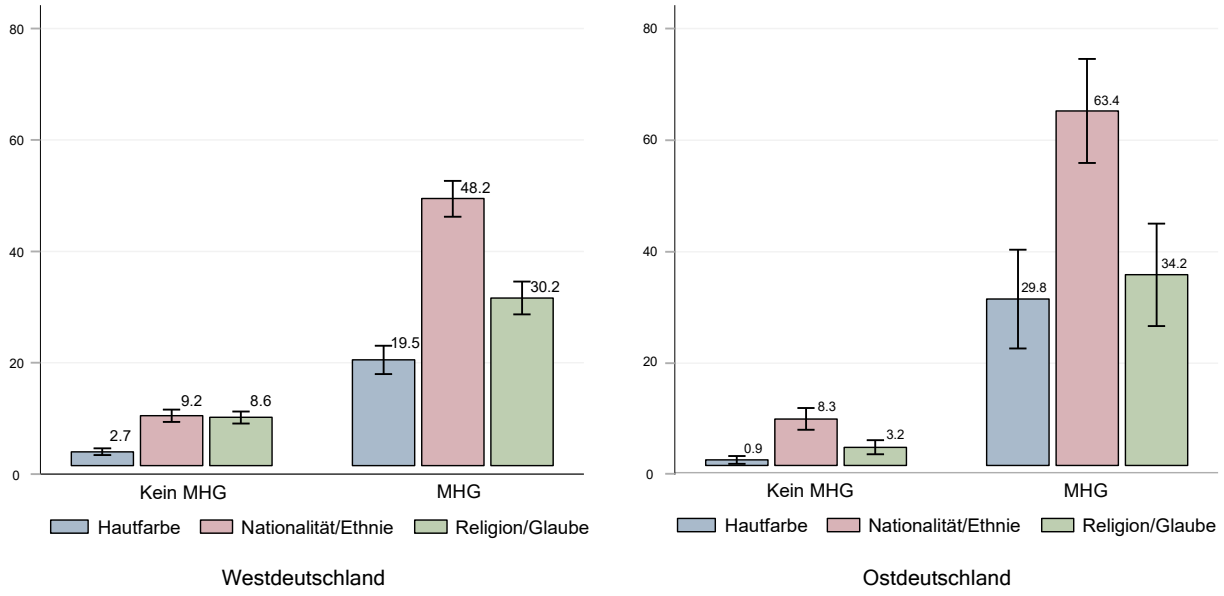


Abbildung 12: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Migrationsstatus in Ost- und Westdeutschland (Prozent und 95% KI)

Es erweist sich, dass die entsprechenden Viktimisierungsraten für Personen *ohne Migrationshintergrund* in West- und Ostdeutschland auf einem vergleichbaren Niveau liegen. Allerdings zeigen sich auch hier signifikante Unterschiede für Diskriminierungen

aufgrund der Hautfarbe ($\chi^2 = 7.9$, df = 1, $p < .01$) und aufgrund der Religion/des Glaubens der Befragten ($\chi^2 = 25.0$, df = 1, $p < .001$). Für beide Formen der Diskriminierung finden sich in Ostdeutschland signifikant geringere Raten als in Westdeutschland.

Dies stellt sich bei Betrachtung der Befragten *mit Migrationshintergrund* deutlich anders dar. Befragte mit Migrationshintergrund, die in Ostdeutschland leben, berichteten durchweg häufiger von persönlichen Diskriminierungserfahrungen als Migrant*innen aus Westdeutschland. Während in Westdeutschland 19.5% der Migrant*innen von Diskriminierungen aufgrund ihrer Hautfarbe berichteten, beträgt diese Rate in Ostdeutschland 29.8% ($\chi^2 = 6.2$, df = 1, $p < .05$). Auch national/ethnische Diskriminierungen wurden aus Ostdeutschland häufiger berichtet (63.4%) als von Befragten, die in Westdeutschland wohnen (48.2%) ($\chi^2 = 8.9$, df = 1, $p < .01$). Die leicht höhere Rate der Migrant*innen aus Ostdeutschland, die von Diskriminierungen wegen ihrer Religion (34.2% vs. 30.2% in Westdeutschland) berichteten, erweist sich jedoch als nicht signifikant.

In Bezug auf die Hautfarbe der Befragten wurden mit einer Rate von 8.3% bzw. 9.3% von den Befragten aus Großstädten ab 100 000 Einwohnern mehr als doppelt so häufig entsprechende Viktimisierungen berichtet als das für Mittel- und Kleinstädte unter 100 000 Einwohnern (4.9% bzw. 3.5%) der Fall ist ($\chi^2 = 36.5$, df = 3, $p < .001$) (vgl. Abbildung 13).

Ähnlich stellt sich die Verteilung in Bezug auf Diskriminierungen wegen Nationalität/ethnischer Herkunft dar. Diese wurde umso häufiger erfahren, je größer die Wohnorte sind, in denen die Befragten leben. Während diese Rate in Orten mit weniger als 50 000 Einwohnern mit 14.4% am geringsten ist, steigt sie mit der Wohnortgröße sukzessive an und liegt in Städten ab 500 000 Einwohnern bei 22.8% ($\chi^2 = 37.7$, df = 3, $p < .001$).

Ein solches Muster lässt sich für religionsbezogene Diskriminierungserfahrungen nicht feststellen. Die Prävalenz ist hier in kleinen Orten (< 50 000 Einwohner) und in Großstädten (> 500 000 Einwohner) mit 12.3% bzw. 12.8% gleich. Die höchste Rate findet sich in Städten mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern (16.2%) ($\chi^2 = 14.3$, df = 3, $p < .01$).

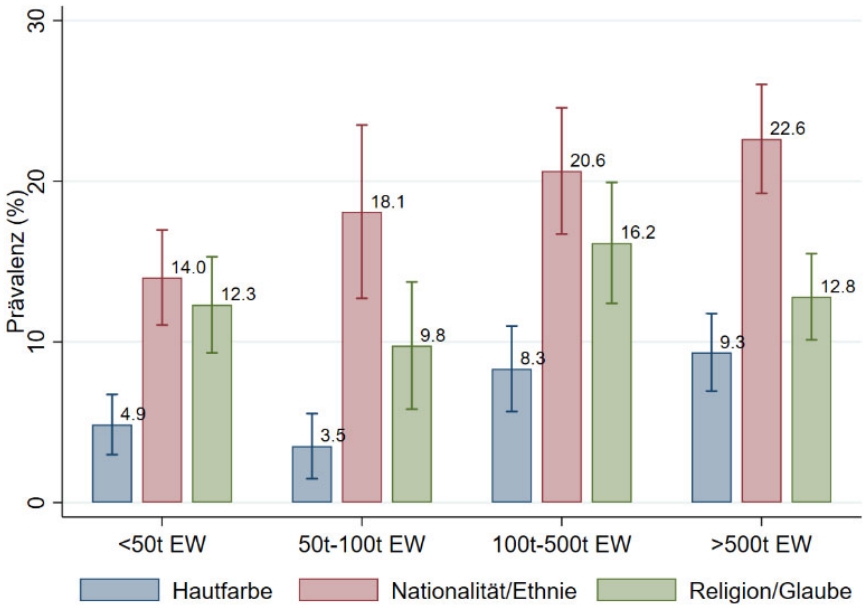


Abbildung 13: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Wohnortgröße (Prozent und 95% KI)

Insgesamt ist damit davon auszugehen, dass die Wahrscheinlichkeit persönlicher Diskriminierungserlebnisse tendenziell mit der Wohnortgröße ansteigt. Allein aufgrund der

Bevölkerungszahl steigt selbstverständlich auch die Option solcher Interaktionen. Hinzu kommt, dass aufgrund der sozialen Schichtung in Großstädten das Zusammentreffen von Personen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen wahrscheinlicher ist, was – wie hier zu sehen – dann auch zu häufigeren Konfrontationen und damit einhergehenden Abwertungen zwischen Angehörigen verschiedener gesellschaftlicher Teilgruppen führen kann.

In der Summe zeigen diese deskriptiven Befunde, wie vielschichtig und gleichzeitig weit verbreitet das Phänomen der Viktimisierung durch Vorurteile, Ausgrenzung und Intoleranz in Deutschland ist.

Auffallend ist, dass innerhalb der jüngeren Bevölkerung solche (subjektiven) Diskriminierungserfahrungen vermehrt aufzutreten scheinen, was, wie oben bereits angemerkt, auch ein Hinweis auf eine höhere Sensibilität dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit sein kann. Diese Erklärung ändert jedoch nichts an der insgesamt recht hohen Prävalenz solch individueller Erfahrungen, die Anlass dafür sein sollten, sich mit Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und der Akzeptanz von Diversität sowie kultureller Vielfalt zu befassen.

Als ein zweites wichtiges Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass unter Migrant*innen und Personen muslimischen Glaubens Diskriminierungserfahrungen in einem doch sehr hohen Ausmaß auftreten. Diese Personengruppen sind zudem in mehrfacher Hinsicht von unterschiedlichen Arten von Vorurteilen und Intoleranz betroffen.

Zwar kann hier nicht eindeutig festgestellt werden, inwiefern eine als Diskriminierung subjektiv wahrgenommene Situation auch rechtlich als ein insoweit problematischer Akt seitens der dahinterstehenden, hier nicht bekannten aktiven Täter*innen einzustufen wäre. Gerade im Hinblick auf die individuelle Akzeptanz der gegebenen gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Ordnung sowie unter Bezug auf Optionen, sich mit dieser Gesellschaft zu identifizieren, sich hier zu integrieren und zu einem sozialen Zusammenhalt beizutragen, kommt jedoch den hier dargestellten subjektiven Erfahrungen auf Seiten der als Opfer Betroffenen mit Blick auf Ausgrenzung bzw. Teilhabeoptionen eine ganz wesentliche Bedeutung zu. Insoweit ist hier von einer hinreichend validen Einschätzung der subjektiven Erlebniswelt der Befragten auszugehen, die ihrerseits nicht ohne Weiteres folgenlos sein wird.

3.3 Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten und subjektiv erlebte Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt

Neben der Betrachtung persönlicher Beobachtungen phänomenübergreifend erfasster konkreter Erscheinungsformen von Intoleranz und politischer Radikalisierung sowie individueller Viktimisierung durch Formen der Diskriminierung wegen Hautfarbe, Nationalität/ethnischer Herkunft und Religion wurden die Befragten auch gebeten, Angaben zur Häufigkeit ihrer Beobachtungen ideologisch spezifizierter Formen politischer Extremismen in ihrem Lebensumfeld zu machen. Diesbezüglich wurden sie zusätzlich auch dazu befragt, inwieweit sie sich durch unterschiedliche Formen politisch motivierter Gewalt in ihrem Lebensumfeld bedroht fühlen. Für diesen Teil der Erhebungen wurde die klassische Einteilung in linksextremistische, rechtsextremistische sowie islamistische Phänomenbereiche verwendet, wie sie sich auch auf Ebene der amtlichen Daten, Statistiken und Berichte von Polizei und Sicherheitsdiensten findet.

Am häufigsten wurden von den Befragten Aktivitäten aus dem rechtsextremistischen Bereich in Bezug auf ihr Lebensumfeld berichtet (Tabelle 6): Mit 37% gab mehr als ein Drittel an, diese beobachtet zu haben. Von der Beobachtung linksextremistischer Aktivitäten berichteten mit 32.9% etwas weniger Personen. Am seltensten wurden islamistische Aktivitäten beobachtet (23.9%).

Tabelle 6: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten in den letzten 12 Monaten (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	nie	selten	manch-mal	oft	MW	SD	N
Linksextremistische politische Aktivitäten	67.1	20.0	10.1	2.9	1.49	0.79	4 358
Rechtsextremistische politische Aktivitäten	63.0	22.2	11.5	3.4	1.55	0.82	4 360
Islamistische politische Aktivitäten	76.1	15.7	6.4	1.7	1.34	0.68	4 363

Im Hinblick auf die subjektive Einschätzung der Bedrohungslage zeigt sich, dass Bedrohungsgefühle in Bezug auf politisch motivierte Gewalt zum Teil häufiger auftreten als die Beobachtungen entsprechender Aktivitäten (Tabelle 7). Es findet sich hier jedenfalls eine andere Rangreihe in Bezug auf die Bedrohungswahrnehmung im Vergleich zu den Beobachtungen. An erster Stelle steht erneut der Bereich des Rechtsextremismus. Von rechtsextremistischer Gewalt fühlen sich 20% der Befragten „etwas“ oder „sehr“ bedroht. An zweiter Stelle folgt islamistische Gewalt, die für 16.1% der Befragten mindesten „etwas“ oder auch „sehr“ bedrohlich ist. Das geringste Bedrohungsgefühl wird offenkundig mit linksextremistischer Gewalt verbunden. Hier liegt der Anteil der Personen, die sich „etwas“ oder „sehr“ bedroht fühlen, bei nur ca. 10%.

Tabelle 7: Intensität subjektiv erlebter Bedrohungsgefühle im Hinblick auf unterschiedliche Formen politisch-motivierter Gewalt (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

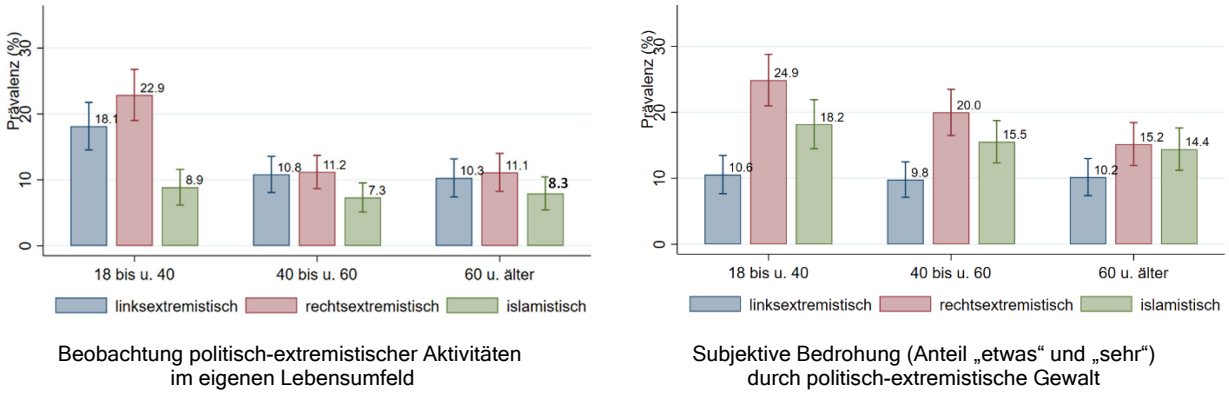
In welchem Ausmaß fühlen Sie sich durch … bedroht?	gar nicht	kaum	etwas	sehr	MW	SD	N
Linksextremistische Gewalt	72.1	17.6	7.9	2.4	1.41	0.74	4 327
Rechtsextremistische Gewalt	59.9	20.1	15.7	4.3	1.64	0.90	4 352
Islamistische Gewalt	64.9	19.0	12.2	3.9	1.55	0.85	4 358

Während islamistische Aktivitäten seltener beobachtet werden als linksextremistische, ist es bei der Ausprägung des Bedrohungsgefühls umgekehrt. Es scheinen also weitere Faktoren für eine solche Bedrohungswahrnehmung eine Rolle zu spielen als nur die Häufigkeit der Konfrontation mit Situationen, in denen Extremismus beobachtet wird.

Im Folgenden werden Beobachtungen von Extremismen sowie damit assoziierte Bedrohungsgefühle in Bezug auf ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale und politische Einstellungen der Befragten sowie hinsichtlich ihrer räumlichen und regionalen Verteilung betrachtet. Es wurden dazu zwei dichotome Indikatoren gebildet: Mit Blick auf die Beobachtungen werden insoweit Raten für Personen mit den Ausprägungen *„manchmal“* und *„oft“* berichtet. Im Hinblick auf Bedrohungsgefühle werden Raten für Personen mit den Ausprägungen *„etwas bedroht“* oder *„sehr bedroht“* dargestellt.

Abbildung 14 zeigt die Verteilung dieser Raten für die Beobachtung politisch extremistischer Aktivitäten (linke Grafik) und für die subjektiv wahrgenommene Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt (rechte Grafik) über die verschiedenen Altersklassen. Danach beobachten jüngere Befragte (18 bis 39 Jahre) signifikant häufiger sowohl links-

als auch rechtsextremistische Aktivitäten ($\chi^2 = 50.4$, df = 2, $p < .001$). Bezogen auf die Beobachtung islamistischer Aktivitäten zeigen sich keine signifikanten Differenzen.



Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld

Subjektive Bedrohung (Anteil „etwas“ und „sehr“) durch politisch-extremistische Gewalt

Abbildung 14: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten und Bedrohungsgefühl wegen politisch motivierter Gewalt nach Phänomenbereich und Altersklasse (Prozent und 95% KI)

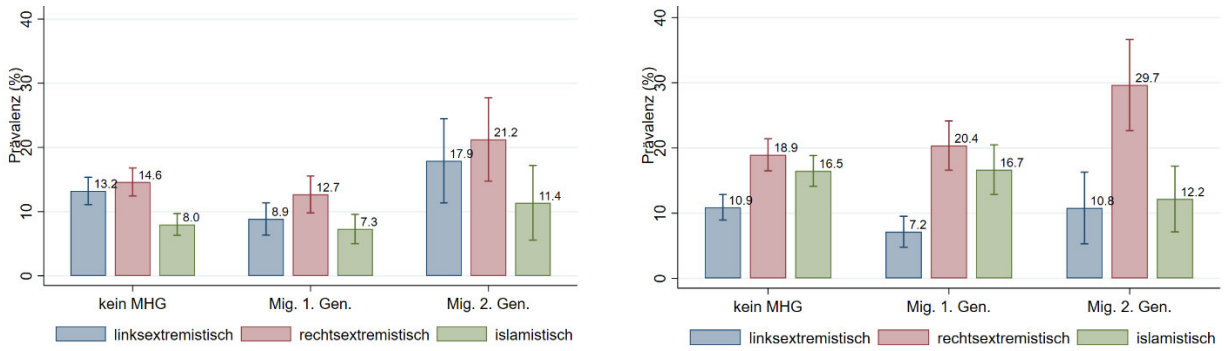
Die jüngeren Befragten fühlen sich durch linksextremistische Aktivitäten genauso wenig bedroht, wie die Älteren. Signifikante Unterschiede im Ausmaß der Bedrohung zeigen sich jedoch für die Bedrohung durch rechte und islamistische Gewalt. Hier gilt: Je jünger desto ausgeprägter das Bedrohungsgefühl (rechtsextrem: $\chi^2 = 41.3$, df = 2, $p < .001$; islamistisch: $\chi^2 = 7.9$, df = 2, $p < .05$), wobei es zwischen beiden Gewaltformen Niveauunterschiede gibt. Wie schon in der Gesamtbetrachtung fällt auch hier auf, dass die subjektive Bedrohung durch islamistische Gewalt deutlich höher ist als für linksextremistische Gewalt. Am höchsten ist die subjektiv wahrgenommene Bedrohung für rechtsextremistische Gewalt.

Weitere Unterschiede zeigen sich mit Blick auf einen möglichen Migrationsintergrund: Das Ausmaß der Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld unterscheidet sich zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Migrant*innen der 1. Generation nicht signifikant. In beiden Gruppen beobachteten mit einem Anteil von 8% bzw. 7.3% die wenigsten Personen islamistische Aktivitäten; die häufigsten Beobachtungen liegen hier im Bereich rechtsextremistischer Aktivitäten (14.6% bzw. 12.7%). Die gleiche Verteilung lässt sich auch bei Migrant*innen 2. Generation feststellen: Hier liegt der Anteil derer, die entsprechende Beobachtungen gemacht haben, jedoch jeweils um vier bis sechs Prozentpunkte höher als in den anderen beiden Gruppen. Entsprechende Wahrnehmungen scheinen bei dieser Gruppe besonders salient zu sein (vgl. Abbildung 15).

Dies spiegelt sich auch in den Bedrohungsgefühlen wider. Fast ein Drittel (29.7%) der Befragten der 2. Generation fühlt sich durch rechtsextremistische Gewalt bedroht – ein signifikant höherer Anteil im Vergleich zu 20.4% der Migrant*innen der 1. Generation und zu den 18.9% bei Personen ohne Migrationshintergrund ($\chi^2 = 21.8$, df = 2, $p < .001$).

Eine gänzlich andere, umgekehrte Verteilung zeigt sich bezüglich der Bedrohung durch islamistische Gewalt. Hier unterscheiden sich Befragte ohne Migrationshintergrund und Migrant*innen der 1. Generation nicht signifikant voneinander. Beide berichten mit 16.5% bzw. 16.7% von einem relativ hohen Bedrohungsgefühl, während Angehörige der 2. Generation mit 12.2% hier einen etwas – jedoch nicht signifikant - geringeren Wert aufweisen. Die in allen drei Gruppen am seltensten wahrgenommene subjektive

Bedrohung geht von linksextremistischer Gewalt aus, von der sich nur 7.2% bis 10.9% der Befragten bedroht fühlen.

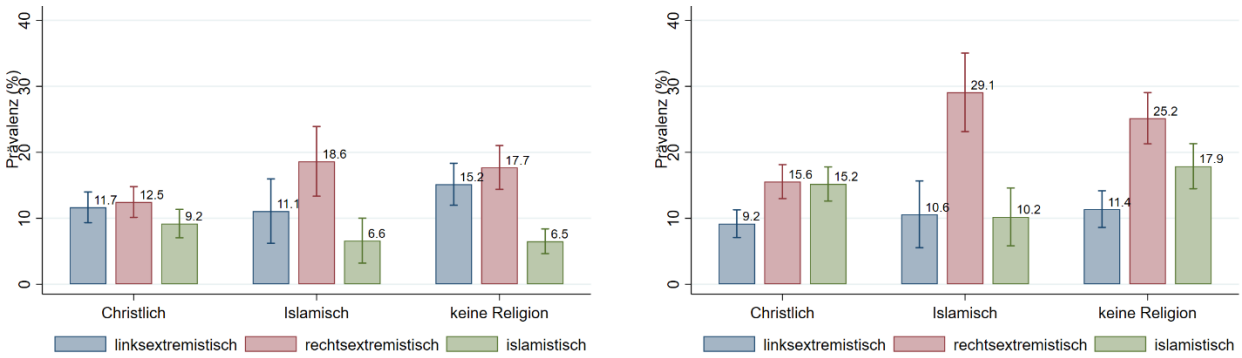


Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld

Subjektive Bedrohung (Anteil „etwas“ und „sehr“) durch politisch-extremistische Gewalt

Abbildung 15: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten sowie Bedrohungsgefühle wegen politisch motivierter Gewalt nach Phänomenbereichen und Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

Als weiterer relevanter Faktor wird die Religionszugehörigkeit der Personen betrachtet (Abbildung 16). Es zeigen sich diesbezüglich einige Unterschiede: Personen, die sich selbst einer christlichen Religion zugehörig fühlen, nehmen kaum Unterschiede in der Häufigkeit des Auftretens linksextremistischer, rechtsextremistischer und islamistischer Aktivitäten wahr. Die subjektive Bedrohung fällt aber in Bezug auf rechtsextremistische und islamistische Gewalt mit jeweils etwas mehr als 15% deutlich höher aus als die Raten der diesbezüglichen Beobachtungen. Ausnahme hier ist die Bedrohung durch linksextremistische Gewalt, die nur bei 9.2% liegt.



Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld

Subjektive Bedrohung (Anteil „etwas“ und „sehr“) durch politisch-extremistische Gewalt

Abbildung 16: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten sowie Bedrohungsgefühle wegen politisch motivierter Gewalt nach Religionszugehörigkeit (Prozent und 95% KI)

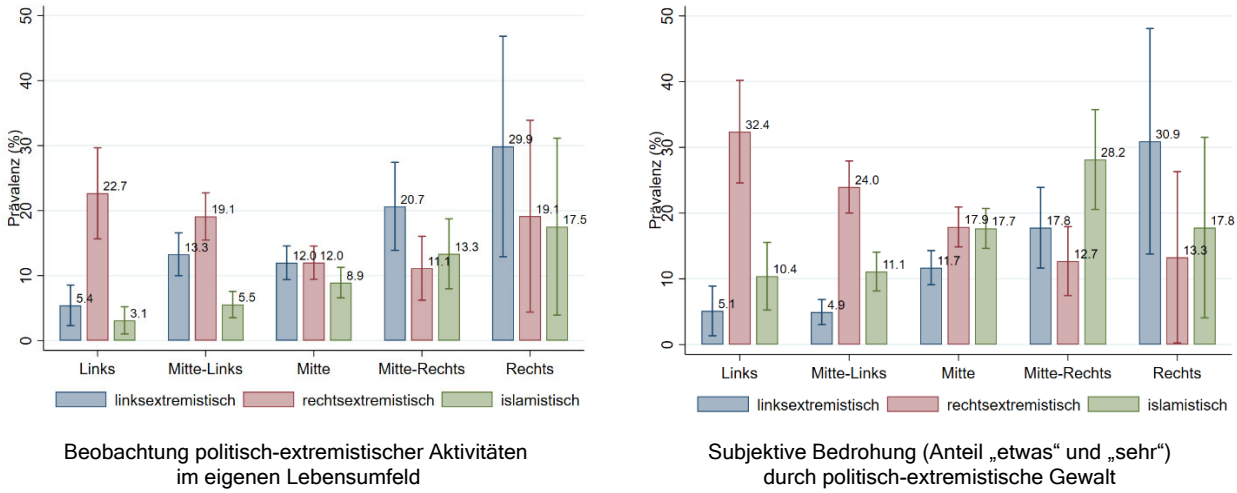
Personen, die einer islamischen Religion angehören bzw. sich einer solchen zugehörig fühlen, beobachteten rechtsextremistische Aktivitäten am häufigsten (18.6%). Sie fühlen sich auch häufiger durch Gewalt aus dem rechten Spektrum bedroht (29.1%). Am seltensten beobachteten Muslim*innen Aktivitäten aus dem islamistischen Bereich (6.6%). Von Gewalt aus diesem Phänomenbereich fühlen sich nur 10.2% dieser Gruppe bedroht.

Die subjektive Bedrohung ist damit genauso gering ausgeprägt wie jene, die von linksextremistischer Gewalt ausgeht (10.6%).

Bei Personen ohne Religionszugehörigkeit zeigen sich die größten Unterschiede zwischen Beobachtungen und subjektiv erlebter Bedrohung. Während nur 6.5% der Personen aus dieser Gruppe islamistische Aktivitäten beobachtet haben, fühlen sich fast drei Mal so viele Personen von islamistischer Gewalt bedroht. Nochmals höher ist allerdings auch hier mit 25.2% die subjektive Bedrohung, die durch rechtsextremistische Gewalt ausgelöst wird.

Die politische Selbstverortung der Befragten ist in Bezug auf die selbst erlebten Beobachtungen und die damit assoziierten subjektiven Bedrohungen besonders aufschlussreich. Es ist zu vermuten, dass bestimmte radikale Aktivitäten in Abhängigkeit von der eigenen politischen Haltung und Präferenz besonderen akzentuiert bzw. ggfs. auch nur begrenzt wahrgenommen bzw. als solche interpretiert werden und auch das Bedrohungsgefühl davon beeinflusst wird.

Diese Vermutung bestätigt sich auf Basis der hier vorliegenden Daten (Abbildung 17). Besonders auffällig ist hier die Kreuzung der Raten von Beobachtungen und Bedrohungsgefühlen zwischen Personen, die sich selbst links bzw. rechts der politischen Mitte verorten: Linksextremistische Aktivitäten wurden von Personen aus dem politisch linken Spektrum mit einem Anteil von 5.4% am seltensten beobachtet; ebenso fühlen sich nur 5.1% der Personen aus dieser Gruppe von linksextremistischer Gewalt bedroht. Diese Raten steigen, je weiter rechts sich Personen im politischen Links-Mitte-Rechts-Schema einordnen, und erreichen bei Personen, die sich selbst politisch rechts verorten die höchsten Werte. Hier berichteten 29.9% der Befragten, linksextremistische Aktivitäten beobachtet zu haben, und 30.9% fühlen sich von Gewalt aus diesem Bereich bedroht.



Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld

Subjektive Bedrohung (Anteil „etwas“ und „sehr“) durch politisch-extremistische Gewalt

Abbildung 17: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten sowie Bedrohungsgefühle wegen politisch motivierter Gewalt nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Betrachtet man im Vergleich dazu rechtsextremistische Phänomene, so nahmen diese politisch links verortete Personen mit 22.7% am häufigsten wahr. Fast ein Drittel dieser Gruppe (32.4%) fühlt sich zudem von entsprechenden rechtsextremen Gewaltformen bedroht. Die Prävalenz der Beobachtung sinkt hingegen, je weiter rechts sich die Befragten verorten. Von den Personen, die sich politisch mitte-rechts verorten nahmen nur 11.1% rechtsextremistische Aktivitäten wahr, 12.7% fühlen sich davon bedroht. Im rechten

Randbereich steigen beide Werte wieder, allerdings verorten sich nur relativ wenige Menschen im ganz rechten Bereich, weshalb die Konfidenzintervalle hier sehr groß sind.

In Bezug auf die Beobachtung islamistischer Aktivitäten zeigt sich eine ähnliche Verteilung wie bei den linksextremistischen Aktivitäten: Je weiter rechts sich die Befragten Personen verorten, umso höher ist die Prävalenzrate für solche Beobachtungen (links: 3.1% - rechts: 17.5%). Insgesamt liegt die Rate jedoch unterhalb der für linksextremistische Aktivitäten.

Auch das Ausmaß, indem sich die Befragten durch extremistische Gewalt bedroht fühlen folgt dieser Verteilung (links: 10.4% - mitte-rechts: 28.2%), wobei diese Rate bei den politisch rechts Verorteten wieder etwas geringer ausfällt (17.8%).

Weiter sind die Beobachtungen politisch-extremistischer Aktivitäten wie auch die subjektive Bedrohung durch politisch motivierte extremistische Gewalt regional recht unterschiedlich verteilt (Abbildung 18). In den ostdeutschen Bundesländern werden deutlich häufiger Beobachtungen sowohl von links- als auch rechtsextremistischen Aktivitäten gemacht (linksextrem: $\chi^2 = 90.1$, df = 1, $p < .001$; rechtsextrem: $\chi^2 = 84.0$, df = 1, $p < .001$). Während nur 10.5% bzw. 12.3% der Befragten in Westdeutschland angab, solche Aktivitäten beobachtet zu haben, sind es in Ostdeutschland mit 22.7% bzw. 25.1% jeweils mehr als doppelt so viele Personen. Islamistische Aktivitäten wurden hingegen in Ostdeutschland deutlich seltener beobachtet als in Westdeutschland ($\chi^2 = 11.4$, df = 1, $p < .001$). In beiden Regionen fallen die Prävalenzen für diese Form eines religiös-politischen-Extremismus vergleichsweise am geringsten aus.

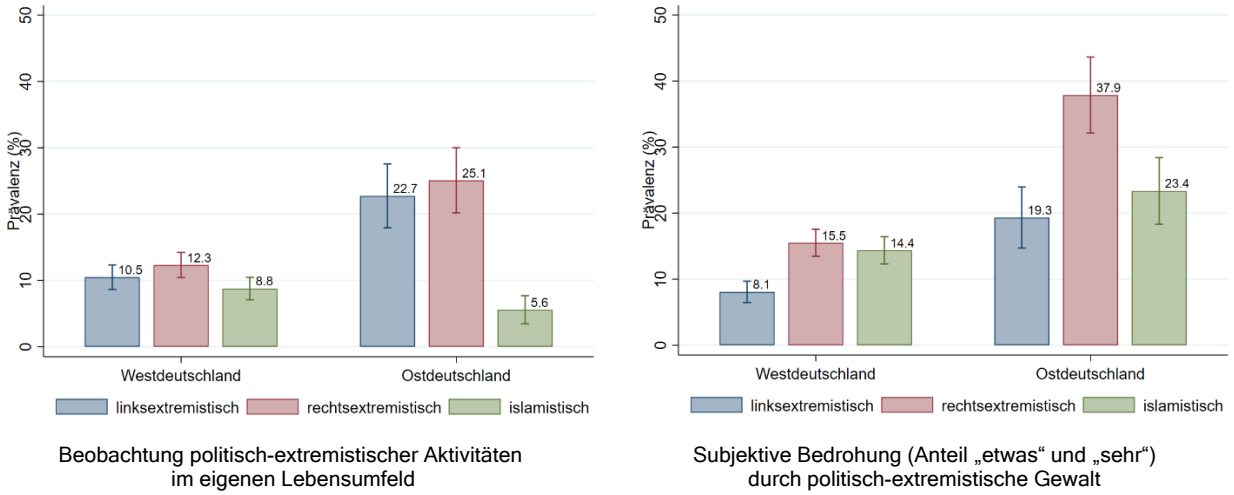


Abbildung 18: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten sowie Bedrohungsgefühle wegen politisch motivierter Gewalt im Vergleich von Ost- und Westdeutschland (Prozent und 95% KI)

Diese regionalen Divergenzen stellen sich in Bezug auf die wahrgenommene Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt nochmals differenzierter dar. Generell gilt hier, dass sich die Befragten in Ostdeutschland von allen drei Spielarten politisch motivierter Gewalt häufiger bedroht fühlen als Befragte aus Westdeutschland (linksextrem: $\chi^2 = 95.4$, df = 1, $p < .001$; rechtsextrem: $\chi^2 = 218.6$, df = 1, $p < .001$; islamistisch: $\chi^2 = 41.5$, df = 1, $p < .001$). Insbesondere die Rate derer, die sich durch rechtsextremistische Gewalt bedroht fühlen erreicht mit 37.9% in Ostdeutschland einen sehr hohen Wert.

Während in Westdeutschland die Rangfolge der Bedrohungsgefühle sich ähnlich gestaltet wie die Rangfolge der jeweilen Beobachtungen, entfaltet islamistische Gewalt in Ostdeutschland ein deutlich höheres Bedrohungspotential (23.4% der Befragten fühlen sich davon bedroht), als es die geringe Rate entsprechender Beobachtungen in Ostdeutschland (5.6%) erwarten lassen würde.

Gemessen an der subjektiven, auf politisch motivierte Gewalt bezogenen Bedrohungswahrnehmung kommt damit dem Rechtsextremismus in der Sichtweise der Bevölkerung eine besondere Relevanz zu. Im Hinblick auf den Islamismus ist dieses subjektive Bedrohungspotential etwas geringer, aber gleichwohl noch eine relevante Größe. Auch bei regionaler Differenzierung kommt der Bedrohung durch linksextremistische Gewalt offenbar die geringste Bedeutung zu.

Auch die Größe des Wohnorts, die Differenz von Stadt und Land, ist beachtenswert mit Blick auf die Verbreitung der Wahrnehmungen politisch extremistischer Aktivitäten und die subjektive Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt (Abbildung 19). Sowohl die Häufigkeit der Beobachtungen politisch-extremistischer Aktivitäten als auch die subjektive wegen politisch motivierter Gewalt sind in größeren Orten häufiger anzutreffen.

Die Häufigkeit der Beobachtung linksextremistischer Aktivitäten steigt kontinuierlich mit der Wohnortgröße an und erreicht mit einer Rate von 23.3% ihren höchsten Wert in Großstädten über 500 000 Einwohnern, während sie in kleineren Orten nur bei 8.3% bis 12.5% liegt ($\chi^2 = 163.2$, df = 3, $p < .001$). Auch rechtsextremistische Aktivitäten wurden in kleinen Orten unter 50 000 Einwohnern mit 8.5% am seltensten beobachtet. Hier steigt die Rate derer, die solche rechtsextremen Aktivitäten beobachtet haben, allerdings schon bei Wohnortgrößen ab 50 000 Einwohnern auf fast das Doppelte an und erreicht in Großstädten (> 500 000 Einwohner) mit 22.6% einen ähnlich hohen Wert wie der Linksextremismus ($\chi^2 = 107.4$, df = 3, $p < .001$). Aktivitäten aus dem islamistischen Phänomenbereich werden am seltensten berichtet. Die Rate der Beobachtungen liegt zwischen 5.6% und 11.8%, wobei sich Städte unter und über 100 000 Einwohnern signifikant voneinander unterscheiden ($\chi^2 = 50.1$, df = 3, $p < .001$).

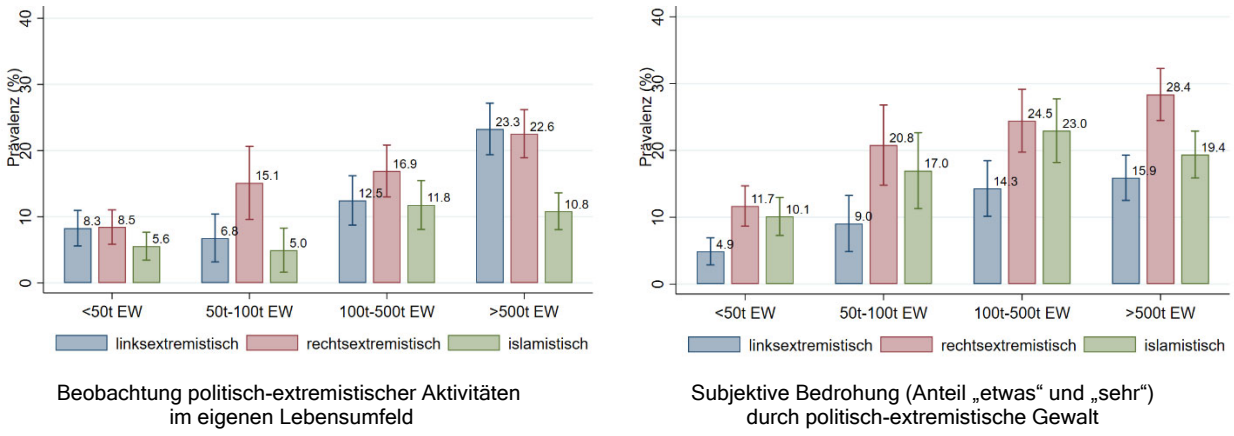


Abbildung 19: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten sowie Bedrohungsgefühle wegen politisch motivierter Gewalt nach Ortsgrößenklasse (Prozent und 95% KI)

Die Raten der subjektiven Bedrohung bezogen auf den rechtsextremistischen Bereich liegen in allen vier Ortsgrößenklassen jeweils leicht über der Beobachtungsrate. In Großstädten gab mehr als ein Viertel (28.4%) an, sich von rechtsextremistischer Gewalt

bedroht zu fühlen. Die größten Unterschiede zwischen Beobachtungen und Bedrohungsgefühlen wurden erneut im Bereich islamistischer Gewalt sichtbar. In Orten unter 50 000 Einwohnern und Städten über 500 000 Einwohnern fällt die Rate der subjektiven Bedrohung im Vergleich zu den Beobachtungen aus diesem Phänomenbereich jeweils doppelt so hoch aus. Am höchsten ist sie jedoch in Städten mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern, in denen sich 23% von islamistischer Gewalt bedroht fühlen.

Im linksextremistischen Spektrum zeigen sich diesbezüglich die niedrigsten Raten. Während die subjektive Bedrohung in drei der Ortsgrößenklassen etwa auf dem gleichen Niveau liegt wie die Rate der Beobachtung solcher Aktivitäten, wird ein deutlicher Unterschied in Großstädten sichtbar. Hier gaben 23.3% der Personen eine Beobachtung linksextremistischer Aktivitäten an, jedoch fühlen sich nur 15.9% von Gewalt aus diesem Bereich bedroht.

Als ein Zwischenergebnis dieses Teils der Analysen lässt sich festhalten, dass die Verbreitung von Bedrohungsgefühlen in Bezug auf politisch motivierte Gewalt einerseits und die Häufigkeit der Beobachtung entsprechender politisch-extremistischer Aktivitäten andererseits in der Regel nicht zur Deckung zu bringen sind. Insbesondere im Bereich des Rechtsextremismus und des Islamismus ist die Verbreitung entsprechender Bedrohungsgefühle ausgeprägter als die Häufigkeit der Beobachtung entsprechender politischer Aktivitäten. Gewalt, die dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet wird, löst hingegen deutlich seltener Bedrohungsgefühle aus.

Dies lässt auf eine gewisse Unterschiedlichkeit der subjektiven Relevanz dieser drei Extremismen schließen. Insbesondere im Bereich des Islamismus ist dies sehr deutlich. Während die Rate derer, die solche Aktivitäten beobachten, insgesamt vergleichsweise niedrig ist, fühlen sich deutlich mehr Personen von Gewalt aus diesem Bereich bedroht.

Im Vergleich der Teilgruppen ist weiter die besonders hohe subjektive Bedrohung von Personen mit Migrationshintergrund sowie von Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit in Bezug auf rechtsextremistische Gewalt hervorzuheben. Dies sind die beiden Gruppen, die zugleich überdurchschnittlich häufig auch persönlich von Diskriminierung betroffen waren, was sich im Gesamtkomplex dieses Themenbereichs auch in einer stärkeren Verunsicherung bzw. Bedrohungswahrnehmung auszudrücken scheint.

Die Unterschiede der Beobachtungen und Bedrohungsgefühlen in Abhängigkeit von der politischen Einstellung der Befragten weisen auf eine subjektiv höhere Sensibilität bezüglich derjenigen Phänomene hin, mit der sich die Befragten nicht identifizieren – so z.B. die hohen Bedrohungsgefühle bei Personen im politisch eher rechten Spektrum, die mit linksextremistischer Gewalt verbunden werden und umgekehrt die besondere Relevanz rechts motivierter politischer Gewalt bei Befragten, die sich selbst eher politisch links verorten.

Die Wahrnehmung und Beobachtung wie auch die eigene Betroffenheit durch solche Phänomene, sowohl innerhalb einzelner Gesellschaftsgruppen als auch in verschiedenen Regionen Deutschlands, kann Folgen für politische Einstellungen und Verhalten von Menschen in diesen Regionen haben und insoweit ggfs. zur Erklärung diesbezüglicher regionaler Differenzen beitragen.

Werden Menschen häufiger mit intoleranten oder radikalen Verhaltensweisen oder mit extremistischen Aktivitäten in ihrem Lebensumfeld konfrontiert, dann werden sie damit auch vor die Herausforderung gestellt, mit dabei entstehenden negativen Gefühlen, wie

z.B. der Wahrnehmung eigener Bedrohung, aber auch mit Ärger und Wut umzugehen und diese zu kanalisieren.

Insofern wird in unseren künftigen Analysen die Frage aufzugreifen sein, inwiefern solche notwendigerweise subjektiven Wahrnehmungen und Bedrohungseinschätzungen, ebenso wie auch damit verbundene individuelle Erlebnisse, entweder als einzelne Person oder auch als Mitglied einer Gruppe, Opfer und Adressat von Intoleranz gewesen zu sein, wesentlich für die Erklärung der Entwicklung eigener aktiver Intoleranz oder der Zuwendung zu politisch extremistischen Ideologien oder Gruppen sein kann.

Die Konfrontation mit unterschiedlichen Formen von Extremismen im eigenen Lebensumfeld könnte aus theoretischer Sicht als ein Katalysator sozial desintegrativer Eskalationsspiralen wirken, in deren Verlauf es zur Auswahl dysfunktionaler Versuche der Bewältigung von Verunsicherungen infolge gesellschaftlicher Herausforderungen und damit assoziierter Bedrohungen kommen kann (vgl. Brettfeld et al., 2021a).

4 Demokratiedistante Einstellungen

Im Hinblick auf die Konzeption einer von amtlichen Daten unabhängigen, längsschnittlich als Trendanalyse angelegten Beobachtung der Entwicklung politisch-extremistischer Einstellungen in der Bevölkerung besteht eine Herausforderung darin, angesichts sich schnell wandelnder gesellschaftlicher Herausforderungen und deren potenziell wechselnden ideologischen sowie politischen Deutungen durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen, die immer wieder neue Misch- und Erscheinungsformen – ggfs. nur kurzzeitig existierender – politischer Gruppen und Ideologien mit sich bringen können, eine von spezifischen politischen bzw. ideologischen oder religiösen Gruppen, Strömungen und Legitimationsversuchen unabhängige, phänomenübergreifende Messung der Affinität zu bzw. der Akzeptanz von Formen des politischen Extremismus vorzunehmen.

Hier bietet es sich an, als den gemeinsamen Kern politischer Extremismen solche Aspekte von Einstellungen in den Blick zu nehmen, in deren Mittelpunkt die Ablehnung bzw. Bekämpfung eines freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Systems steht, wie dies durch das Grundgesetz und die allgemeinen Menschenrechte konturiert wird. Auf diese Weise ist es möglich, neuere Entwicklungen und Formen politisch-extremistischer Einstellungen wie auch historisch bekannte Varianten, jenseits spezifischer ideologischer Festlegungen, in einer übergeordneten gemeinsamen Hinsicht zu erfassen. Erst eine solche, auf einen gemeinsamen Kern rekurrierende Form der Erfassung politischer Extremismen gestattet es zudem, deren verschiedene ideologische Formen miteinander vergleichen und ideologische Verschiebungen identifizieren zu können.

Unsere Grundüberlegungen zur Konzeption eines Erhebungsinstrumentes für eine solche phänomenübergreifende Erfassung extremismusaffiner politischer Einstellungen gehen zurück auf die in der deutschen Forschung sehr rege geführten Debatten um den Begriff des Extremismus (vgl. Backes 1989, Backes & Jesse 1996). Zentraler Bezug jedes politischen Extremismus sind danach die Grundprinzipien des politischen Systems, hier des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates, wie sie sich normativ im Grundgesetz und den allgemeinen Menschenrechten kodifiziert finden. Wichtige normative Anknüpfungspunkte zur Operationalisierung politisch-extremistischer Einstellungen in einem solchen phänomenübergreifenden Sinne lassen sich der Entscheidung des Bundesverfassungs-

gerichts zur Ablehnung des NPD-Verbots aus dem Jahr 2017 entnehmen. Darin wurden zentrale Grundprinzipien herausgearbeitet, die für den freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat unentbehrlich sind und seinen Kerngehalt ausmachen. Zu nennen sind diesbezüglich: a) ein umfassendes und egalitäres Verständnis der Menschenwürde im Zusammenhang mit dem Schutz von Minderheiten und basalen Freiheitsrechten; b) das Demokratieprinzip, und zwar unabhängig von den zugrundeliegenden Instrumenten und Formen, solange für alle Bürger eine gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeit besteht und die Volkssouveränität sowie das Recht auf Opposition gewahrt werden sowie c) die Rechtsstaatlichkeit im Sinne der Bindung und Begrenzung staatlicher Gewalt und der Kontrolle ihrer Organe (BVerfG 2017, 143-147).

Greift man diese Kriterien auf, lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Spielarten unterschiedlicher Extremismen beschreiben, die über eine rein dichotome Gegenüberstellung von Demokratie und Extremismus, von Links- und Rechtsextremismus hinausgehen. In einem solchen übergreifenden Sinne lassen sich politisch-extremistische Einstellungen wie folgt definieren (vgl. auch Beelmann, 2019, 2020):

„*Politisch-extremistische Einstellungen sind signifikant abweichende Einstellungen und Handlungsbereitschaften, die durch eine Ablehnung von Grundprinzipien einer freiheitlichen Demokratie sowie von im Grundgesetz und den allgemeinen Menschenrechten garantierten individuellen Rechten geprägt sind. Sie können mit unterschiedlichen totalitären politischen Ideologien, mit Vorstellungen von ethnischer oder nationaler Überlegenheit oder religiösen Alleinvertretungsansprüchen sowie Überzeugungen begründet und legitimiert werden. Sie sind grundsätzlich auf die Durchsetzung und Etablierung eines von einer demokratisch-freiheitlichen und rechtsstaatlichen Konzeption abweichenden Rechts- und Normsystems ausgerichtet.*“

Dieser Definition folgend lassen sich drei wesentliche Dimensionen politisch-extremistischer Einstellungen identifizieren, die im vorliegenden Forschungskontext als Grundlage für die Gestaltung eines Erhebungsinstrumentes verwendet wurden:

- Ablehnung basaler demokratischer Freiheitsrechte
- Ablehnung zentraler allgemeiner Gleichheitsrechte
- Ablehnung wesentlicher Aspekte der konstitutionellen Prinzipien der Verfasstheit eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates

Diese sind die zentralen Bezugspunkte zur Bestimmung der Ausprägung des Konstrukts der *Demokratiedistanz* im Sinne einer ideologieübergreifend erfassbaren, individuellen politischen Einstellung, die ein latentes Konstrukt ist, das individuell unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann (von „gar nicht“ demokratiedistant bis hin zu „sehr stark“ demokratiedistant).

4.1 Die Skala zur Messung demokratiedistanter Einstellungen

Für das Monitoring der Verbreitung und Ausprägungen in diesem Sinne ideologie- und damit phänomenübergreifend verstandener politisch-extremistischer Einstellungen wurde eine Skala zur Messung demokratiedistanter Einstellungen entwickelt. Über insgesamt 12 Items wird die Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte, von zentralen Elementen der konstitutionellen Verfasstheit des demokratischen Rechtsstaates sowie von fundamentalen Gleichheitsrechten erfasst (vgl. Brettfeld et al. 2021a; Fischer et al. 2022).

Die drei Dimensionen der Demokratiedistanz werden durch jeweils vier Items abgebildet. Die Befragten konnten auf einer 4-stufigen Likert-Skala den Grad ihrer Zustimmung für jede dieser Aussagen angeben (von 1 = „stimme gar nicht zu“ über 2 = „stimme eher nicht zu“, 3 = „stimme eher zu“ bis zu 4 = „stimme völlig zu“). Thematisch wird in der Dimension der *Freiheitsrechte* die Versammlungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit, die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit erfasst. Die Dimension der *konstitutionellen Verfasstheit des Staates* enthält Items, welche die Ablehnung des Rechts auf Opposition und auf regelmäßige Wahlen, der Gewaltenteilung und des Parlamentarismus thematisieren. In Bezug auf die Dimension der *Gleichheitsrechte* wurden Geschlechtergleichheit sowie Benachteiligungen wegen Hautfarbe, Nationalität oder Religion (hier positiv als Religionsfreiheit einer religiösen Minderheit) thematisiert.

Tabelle 8: Skala zur Erfassung demokratiedistanter Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Ablehnung demokratischer Freiheiten							
Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen. *(inv)*	3.5	10.6	35.5	50.3	3.33	.80	4 426
Streiks und Demonstrationen gefährden die öffentliche Ordnung und sollten verboten werden.	51.7	37.0	8.0	3.3	1.63	.77	4 430
Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden. *(inv)*	1.4	4.7	21.7	72.2	3.65	.64	4 412
Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern. *(inv)*	3.1	6.3	29.4	61.2	3.49	.75	4 426
Ablehnung konstitutioneller Verfasstheit							
Wer bei einer Wahl unterliegt, soll die Regierungsgeschäfte nicht kritisieren dürfen.	55.6	29.2	10.5	4.7	1.64	.85	4 379
Wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, gibt es keinen Grund, nach vier Jahren eine neue Wahl zu veranstalten.	60.8	22.5	10.7	6.0	1.62	.90	4 430
Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden.	42.7	31.6	17.8	7.9	1.91	.95	4 369
Für eine starke politische Führung in Deutschland sollte das Parlament weniger Einfluss haben.	45.5	40.1	11.5	2.9	1.72	.78	4 300
Ablehnung von Gleichheitsrechten							
Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden. *(inv)*	3.1	1.2	9.7	86.0	3.79	.61	4 455
Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. *(inv)*	0.6	1.0	11.0	87.4	3.85	.43	4 462
Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. *(inv)*	2.2	9.1	23.7	65.0	3.51	.75	4 448
Muslim*innen müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen. *(inv)*	3.5	11.8	27.2	57.5	3.39	.83	4 444
Gesamtskala Demokratiedistanz	-	-	-	-	1.54	.42	4 472

Anmerkung: (inv) = Das Item wird für die Skalenbildung invertiert

Im Bereich demokratischer Freiheitsrechte finden sich in der Gesamtstichprobe besonders hohe Zustimmungsraten für die Pressefreiheit (93.9%) und das Recht von

Minderheiten, ihre Meinung frei äußern zu können (90.6%) (Tabelle 8). Eine so hohe Zustimmung erreichen Items der zweiten Subdimension, die sich auf die konstitutionelle Verfasstheit Deutschlands beziehen, nicht. Insbesondere die Gewaltenteilung – operationalisiert über die Möglichkeit der Gerichte, Entscheidungen des Parlaments zu kontrollieren und ggfs. aufzuheben – wird von 25.7% der Befragten ganz oder eher abgelehnt. Bezogen auf Gleichheitsrechte lassen sich wiederum hohe Zustimmungsraten für die Gleichheit von Männern und Frauen sowie die Gleichbehandlung von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe erkennen. Andererseits werden gleiche Rechte für Ausländer und auch die Gleichbehandlung von Religionen (hier erfasst als Religionsfreiheit) von 11.3% bzw. 15.3% der Befragten ganz oder eher abgelehnt.

Mittels einer konfirmatorischen Faktoranalyse konnte das postulierte dreidimensionale Modell der Demokratiedistanz bestätigt werden[5]. Zur Bildung einer Mittelwertskala wurden die Angaben so kodiert, dass hohe Werte ein hohes Maß an Ablehnung demokratischer Prinzipien anzeigen. Die Reliabilität der aus diesen zwölf Items gebildeten Gesamtskala (MW = 1.54, SD = .42) erweist sich als zufriedenstellend (Cronbachs α = .77). Die aus jeweils vier Items bestehenden Subskalen zur Erfassung der drei Dimensionen der Demokratiedistanz - die Ablehnung demokratischer Freiheiten (α = .66), die Ablehnung der konstitutionellen Verfasstheit (α = .74) sowie die Ablehnung von Gleichheitsrechten (α = .65) - weisen ebenfalls ausreichende bis befriedigende interne Konsistenzen auf.

4.2 Zur Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen

Nachfolgend wird zunächst die kontinuierliche Skala zur Erfassung von Demokratiedistanz verwendet, um Ausprägungen und Verteilungen solcher Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen vergleichend zu beschreiben.

Im Anschluss daran erfolgen Schätzungen der Größenordnung von in dieser Hinsicht relevanten Risikopopulationen, die als demokratiedistant eingestuft werden. Diesbezüglich werden Prozentraten (Prävalenzen) und entsprechende Konfidenzintervalle dargestellt.

Der kritische Wert zur Einordnung von Personen als *demokratiedistant* wurde so festgelegt, dass Befragte, deren Angaben die Ablehnung demokratischer Grundprinzipien in mindestens einer der der drei Subdimensionen indizieren, als demokratiedistant eingestuft werden.

Zu diesem Zweck wurde eine dichotome Variable gebildet, die zur Bestimmung der Rate (Prävalenz) demokratiedistanter Einstellungen in der Bevölkerung genutzt wird. Dafür wurde auf Basis von jeweils vier Items für jede der einzelnen Subdimensionen eine kontinuierliche Mittelwertskala gebildet. Diese drei Subskalen wurden sodann am absoluten Skalenmittelpunkt (> 2.5) dichotomisiert. Dabei wurden nur Fälle berücksichtigt, die auf mindestens drei der vier Items pro Dimension gültige Werte aufweisen. Befragte die in mindestens einer der drei Subskalen einen Wert > 2.5 aufweisen (d.h. Personen, die solche Rechte in der betreffenden Dimension überwiegend ablehnen) wurden als demokratiedistant eingestuft.

[5] Modellfit der konfirmatorischen Faktoranalyse mit kategorialen Indikatoren (berechnet mit Mplus 7): χ^2 = 304.5, df = 51, p < .001; CFI = .961; TLI = .949; RMSEA = .034 (90% KI: .030; .037).

4.2.1 Ausprägungen demokratiedistanter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen

Der Mittelwert der kontinuierlichen Gesamtskala (MW=1.54, SD=.42) zeigt bereits, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten keine demokratiedistanten Einstellungen artikuliert. Ein Vergleich der mittleren Demokratiedistanz nach dem Geschlecht der Befragten zeigt, dass sich Frauen und Männer hier kaum unterscheiden (Abbildung 20).

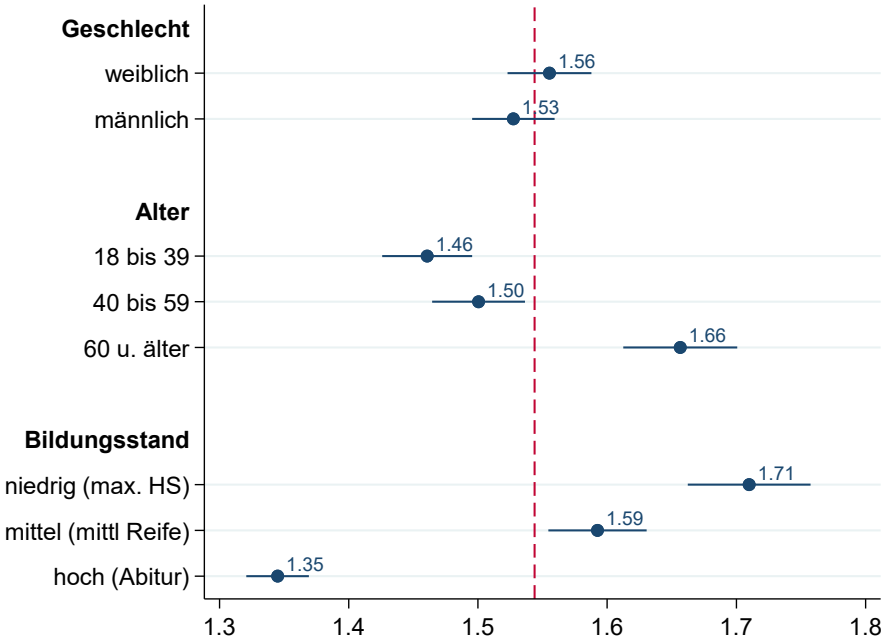


Abbildung 20: Demokratiedistanz nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (Mittelwerte und 95% KI)

Differenzen zwischen den Altersgruppen fallen jedoch recht deutlich aus: Die 18 bis 39-Jährigen (MW = 1.46, SD = .38), weisen die niedrigsten Werte auf, im Mittelbereich liegen die 40 bis 59-Jährigen (MW = 1.50, SD = .39). Befragte ab 60 Jahre (MW = 1.66, SD = .45) zeigen die höchsten Werte (t_{Welch} = 87.1, df = 2;2907.7, p < .001).

Höhergebildete Befragte (MW = 1.35, SD = .32) weisen geringere demokratiedistante Einstellungen aus als Befragte mit mittlerer Reife (MW = 1.59, SD = .39). Die höchsten Werte weisen Befragte auf, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen (MW = 1.71, SD = 45) (t_{Welch} = 382.0, df = 2;2907.7, p < .001).

Abbildung 21 zeigt, dass Befragte aus Westdeutschland (MW = 1.52, SD = .42) eine signifikant geringere Demokratiedistanz aufweisen als jene, die in Ostdeutschland wohnen (MW = 1.64, SD = .39) (t = -8.4, df=1424.9, p<.001).

Weiter finden sich Differenzen in Abhängigkeit von der Größe des Wohnortes (F = 9.7, df = 3;4467, p < .001). Befragte aus Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern weisen eine signifikant höhere Zustimmung zu demokratiedistanten Aussagen auf als Befragte aus den anderen drei Ortsgrößenklassen. Es lässt sich jedoch keine klare Differenzierung zwischen Großstädten und ländlicheren Gebieten erkennen: Befragte in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern (MW = 1.54, SD = .42) unterscheiden sich nicht signifikant von denen, die in Großstädten leben.

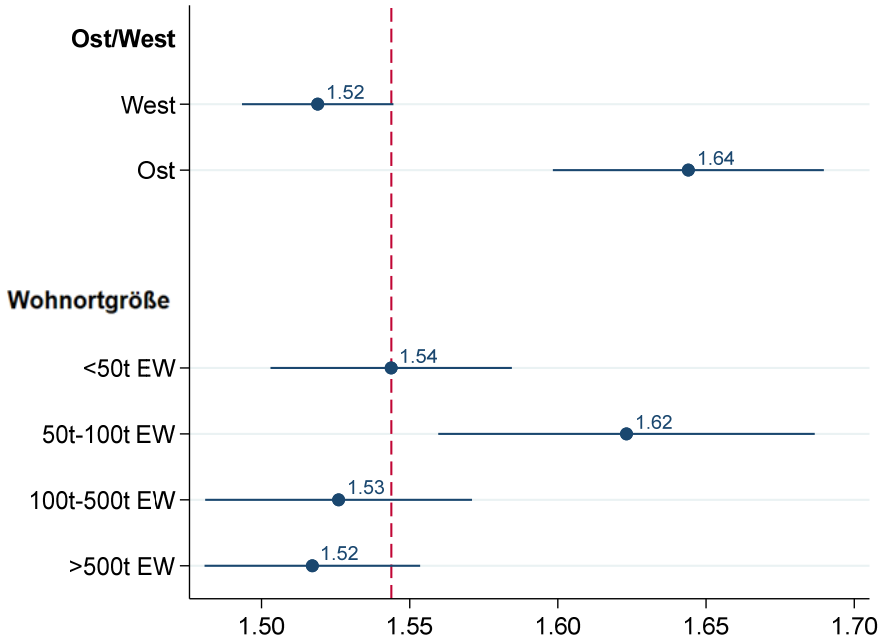


Abbildung 21: Demokratiedistanz im Ost- Westvergleich sowie nach Gemeindegrößenklasse (Mittelwerte und 95% KI)

Zusammenhänge mit dem Migrationshintergrund (Abbildung 22) sind eher schwach (t_{Welch} = 5.1, df = 2;788.6, p < .01). Migrant*innen der 2. Generation (MW = 1.48, SD = .36) lassen eine etwas geringere Demokratiedistanz erkennen als jene der 1. Generation (MW = 1.55, SD = .40) und Befragte ohne Migrationshintergrund (MW = 1.55, SD = .42), die sich untereinander nicht signifikant unterscheiden.

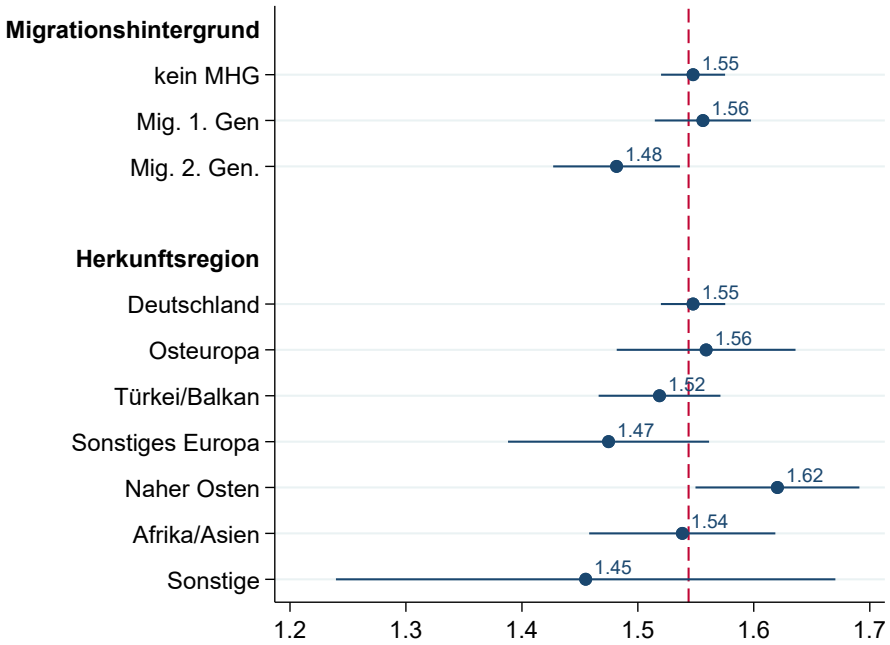


Abbildung 22: Demokratiedistanz nach Migrationshintergrund und Herkunftsregion (Mittelwerte und 95% KI)

Gruppiert man die Befragten nach ihren geographischen Herkunftsregionen, ergeben sich zwar Unterschiede (t_{Welch}= 2.2, df = 6;338.8, p < .05), diese sind jedoch nur auf dem 5%-Niveau signifikant. Lediglich Befragte aus dem Nahen Osten (MW = 1.62, SD = .40)

liegen etwas höher und Befragte aus sonstigen europäischen Ländern (MW = 1.47, SD = .36) etwas niedriger als der Durchschnitt. Die Mittelwerte von Befragten aus Deutschland, Osteuropa, der Türkei und dem Balkan sowie aus Asien und Afrika liegen in einem Bereich zwischen MW = 1.52 bis MW = 1.56 sehr nah beieinander.

Wie erwartet finden sich hingegen ganz deutliche Zusammenhänge der Ausprägung der Demokratiedistanz mit der politischen Selbstverortung der Befragten sowie mit deren Parteipräferenzen (Abbildung 23).

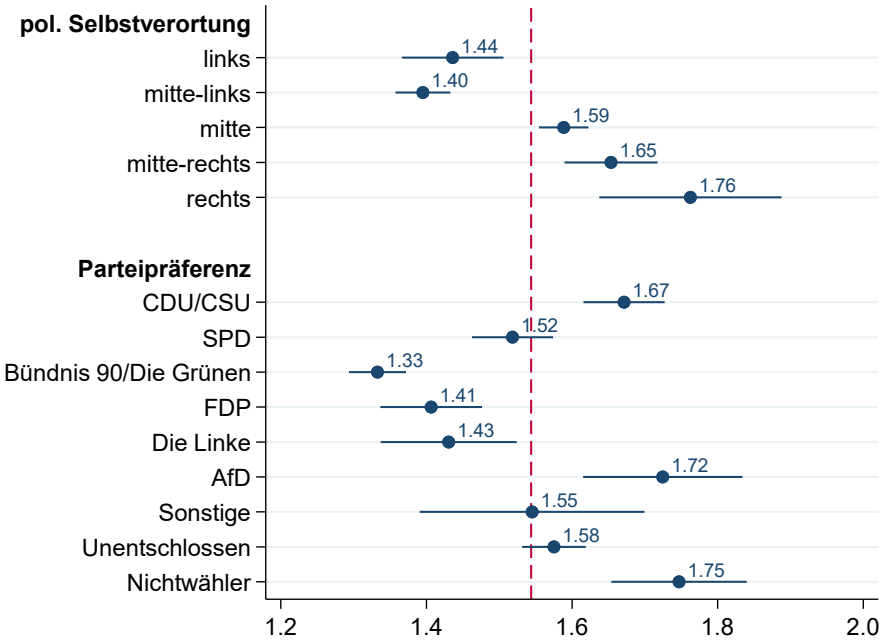


Abbildung 23: Demokratiedistanz nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Sonntagsfrage) (Mittelwerte und 95% KI)

Die politische Selbstverortung der Befragten im klassischen Links-Mitte-Rechts-Schema zeigt ein recht eindeutiges Bild: Demokratiedistante Einstellungen sind danach vor allem im rechten Spektrum, aber auch in der politischen Mitte stärker ausgeprägt (t_{Welch} = 78.9, df = 4;577.4, p < .001). Befragte, die sich selbst als politisch links (MW = 1.44, SD = .39) oder mitte-links (MW = 1.40, SD = .37) verorten, weisen eine signifikant geringere Demokratiedistanz auf als Befragte, die sich selbst in der politischen Mitte (MW = 1.59, SD = .41), mitte-rechts (MW = 1.65, SD = .39) oder rechts verorten (MW = 1.76, SD = .36). Befragte aus dem rechten Spektrum weisen eine signifikant höhere Demokratiedistanz auf als Befragte aus der politischen Mitte. Zwischen Befragten, die sich mitte-rechts und rechts verorten gibt es hingegen keine nennenswerten Unterschiede mehr.

Dieses Bild scheint sich auch in Bezug auf die Parteipräferenz der Befragten zu bestätigen, wobei allerdings auch überraschende Unterschiede erkennbar werden (t_{Welch} = 72.0, df = 8;864.1, p < .001). So weisen sowohl Nichtwähler (MW = 1.75, SD = .45) als auch Wähler*innen der AfD (MW = 1.72, SD = .39) und der CDU/CSU eine signifikant höhere Demokratiedistanz auf als die restlichen Vergleichsgruppen. Einzig der Vergleich zwischen Wähler*innen der CDU/CSU und sonstigen Parteien fällt aus diesem Muster heraus. Hier finden sich keine signifikanten Differenzen. Anhänger der Grünen weisen eine signifikant niedrigere Demokratiedistanz auf als alle anderen Gruppen, lediglich die Wähler*innen der FDP unterscheiden sich von diesen nicht signifikant.

Insbesondere der Befund zu Wähler*innen der CDU/CSU ist etwas unterwartet. Er steht jedoch im Einklang mit dem Befund zur politischen Selbstverortung der Befragten, der auch

in der politischen Mitte und im Bereich mitte-rechts eine erhöhte Zustimmung zu demokratiedistanten Aussagen ergab.

4.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit demokratiedistanten Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland

Zur Einschätzung der Größenordnung der Gruppe von Personen mit demokratiedistanten Einstellungen wurde eine dichotome Variable zur Bestimmung der Prävalenzrate von Demokratiedistanz gebildet. Hierzu wurden die drei Subdimensionen der Skala Demokratiedistanz, also Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte, Ablehnung der konstitutionellen Verfasstheit des Staates sowie der Ablehnung von Gleichheitsrechten, herangezogen. Grundannahme ist, dass die überwiegende Ablehnung von demokratischen Prinzipien in mindestens einer dieser drei Subdimensionen indiziert, dass hier ein wichtiger Kernbereich abgelehnt wird, weshalb die Person als demokratiedistant einzustufen ist. So wurden Befragte dann, wenn sie auf einer dieser drei Skalen einen Wert aufweisen, der über dem absoluten Skalenmittelpunkt (> 2.5) liegt, als Personen mit einer demokratiedistanten Einstellung eingestuft.

Unter Anwendung dieses Kriteriums erweisen sich 14% der Befragten aus dieser Stichprobe als Personen, die demokratiedistante Einstellungen artikulieren. D.h. sie lehnen mindestens eine der elementaren Dimensionen der Gleichheits- und Freiheitsrechte des demokratischen Verfassungsstaates und/oder seine staatlichen Ordnungsprinzipien ab. Aus diesem Stichprobenbefund ergibt sich, unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls für die in Deutschland lebende erwachsene Wohnbevölkerung ab 18 Jahren eine geschätzte Prozentrate demokratiedistant eingestellter erwachsener Bürger*innen, die im Jahr 2021 zwischen 13.0% und 15.0% liegt.

4.2.3 Raten demokratiedistanter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen

Diese Rate unterscheidet sich zwischen Frauen (13.8%) und Männern (14.1%) nicht signifikant. Im Hinblick auf die Altersgruppen findet sich hingegen eine klare Abstufung: Die jüngeren Befragten weisen mit 10.2% (18-39 Jahre) und 9.7% (40-59 Jahre) einen nur halb so großen Anteil demokratiedistanter Personen auf wie die über 60-Jährigen (21.6%), bei denen etwa ein Fünftel als demokratiedistant einzustufen ist ($\chi^2 = 112.1$, df = 2, $p < .001$).

Auch in Bezug auf das Bildungsniveau findet sich bivariat ein eindeutiger Befund ($\chi^2 = 221.2$, df = 2, $p < .001$): Je höher der Bildungsstand der Befragten umso geringer ihre Demokratiedistanz. Von den Befragten mit Abitur bzw. vergleichbarem Abschluss sind 4.8% als demokratiedistant einzustufen. Die vergleichbare Rate bei Befragten mit mittlerer Reife liegt hingegen bei 13.8% und bei jenen mit maximal Hauptschulabschluss bei 23.7%.

Zwischen West- (13.9%) und Ostdeutschland (14.4%) unterscheiden sich die Raten demokratiedistant eingestellter Personen nicht signifikant. Auch bei Betrachtung der Ortsgrößenklassen ergeben sich insoweit keine statistisch signifikanten Unterschiede. Mit einer Prävalenz von 14.4% bis 15.9% scheinen Gemeinden unter 100 000 Einwohnern zwar tendenziell etwas höhere Raten aufzuweisen, diese unterscheiden sich jedoch nicht wesentlich von Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern (12.1% bis 13.9%).

Für die Rate demokratiedistanter Personen finden sich auch mit Blick auf den Migrationshintergrund keine signifikanten Differenzen. Die Anteile demokratiedistant eingestellter Migrant*innen der 2. Generation (12.0%), der 1. Generation (14.9%) und der Befragten ohne Migrationshintergrund (14.0%) liegen auf einem ähnlichen Niveau.

Auch bei Betrachtung der verschiedenen Herkunftsregionen finden sich keine statistisch auffälligen Abweichungen. Einzig Befragte aus den sonstigen europäischen Ländern, die nicht aus Deutschland, Osteuropa, der Türkei oder dem Balkan stammen, weisen eine geringere Rate von 6.9% auf, allerdings ist diese Abweichung aufgrund der geringen Fallzahl in dieser Gruppe nicht signifikant. Alle anderen Herkunftsregionen unterscheiden sich nicht nennenswert voneinander und weisen Raten zwischen 14% (Deutschland) und 18.1% (Naher Osten) auf.

In Bezug auf die politische Selbstverortung (Abbildung 24) sind klare Unterschiede zu erkennen ($\chi^2 = 108.3$, df = 4, $p < .001$).

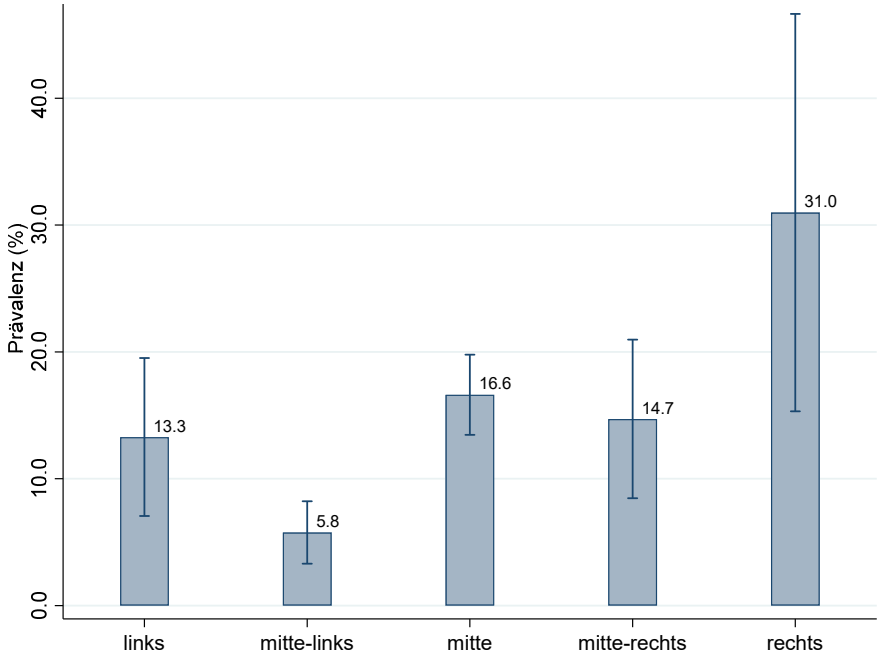


Abbildung 24: Prävalenz demokratiedistant eingestellter Personen nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Insbesondere Befragte, die sich selbst als mitte-links einordnen, weisen mit 5.8% eine deutlich niedrigere Rate demokratiedistanter Einstellungen auf als Befragte aus dem sonstigen politischen Spektrum. Befragte die sich selbst als links (13.3%), in der politischen Mitte (16.6%) oder mitte-rechts (14.7%) verorten bewegen sich hier auf einem ähnlichen Niveau. Sich selbst rechts verortende Befragte weisen mit 31% allerdings eine deutlich erhöhte Rate auf.

Demokratiedistante Einstellungsmuster sind somit eher im politisch rechten Spektrum vorzufinden, was Demokratiedistanz jedoch keineswegs zu einem ausschließlich rechten Phänomen macht. Die Befunde zur Prävalenz demokratiedistanter Einstellungsmuster bei politisch links Orientierten sowie in der politischen Mitte zeigen viel mehr, dass solche Einstellungen über das gesamte politische Spektrum zu finden sind – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Mit Blick auf die Parteipräferenzen (Abbildung 25) zeigen sich ebenfalls eindeutige Unterschiede der Raten demokratiedistant eingestellter Personen ($\chi^2 = 169.9$, df = 8, $p < .001$). Besonders hohe Raten finden sich für Befragte, die angeben, die CDU/CSU (23.0%) oder die AfD (22.1%) zu wählen sowie für Befragte, die nicht wählen gehen (19.9%). Einen zweiten Block bilden Befragte, die die SPD (13.0%) bevorzugen, die Unentschlossenen (13.5%) sowie der Wähler*innen sonstiger Parteien (17.2%). Den

dritten Block bilden Befragte, die in der Sonntagsfrage das Bündnis 90/Die Grünen (4.2%), die FDP (6.7%) oder Die Linke (6.2%) bevorzugen.

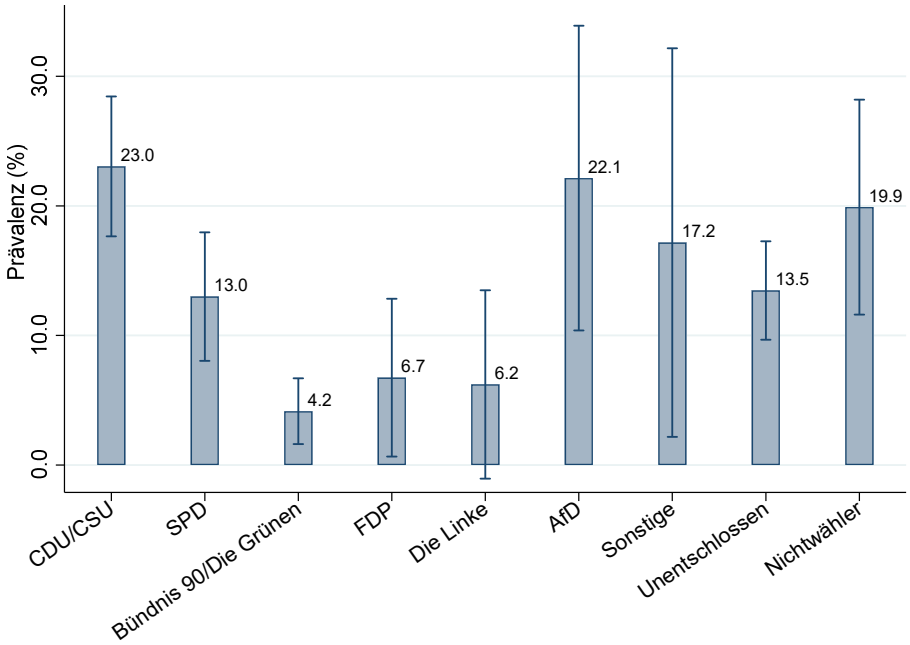


Abbildung 25: Prävalenz demokratiedistant eingestellter Personen nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

4.2.4 Subdimensionen der Demokratiedistanz nach Parteipräferenzen

Im Folgenden werden mit Blick auf die Parteipräferenzen die bisher schon erkennbaren Unterschiede nochmals etwas genauer in Bezug auf die drei Subdimensionen der Demokratiedistanz in den Blick genommen (Abbildung 26). Für diese Analysen wurde auf die Einbeziehung der intern eher heterogenen Gruppen der Wähler*innen sonstiger Parteien sowie der Unentschlossenen verzichtet.

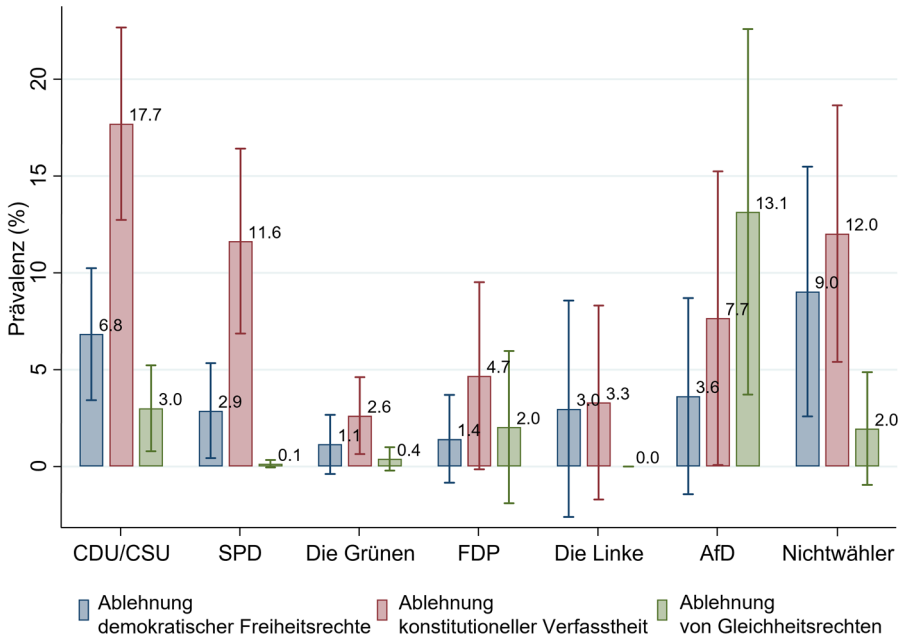


Abbildung 26: Prävalenz demokratiedistant eingestellter Personen in Bezug auf die drei Subdimensionen der Demokratiedistanz nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

Bei dieser differenzierteren Betrachtung zeigt sich, dass vor allem die Ablehnung der konstitutionellen Verfasstheit des Staates für demokratiedistante Einstellungen bei den meisten Teilgruppen die entscheidende Größe ist. Eine Ausnahme bilden die Wähler*innen der AfD. Bei ihnen erweist sich auch die Ablehnung von Gleichheitsrechten als eine relevante Dimension ihrer Demokratiedistanz.

Im Hinblick auf die *Ablehnung der konstitutionellen Verfasstheit* des demokratischen Rechtsstaates finden sich klare Unterschiede zwischen den Teilgruppen ($\chi^2 = 132.9$, df = 8, $p < .001$). Wähler*innen der CDU/CSU (17.7%), der SPD (11.6%) der AfD (7.7%) sowie Nichtwähler (12%) zeigen hier erhöhte Raten. Die niedrigsten Werte finden sich hier für die Grünen (2.6%), die FDP (4.7%) sowie für Die Linke (3.3%).

Betrachtet man die einzelnen Aspekte der konstitutionellen Verfasstheit auf Ebene der Einzelitems, dann bringt von den Wähler*innen der CDU/CSU mit Werten zwischen 17.5% und 34% eine relevante Minderheit ihre Ablehnung gegenüber den verschiedenen Aspekten der konstitutionellen Verfasstheit (Recht auf Opposition, Durchführung regelmäßiger Wahlen, Gewaltenteilung und Parlamentarismus) zum Ausdruck. Die Gewaltenteilung wurde mit gut einem Drittel am häufigsten abgelehnt.

Auch von den SPD-Wähler*innen äußerte gut ein Drittel (31.9%) seine Ablehnung gegenüber der Gewaltenteilung. Das Recht auf Opposition wurde von 18.1% abgelehnt.

Bei Nichtwählern zeigte sich mit Werten zwischen 17.6% und 37.8% ebenfalls eine ähnliche Rate der Ablehnung aller Aspekte der konstitutionellen Verfasstheit. Auch von ihnen wurde die Gewaltenteilung mit 37.8% von einem substanziellen Anteil der Befragten abgelehnt. 30.0% sprachen sich auch gegen die Durchführung regelmäßiger Wahlen aus.

Ein weiterer relevanter Befund ergibt sich bei Betrachtung der Items zur konstitutionellen Verfasstheit mit Blick auf die Wähler*innen der AfD: So sprach sich von ihnen nur ein kleiner Anteil gegen die Durchführung regelmäßiger Wahlen aus (8.6%), etwas über ein Drittel äußerte jedoch ihre Ablehnung gegenüber dem Parlamentarismus (35.7%) – der bei Wählern der CDU/CSU (17.5%) und der SPD (14.1%) jeweils die geringste Ablehnung erfuhr. Weiterhin lehnte etwa ein Viertel der AfD-Wähler*innen das Recht auf Opposition (22.3%) sowie die Gewaltenteilung (26.6%) ab.

Die *Ablehnung von Freiheitsrechten* ist zwischen den einzelnen Teilgruppen ebenfalls unterschiedlich ($\chi^2 = 92.9$, df = 8, $p < .001$). Durch etwas erhöhte Werte fallen hier zum einen Nichtwähler (9%) und Wähler*innen der CDU/CSU auf (6.8%), während Wähler*innen des Bündnis 90/Die Grünen (1.1%) und der FDP (1.4%) eher unterdurchschnittliche Raten in dieser Dimension aufweisen. Befragte mit einer Präferenz für die SPD, Die Linke oder die AfD ordnen sich 2.9% bis 3.6% Ablehnung eher im Mittelfeld ein.

Betrachtet man auch hier die Einzelaspekte etwas genauer, differenziert sich der Befund weiter aus. So werden von den Wählern der CDU/CSU in dieser Dimension besonders die Versammlungsfreiheit (21.7%) sowie die Koalitionsfreiheit (17.5%) von einer relevanten Minderheit abgelehnt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Nichtwählern, die ebenfalls eine relativ hohe Ablehnung der Versammlungsfreiheit (23.6%) und der Koalitionsfreiheit (20.2%) zum Ausdruck bringen. Auch die Pressefreiheit – für die ansonsten nur Ablehnungsraten zwischen 0.2% (FDP) und 7.0% (AfD) festgestellt wurden - wird von 19.9% der Nichtwähler abgelehnt.

In Bezug auf die *Ablehnung von Gleichheitsrechten* zeigt sich ein etwas anderes Bild. Auch hier sind deutliche Unterschiede zu erkennen ($\chi^2 = 161.9$, df = 8, $p < .001$). Unter AfD-

Wähler*innen lehnt ein deutlich größerer Anteil Gleichheitsrechte ab (13.1%) als das bei den anderen Teilgruppen der Fall ist. Wähler*innen der CDU/CSU (3.0%), der FDP (2.0%) sowie Nichtwähler (2.0%) weisen hier ganz erheblich geringere Raten auf. Diese Raten sind nochmals deutlich niedriger unter Wähler*innen des Bündnis 90/Die Grünen (0.4%), der SPD (0.1%) oder den Linken (0.0%), die Gleichheitsrechte kaum ablehnen.

Dieses recht eindeutige Bild bestätigt sich auch bei der Betrachtung der einzelnen Aspekte der Ablehnung von Gleichheitsrechten. So ist unter AfD-Wähler*innen jeweils die höchste Rate der Ablehnung bezogen auf das jeweilige Gleichheitsrecht zu finden. Dies betrifft Hautfarbe (11.7%), Nationalität (40.4%), Religion (49.7%) wie auch die Geschlechtergleichheit ablehnende Angaben (5.1%). Bei den anderen Teilgruppen bewegen sich die entsprechenden Raten auf wesentlich niedrigerem Niveau.

In der Summe ist hier festzuhalten, dass die bei relevanten Minderheiten erkennbaren demokratiedistanten Einstellungen sich bei Wähler*innen der CDU/CSU, der SPD sowie den Nichtwählern vor allem aus der Ablehnung konstitutioneller Verfasstheit speisen und damit vermehrt auf staatliche Ordnungsprinzipien abzielen. Diese Dimension spielt bei den AfD-Wähler*innen zwar ebenfalls eine Rolle, ihre Demokratiedistanz wird jedoch vor allem auch durch die Ablehnung von Gleichheitsrechten geprägt. Des Weiteren zeigten sich bei Befragten, die die AfD bevorzugen, auch bei der Art der Ablehnung konstitutioneller Verfasstheit nennenswerte Differenzen zu den anderen Teilgruppen. So zielt ihre Ablehnung deutlich häufiger auf den Parlamentarismus. In der Dimension der Ablehnung von Freiheitsrechten zeigte sich zudem das bei Wählern*innen der CDU/CSU die Ablehnung der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit eine relevante Rolle spielt, was im Kontext der Corona-Pandemie und dem in ihrem Rahmen stattfindenden Demonstrationsgeschehen für zukünftige Betrachtungen dieser Aspekte im Trend besonders interessant erscheint. Diese Aspekte der Ablehnung von Freiheitsrechten spielen auch für die Demokratiedistanz von Nichtwählern eine Rolle, werden bei ihnen jedoch zusätzlich durch einen hohen Anteil derer ergänzt, die auch der Pressefreiheit ablehnend gegenüberstehen.

4.2.5 Die Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen in den Bundesländern

Demokratiedistante Einstellungen, wie sie hier gemessen wurden, sind nach unseren Befunden innerhalb Deutschlands relativ gleichmäßig über die einzelnen Bundesländer verteilt (Abbildung 27).

Einzig das Saarland liegt mit einer Rate von 24% jenseits der 20%-Marke, wobei - wie oben bereits angesprochen - zu beachten ist, dass diesem Befund die Angaben von lediglich n = 13 Personen zugrunde liegen, weshalb diese Rate nicht weiter interpretiert werden sollte.

Eine einstellige Rate demokratiedistanter Einstellungen findet sich für Berlin (9%). Alle anderen Bundesländer bewegen sich in einem Bereich zwischen 10% (Hessen und Sachsen-Anhalt) und 19% (Brandenburg). Neben Berlin weisen auch die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg (11%) und Bremen (13%) eine eher niedrige bis mittlere Prävalenz demokratiedistanter Einstellungen auf. Im Süden Deutschlands zeigen sich in Baden-Württemberg (14%) und Bayern (16%) mittlere bzw. durchschnittliche Werte.

Neben Brandenburg (19%) liegen im Osten auch Sachsen (18%) und Mecklenburg-Vorpommern (17%) im oberen Bereich dieses Spektrums. Im Westen fallen zudem Rheinland-Pfalz (17%) und Schleswig-Holstein (18%) durch Werte im oberen Bereich auf.

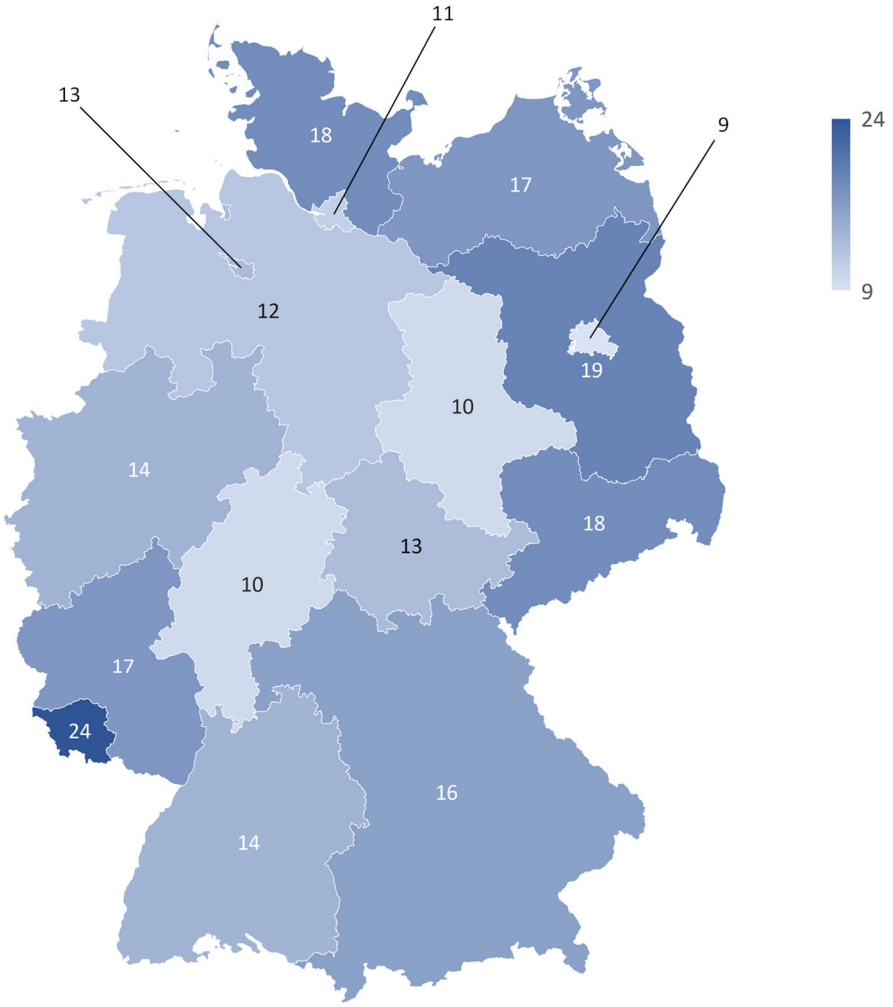


Abbildung 27: Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen in Deutschland (Prävalenzraten je Bundesland)

5 Intolerante Einstellungen gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten

Pauschale Abwertungen oder Ausgrenzungen gesellschaftlicher Teilgruppen im Sinne der Ablehnung von Ausländern oder in Form von Islamablehnung, Antisemitismus oder Ablehnung von Homosexuellen, können als Formen der Intoleranz im Sinne ausgeprägter Vorurteile gegenüber oder Ablehnungen von Fremdgruppen oder Minderheiten eingeordnet werden, die in einem demokratischen Gemeinwesen auch politisch relevante problematische Einstellungen mit einem hohen sozialen Desintegrationspotential darstellen können.

Insbesondere wenn man bedenkt, dass entsprechende Vorurteile nicht selten mit Forderungen an die Politik verbunden sind, die entsprechenden Zielgruppen solcher Vorurteile in ihren Rechten zu beschneiden, deren gesellschaftliche Teilhabe einzuschränken, sie als Bedrohung aufzufassen und deshalb auszugrenzen oder verstärkt zu kontrollieren oder sie sozial weniger bzw. gar nicht staatlicherseits zu unterstützen, finden sich schnell Verbindungslinien zu Aspekten der Demokratiedistanz im Sinne der Ablehnung grundlegender Gleichheits- und Menschenrechte.

Radikalisierte und extremistische Gruppen können solche vorurteilsgespeisten Haltungen und damit assoziierte Formen von Konkurrenzgefühlen, Konflikt oder vermeintlicher Bedrohung zudem für ihre eigenen Zwecke funktionalisieren, indem sie diese aufgreifen und mit pauschalisierenden Ideologien der Ungleichwertigkeit verbinden, die sie auf ihre politische Agenda setzen, um sich so als vermeintliche Interessenvertreter einer angeblich benachteiligten oder bedrohten Mehrheit dazustellen und vermehrt Anhänger zu rekrutieren.

Insofern sind entsprechende Einstellungen und Haltungen von Menschen in Deutschland gegenüber Minderheiten bzw. Fremdgruppen, die deren grundlegenden Gleichheitsrechte in Frage stellen, ein wichtiger Aspekt des Radikalisierungsgeschehens, dem auch in präventiver Hinsicht eine hohe Bedeutung zukommt.

Im Rahmen der Studie MiD 2021 wurden solche Formen von Intoleranz und Vorurteilen als eigene Einstellungen ebenfalls in das Erhebungsinstrument integriert und so in das Monitoring einbezogen. Fokussiert werden dabei Formen der Intoleranz in Bezug auf vier Minderheitengruppen (Homosexuelle, Muslime, Juden und Ausländer). Diese bilden zwar das gesellschaftliche Potential intoleranter Einstellungen nicht umfassend ab. Damit werden aber sehr wohl zentrale Aspekte dessen berücksichtigt.

5.1 Die Skala zur Messung intoleranter Einstellungen

Die Skala zur Messung intoleranter Einstellungen (Intoleranz) umfasst wie o.a. die vier Subdimensionen Ablehnung Homosexueller, Islamablehnung, Antisemitismus und Ausländerablehnung. Jede dieser Subdimensionen wurde mit jeweils zwei Items erfasst, zu denen die Befragten auf einer 4-stufigen Likert-Skala angeben konnten, in welchem Ausmaß, sie den entsprechenden Aussagen zustimmen. Die Verteilungen der Angaben sind in Tabelle 9 dargestellt. Es zeigen sich deutliche Unterschiede sowohl zwischen den vier Dimensionen als auch zwischen einzelnen Items im direkten Vergleich.

Die häufigste Zustimmung erfahren Äußerungen von Intoleranz in Bezug auf Ausländer (Subdimension Ausländerablehnung), wobei dem Item „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ im Vergleich zu allen anderen Items die meisten Befragten zustimmten (38.7%). Für die zur gleichen Dimension gehörende rekodierte Aussage „Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische“ findet sich mit 11.4%, ein deutlich geringerer Anteil von denen eine solche Gleichstellung abgelehnt wurde.

Im Hinblick auf Einstellungen zum Islam bzw. zu in Deutschland lebenden Muslim*innen lehnten 15.3% eine mit anderen Religionen vergleichbare Religionsfreiheit für Muslim*innen ab. Noch höher ist die Zustimmung zu der Aussage „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“, diese lag bei 30.8%.

Es zeigen sich demnach klare Unterschiede in der Zustimmung zu Aussagen, die eine subjektiv wahrgenommene „Überfremdung“ und insoweit auch Assoziationen mit einer Bedrohung der eigenen Stellung artikulieren im Vergleich zu Aussagen, die sich auf eine Beschneidung der Rechte von Angehörigen dieser beiden Gruppen beziehen.

Die Angaben in den Subdimensionen Antisemitismus und Ablehnung Homosexueller unterscheiden sich in ihrer Verteilung deutlich von den zuvor genannten beiden Subdimensionen. Antisemitismus ist dabei vergleichsweise wenig verbreitet: 4.4% bzw. 8.8% der Befragten stimmten der jeweiligen negativen Aussage über Personen jüdischen Glaubens zu.

Tabelle 9: Skala zur Erfassung intoleranter Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Ablehnung Homosexueller							
Homosexualität sollte verboten werden.	78.1	14.0	4.3	3.5	1.33	.72	4 390
Es macht mich wütend, wenn Homosexuelle in der Öffentlichkeit Hand in Hand gehen oder sich küssen.	72.0	16.5	6.8	4.8	1.44	.82	4 385
Islamablehnung							
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	42.0	27.2	18.9	11.9	2.01	1.04	4 386
Muslim*innen müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen. *(inv)*	57.5	27.2	11.8	3.5	1.61	.83	4 444
Antisemitismus							
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	65.6	25.7	6.5	2.3	1.46	.72	4 317
Juden kann man nicht trauen.	81.0	14.7	3.0	1.4	1.25	.57	4 371
Ausländerablehnung							
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	31.6	29.6	26.0	12.7	2.20	1.02	4 388
Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. *(inv)*	65.0	23.7	9.1	2.3	1.49	.75	4 448
Gesamtskala Intoleranz					1.60	.55	4 462

Anmerkung: *(inv)* = Das Item wurde rekodiert

Die Ablehnung Homosexueller, erfasst über die Äußerung von Wut, „…, wenn Homosexuelle in der Öffentlichkeit Hand in Hand gehen oder sich küssen“ wurde von 11.6% bejaht und ein Verbot von Homosexualität wurde von 7.8% der Befragten befürwortet. Auch hier fällt also die Zustimmung etwas geringer aus, sobald es um die direkte Einschränkung von Rechten der entsprechenden Personen geht.

Eine Faktorenanalyse führt zu einer zweifaktoriellen Lösung mit einer Varianzaufklärung von insgesamt 62.5%. Den ersten Faktor bilden die Items aus den Subdimensionen Ausländerablehnung und Islamablehnung (Varianzaufklärung 44.3%). Den zweiten Faktor bilden die Items der Subdimensionen Ablehnung Homosexueller und Antisemitismus, der nochmal 18.2% der Varianz erklärt. Die Items dieses zweiten Faktors erwiesen sich insgesamt als schwerer, als die des ersten Faktors, weshalb diese Clusterung in zwei Faktoren erklärlich ist.

Gleichwohl bilden alle diese Items verschiedene Facetten des theoretischen Konstrukts „Intoleranz“ ab, weshalb entschieden wurde, für die nachfolgenden Analysen auf Basis aller acht Items eine gemeinsame Skala zu bilden. Die so gebildete Skala weist eine gute interne Konsistenz auf (Cronbachs α = .82).

In die Gesamtskala wurden Befragte einbezogen, die in mindestens vier der acht Items einen gültigen Wert aufweisen. Der Mittelwert der Skala beträgt von 1.60 (SD = .55) und liegt damit weit unter dem theoretischen Skalenmittel von 2.5.

5.2 Zur Verbreitung intoleranter Einstellungen

Nachfolgend wird zunächst die kontinuierliche Skala zur Erfassung von Intoleranz verwendet, um die Ausprägungen und Verteilungen solcher Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen vergleichend zu beschreiben.

Im Anschluss daran erfolgen Schätzungen der Größenordnung von in dieser Hinsicht relevanten Risikopopulationen, die sich als intolerant in dem Sinne darstellen, dass sie auf der kontinuierlichen Skala der Intoleranz kritische Werte überschreiten.

Dazu wurde eine dreistufige kategoriale Variable konstruiert: Personen, die auf der Gesamtskala Werte zwischen 1 bis einschließlich 2 erreichen, werden als nicht intolerant eingestuft. Befragte mit Skalenwerten über 2 bis einschließlich 2.8 werden als Personen mit mittlerer Intoleranz geführt während Personen mit Werten über 2.8 als hoch intolerant eingestuft werden.

Auf dieser Basis werden Schätzungen der Raten der Verbreitung mittlerer bzw. hoher Intoleranz für die Bevölkerung insgesamt bzw. definierte Teilpopulationen vorgenommen.

5.2.1 Ausprägungen intoleranter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen

Ein Vergleich der Mittelwerte der Intoleranz nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (Abbildung 28) zeigt, dass Männer (MW = 1.64, SD = .57) in etwas stärkerem Maße intolerante Einstellungen zeigen als Frauen (MW = 1.56, SD = .53). Dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern erweist sich auch als signifikant ($t = -4.6$, $df = 4354.4$, $p < .001$).

In Bezug auf die drei Altersgruppen zeigt sich ebenfalls ein signifikanter Befund: Je älter die Befragten sind, desto ausgeprägter sind ihre intoleranten Einstellungen ($t_{Welch} = 122.6$, $df = 2;2894.6$, $p < .001$). Dies gilt für alle drei hier betrachteten Altersgruppen, die sich jeweils signifikant voneinander unterscheiden.

Weiter ist ein klarer Bildungseffekt zu erkennen: Je niedriger der erreichte Schulabschluss, desto stärker sind auch intolerante Einstellungen ausgeprägt. ($t_{Welch} = 266.6$, $df = 2;2800.3$, $p < .001$).

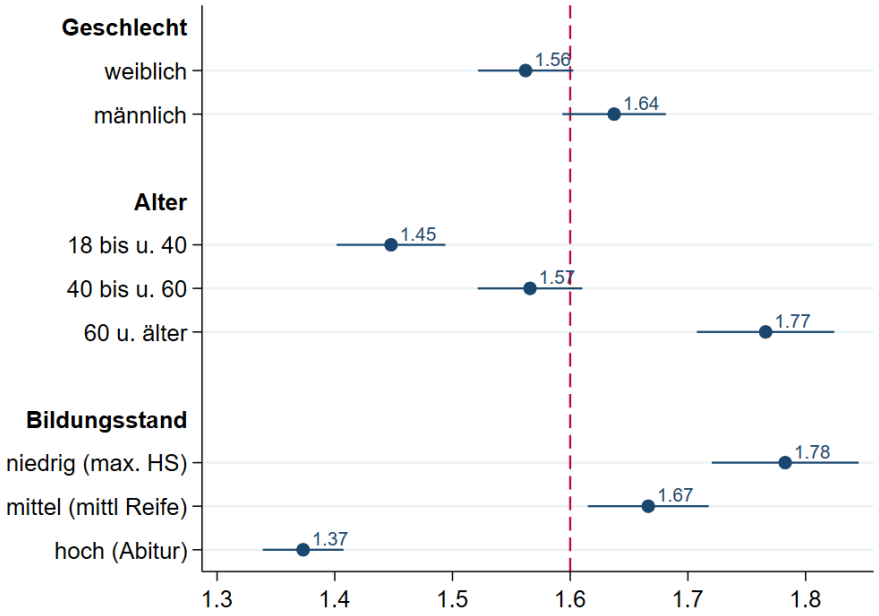


Abbildung 28: Intoleranz nach Geschlecht, Alter und Bildungsniveau (Mittelwerte und 95% KI)

Befragte aus Ostdeutschland weisen eine im Mittel höhere Intoleranz auf (MW = 1.7, SD = .58) als Personen aus Westdeutschland (MW = 1.57, SD = .54) ($t = -7.4$, $df = 1288.7$, $p < .001$).

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Gemeindegrößen, in denen die Befragten leben, findet sich nur ein geringer Unterschied ($t_{Welch} = 10.3$, df = 3;1936.0, $p < .001$). Auffallend ist nur die Ortsgrößenklasse 50 000 bis 100 000 Einwohner mit einem etwas höheren Mittelwert (MW = 1.72. SD = .59).

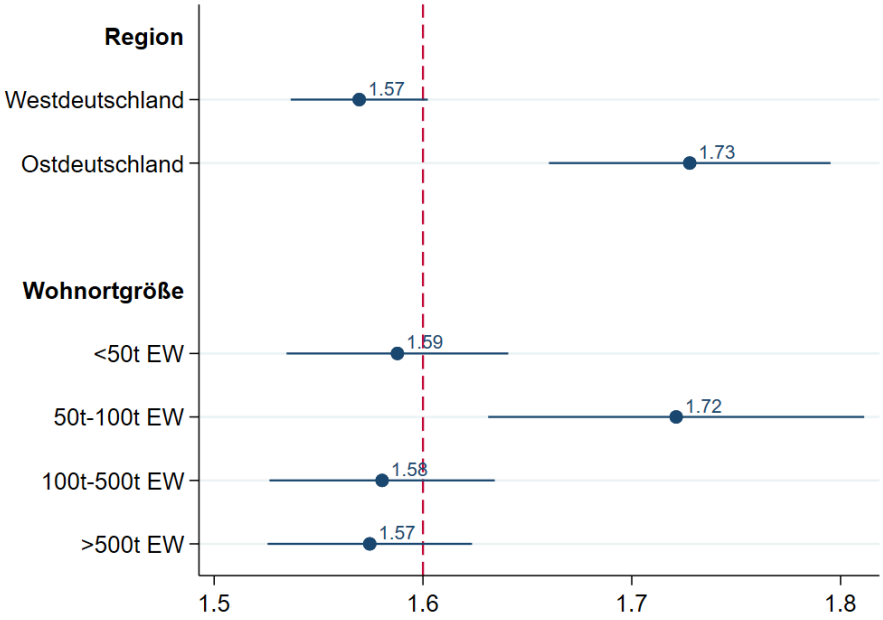


Abbildung 29: Intoleranz nach Region und Wohnortgröße (Mittelwerte und 95% KI)

Abbildung 30 stellt die Ausprägung intoleranter Einstellungen nach Herkunftsregion und Migrationshintergrund der Befragten dar.

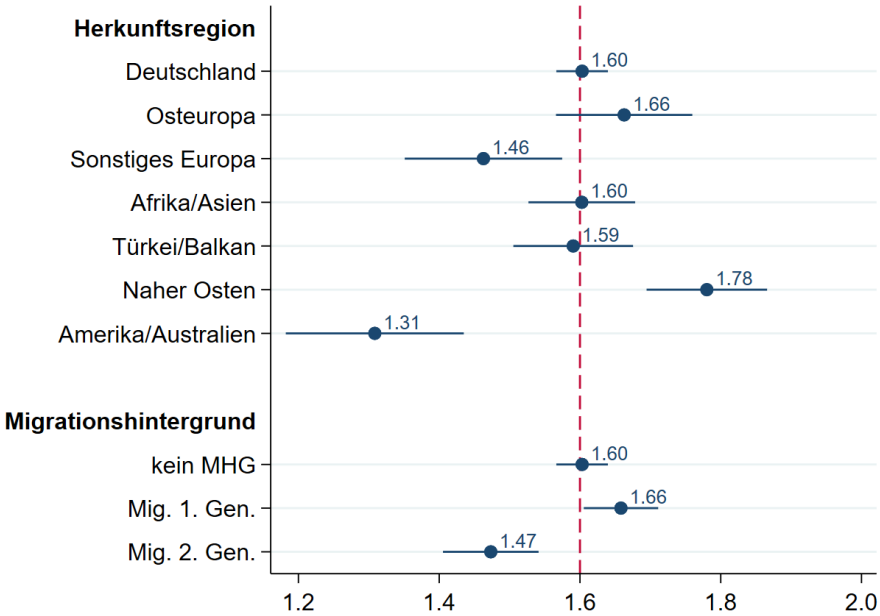


Abbildung 30: Intoleranz nach Migrationshintergrund und Herkunftsregion (Mittelwerte und 95% KI)

. Danach liegt die Ausprägung der Intoleranz bei Befragten ohne Migrationshintergrund im Mittelfeld (MW = 1.6, SD = .56). Das niedrigste Ausmaß intoleranter Einstellungen wurde von Befragten artikuliert, die aus Amerika und Neuseeland stammen (MW = 1.3, SD = .34) sowie von Personen aus Nord-, West- und Südeuropa (hier zusammengefasst zu „Sonstiges Europa“: MW = 1.5, SD = .48), die sich damit von allen anderen

Herkunftsregionen signifikant abheben. Die höchsten Werte weisen Befragte aus Osteuropa (MW = 1.7, SD = .55) sowie dem Nahen Osten auf (MW = 1.8, SD = .50). Letztere unterscheiden sich signifikant von allen anderen Gruppen.

In Bezug auf den Migrationshintergrund zeigt sich ein signifikant geringeres Ausmaß intoleranter Einstellungen bei Migrant*innen der 2. Generation (MW = 1.47, SD = .50), während die anderen beiden Gruppen (Migrant*innen der 1. Generation und Befragte ohne Migrationshintergrund) ähnlich hohe Werte aufweisen.

Ein Vergleich der mittleren Ausprägung intoleranter Einstellungen im Zusammenhang mit der politischen Selbstverortung und den Parteipräferenzen lässt gleichfalls interessante Unterschiede erkennbar werden (Abbildung 31). Die politische Selbstverortung hängt danach stark mit der Artikulation intoleranter Einstellungen zusammen (t_{Welch} = 127.3, df = 4;566.9, p < .001). Befragte, die sich selbst politisch rechts von der Mitte verorten liegen höher als alle anderen Gruppen. Ein signifikant unterdurchschnittliches Ausmaß intoleranter Einstellungen zeigten Befragte, die sich links von der politischen Mitte verorten.

Vergleiche nach der Parteipräferenzen führen zu einem ähnlichen Befund (t_{Welch} = 119.3, df = 8;858.1, p < .001). Personen, die angaben, bei der nächsten Bundestagswahl die AfD wählen zu wollen, erweisen sich mit einem Mittelwert von MW = 2.2 (SD = .56) als signifikant intoleranter als alle anderen Gruppen. An zweiter Stelle folgen Nichtwähler (MW = 1.9, SD = .60). Die niedrigsten Ausprägungen der Intoleranz weisen Wähler*innen des Bündnis 90/Die Grünen auf (MW = 1.3, SD = .36), die sich damit statistisch von allen anderen Gruppen abheben.

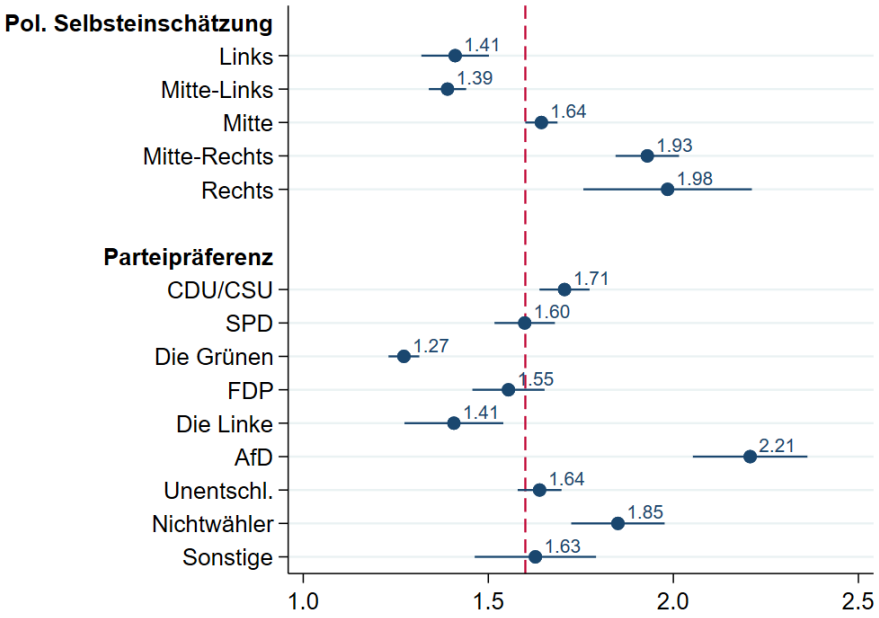


Abbildung 31: Intoleranz nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Mittelwerte und 95% KI)

5.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit intoleranten Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland

Unterteilt man die Ausprägung der Intoleranz der Befragten auf der eben betrachteten Mittelwertskala in die Ausprägung keine, mittel und hoch intolerante Einstellungen (Tabelle 10), zeigt sich, dass mit 79.5% ein Großteil der Befragten gar keine bzw. nur eine sehr niedrige Intoleranz aufweist (Werte 1 bis 2 auf der Mittelwertskala). Etwa 16.8% der Personen zeigen eine mittlere Intoleranz (Werte von über 2 bis einschließlich 2.8). Unter

Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls führt das zu einer Schätzung der Verbreitung einer mittleren Ausprägung von Intoleranz für die Gesamtbevölkerung, die zwischen 14.7% und 18.8% liegt.

Darüber hinaus weist eine Minderheit von 3.7% eine hohe Ausprägung intoleranter Einstellungen auf (Werte über 2.8). Diese bejahen intolerante Angaben auf der Mehrzahl der Items eindeutig. Die unter Beachtung der Stichprobengröße geschätzte entsprechende Rate für die Gesamtbevölkerung liegt danach in einem Bereich zwischen 2.6% und 4.8%.

Tabelle 10: Dreistufiger kategorialer Indikator der Intoleranz (in %)

	Prozent	95% KI	N
Keine	79.5	77.3 - 81.7	3548
Mittel	16.8	14.7 - 18.8	749
Hoch	3.7	2.6 - 4.8	165
gültige N	100.0	-	4462

5.2.3 Raten intoleranter Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen

Frauen artikulieren insgesamt mit 18.3% etwas seltener intolerante Einstellungen als Männer mit 22.3% (Abbildung 32). Eine hohe Intoleranz wird bei 2.9% der Frauen und 4.5% der Männer erkennbar, womit sich die Geschlechter signifikant voneinander unterscheiden ($\chi^2 = 13.1$, df = 2, p<.001).

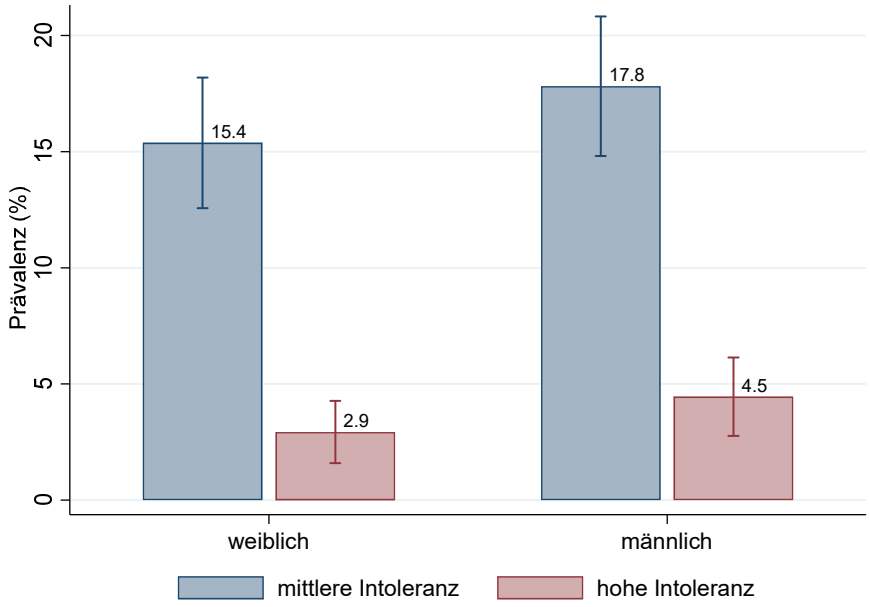


Abbildung 32: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Geschlecht (Prozent und 95% KI)

Für die drei Altersgruppen zeigt sich, wie schon in den Auswertungen anhand der Mittelwerte, eine deutlich weitere Verbreitung intoleranter Einstellungen je älter die Befragten sind (Abbildung 33). Während nur 12.8% der Befragten unter 40 Jahren mittlere oder hohe intolerante Einstellungen artikulierten, ist dieser Wert bei Befragten ab 60 Jahren mit 31% mehr als doppelt so hoch ($\chi^2 = 171.1$, df = 2, p<.001). Die Gruppe der ab 60jährigen unterscheidet sich bei Betrachtung der Prävalenzen der hohen Intoleranz auch signifikant von den beiden jüngeren Altersgruppen ($\chi^2 = 40.2$, df = 2, p<.001).

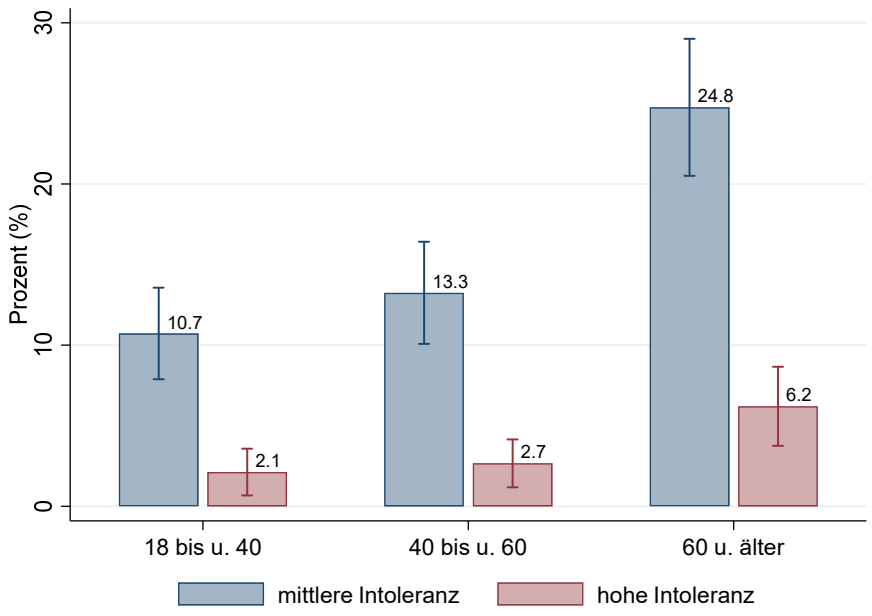


Abbildung 33: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Altersgruppe (Prozent und 95% KI)

Unterschiede der Verbreitung intoleranter Einstellungen sind in Bezug auf den Bildungsstand gleichfalls sehr deutlich (Abbildung 34).

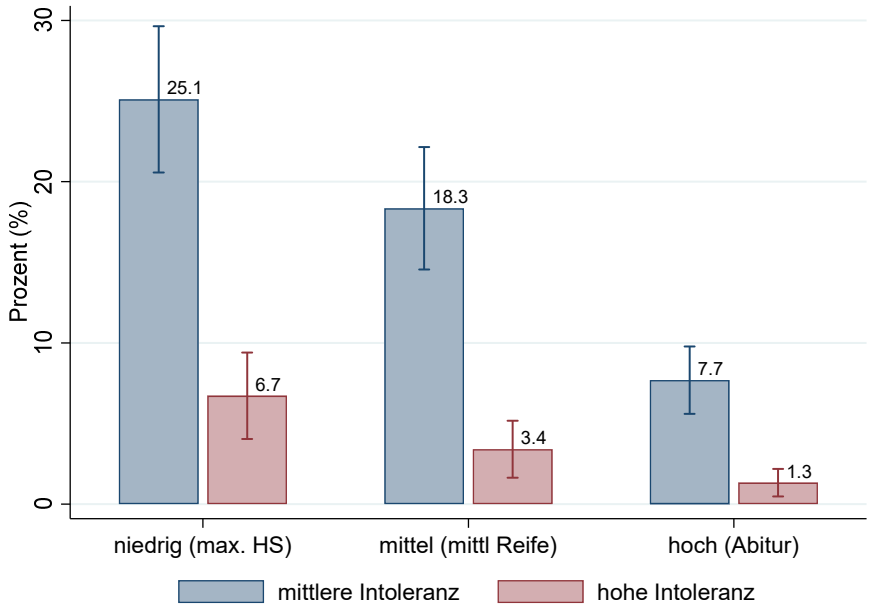


Abbildung 34: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Bildungsniveau (Prozent und 95% KI)

31.8% der Personen mit niedriger Bildung weisen ein mittleres oder hohes Maß an Intoleranz auf. In der Gruppe mit mittlerer Bildung liegt diese Rate mit 21.7% schon deutlich darunter und beträgt bei den Befragten mit Abitur oder einem vergleichbaren Schulabschluss nur 9% ($\chi^2 = 239.0$, df = 2, $p<.001$).

Diese Unterschiede bestehen auch bei isolierter Betrachtung der Personen mit einer hohen Intoleranz: Mit zunehmender Bildung halbiert sich die Prävalenz der Intoleranz und liegt bei hoher Bildung bei nur noch 1.3% ($\chi^2 = 60.5$, df = 2, $p<.001$).

Weiter zeigt sich, dass Personen, die in Ostdeutschland leben, etwas häufiger intolerante Einstellungen aufweisen als Personen aus Westdeutschland (Abbildung 35). Während weniger als ein Fünftel (18.8%) der Personen in Westdeutschland intolerante Einstellungen äußerten, waren es in Ostdeutschland über ein Viertel (27.5%) ($\chi^2 = 33.4$, df = 1, p<.001).

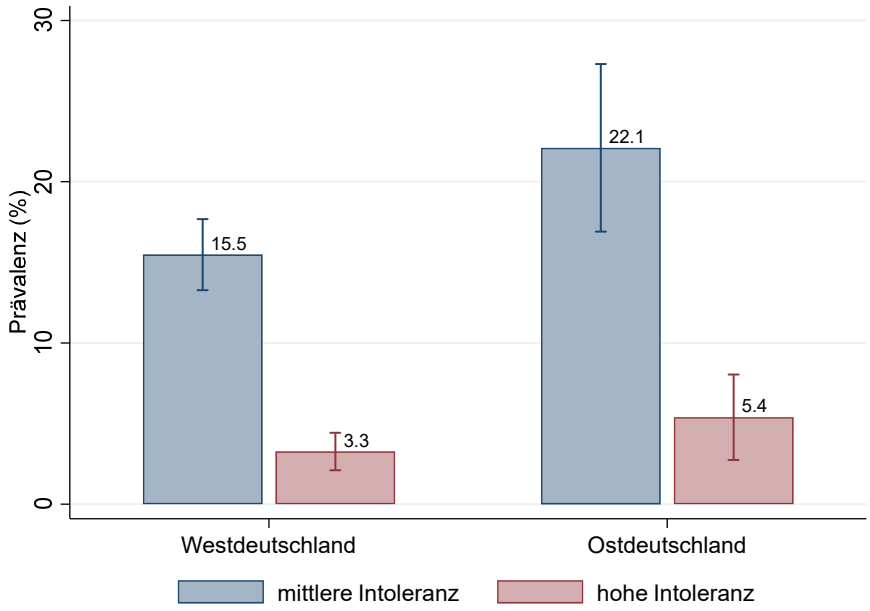


Abbildung 35: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Region (Prozent und 95% KI)

Im Hinblick auf mögliche Differenzen nach der Gemeindegröße, in der die Befragten leben, stechen Befragte, die in mittelgroßen Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern leben hervor. Hier finden sich bei 30% der Befragten intolerante Einstellungen, während die Raten in den anderen Gemeinden zwischen 17.5% und 19.6% schwanken und damit deutlich und auch signifikant niedriger ausfallen ($\chi^2 = 41.3$, df = 3, p<.001). Auch die Prävalenz von 5.7% Personen mit hoch intoleranten Einstellungen ist in den mittelgroßen Städten im Vergleich zu den Großstädten signifikant erhöht ($\chi^2 = 13.1$, df = 3, p<.01).

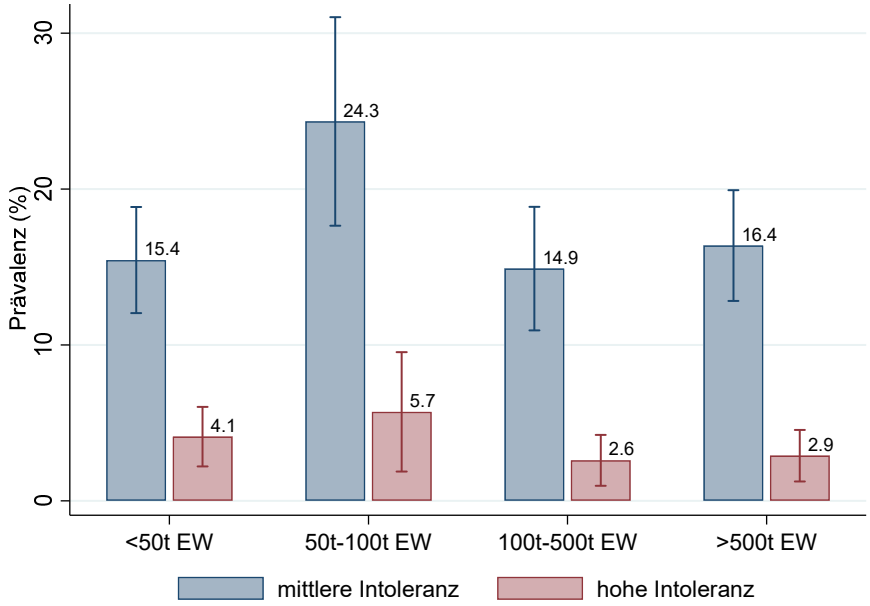


Abbildung 36: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Ortsgrößenklassen (Prozent und 95% KI)

Die Rate insgesamt intoleranter Einstellungen liegt bei Personen ohne Migrationshintergrund (21.2%) und Befragten der 1. Generation (22.2%) etwa auf dem gleichen Niveau (Abbildung 37). Beide unterscheiden sich jedoch signifikant von der deutlich geringeren Rate der Migrant*innen der 2. Generation (11.0%) ($\chi^2 = 21.0$, df = 2, p<.001).

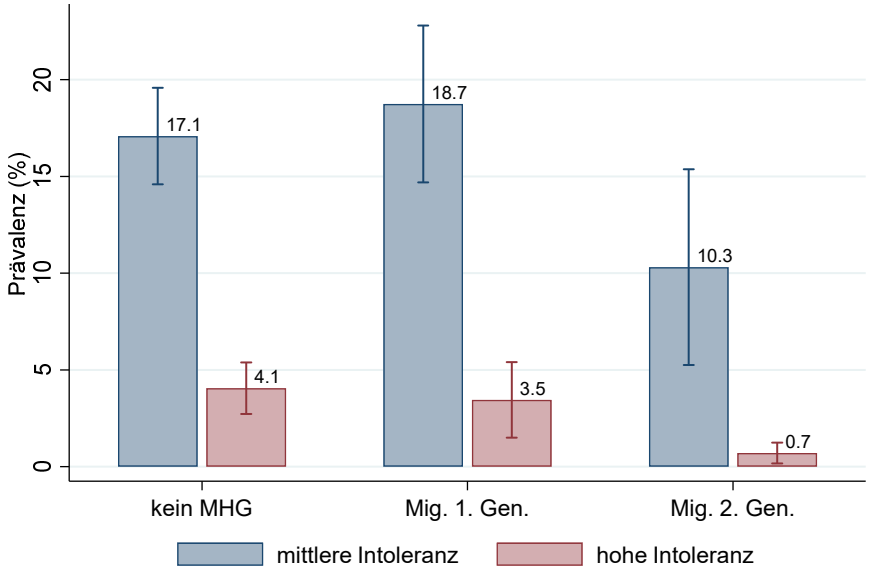


Abbildung 37: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

Eine hohe Intoleranz wird von 4.1% der Personen ohne Migrationshintergrund artikuliert, während dies bei Befragten der 1. Migrantengeneration mit 3.5% etwas weniger sind. Demgegenüber sind hoch intolerante Einstellungen bei Migrant*innen der 2. Generation mit einer Prävalenz vom 0.7% kaum existent ($\chi^2 = 11.1$, df = 2, p<.01).

In Bezug auf die Regionen, aus denen die Befragten stammen, stellen sich die zuvor beobachteten Feststellung erhöhter Mittelwerte für Osteuropa und den Nahen Osten nun etwas differenzierter dar (Abbildung 38). Betrachtet man zunächst insgesamt die Rate intoleranter Einstellungen (mittlere und hohe) lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: Zur ersten Gruppe gehören die Befragten aus dem sonstigen Europa - in dem Befragte aus Nord-, West- und Südeuropa zusammengefasst sind - aus Asien/Afrika sowie die wenigen Teilnehmer, die aus Australien/Amerika stammen. Diese Gruppe weist signifikant niedrigere Prävalenzen intoleranter Einstellungen auf als die Befragten der zweiten Gruppe, zu der Deutschland, Osteuropa, die Region Türkei/Balkan sowie Befragte aus dem Nahem Osten gehören ($\chi^2 = 25.6$, df = 6, p < .001).

Hohe intolerante Einstellungen sind in der Stichprobe unter Personen aus Deutschland (4.1%) und aus Osteuropa (4.4%) im Vergleich zu anderen Regionen etwas weiterverbreitet. Personen aus dem Nahen Osten liegen hier an dritter Stelle (3.2%). Die Unterschiede zwischen den Herkunftsregionen sind in Bezug auf die Prävalenzraten hoher Intoleranz statistisch jedoch nicht signifikant.

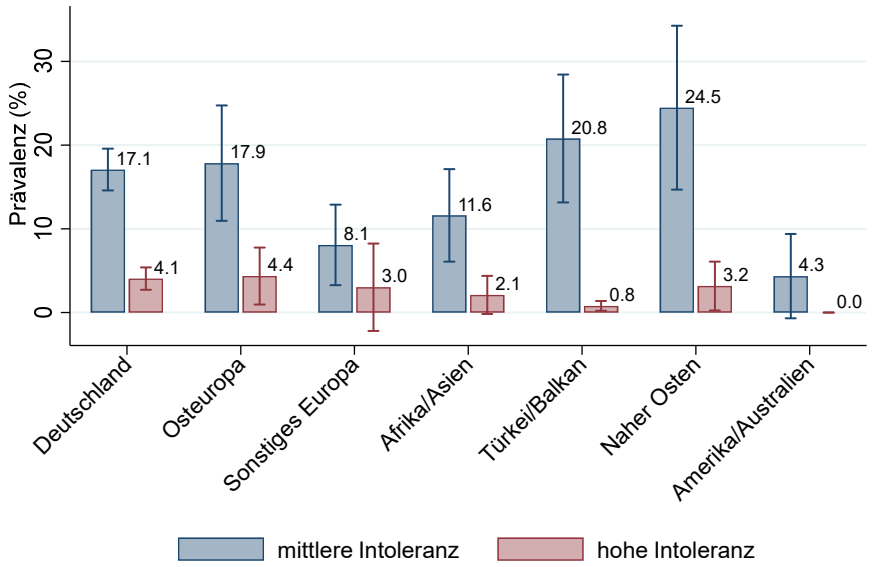


Abbildung 38: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Herkunftsregion (Prozent und 95% KI)

In Bezug auf die politische Selbstverortung (Abbildung 39) finden sich bei Personen rechts der politischen Mitte deutlich häufiger intolerante Einstellungen als bei den anderen Befragten. Im Bereich Mitte-Rechts (36%) betrifft dies ein Drittel der Befragten, bei jenen, die sich selbst politisch eindeutig rechts verorten beträgt die Prävalenz 46.3%. Die geringste Verbreitung solcher Einstellungen ist bei Personen links der Mitte zu beobachten: Personen im Bereich mitte-links sind dabei mit einer Prävalenz von 10.9% nochmals seltener intolerant als Personen, die sich selbst als politisch links einstufen (16.6%) ($\chi^2 = 187.8$, df = 4, $p<.001$).

Hohe Raten intoleranter Einstellungen findet sich umso häufiger, je weiter rechts sich Personen selbst verorten ($\chi^2 = 28.9$, df = 4, $p<.001$). Während im politisch linken Spektrum nur 1.9% der Befragten hoch intolerante Einstellungen zeigen, betrifft dies bei den politisch rechts Orientierten 7.8%.

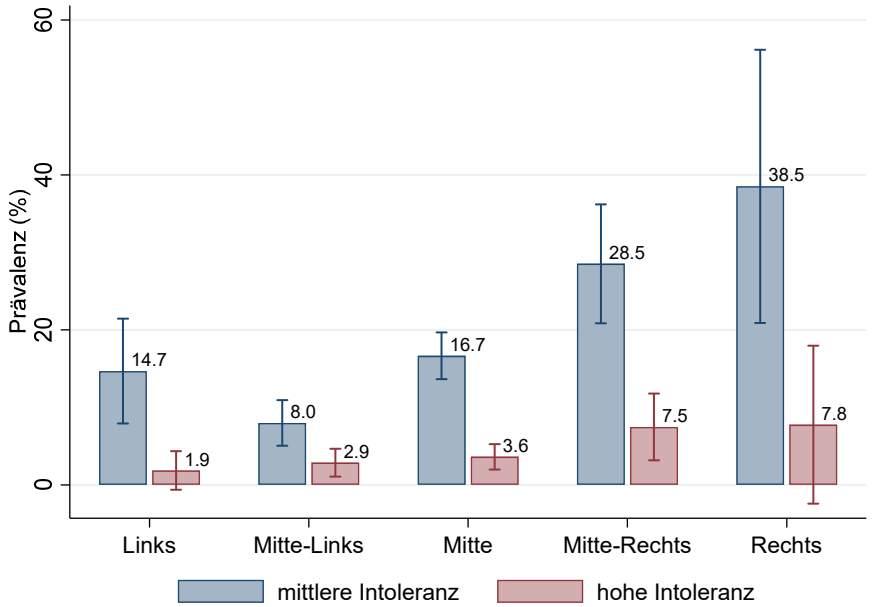


Abbildung 39: Raten und 95% KI für mittlere und hohe Intoleranz nach politischer Selbstverortung

Dieses Bild bestätigt sich bei einer Auswertung nach Parteipräferenzen (Abbildung 40). Hier stechen Wähler*innen der AfD besonders hervor. Von ihnen weisen mehr als die Hälfte (58.6%) mittlere oder hohe intolerante Einstellungen auf. Es folgen Nichtwähler (35%), und Wähler*innen der CDU/CSU (24.1%). Alle drei Wählergruppen weisen signifikant überdurchschnittliche Werte auf, während Wähler*innen des Bündnis90/Die Grünen (3.5%), der Linken (11.7%) und auch der FDP (15.1%) signifikant unter dem Durchschnitt liegen ($\chi^2 = 380.5$, df = 8, p<.001).

Eine hohe Ausprägung intoleranter Einstellungen findet sich erneut gehäuft bei den Wähler*innen der AFD (17.8%) sowie bei Nichtwählern (9.3%) ($\chi^2 = 160.9$, df = 8, p < .001).

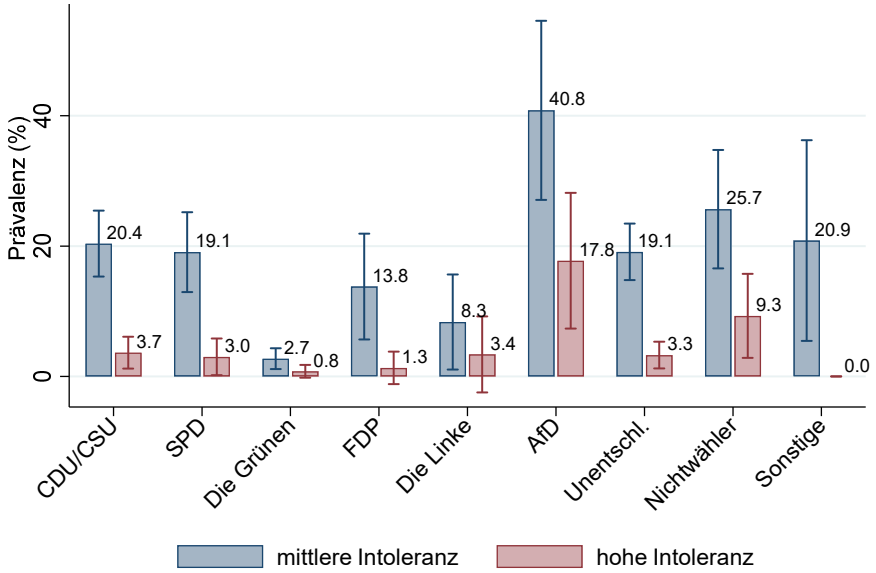


Abbildung 40: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Parteipräferenz

5.2.4 Die vier Subdimensionen der Intoleranz

Da die Skala zur Erfassung von Intoleranz in Bezug auf die o.a. vier Subdimensionen unterschiedliche Aspekte der Intoleranz zusammenfasst, wurden für eine differenziertere Deskription der Verbreitung von Intoleranz auch gesondert die Raten für die vier Subdimensionen der Intoleranz in den Blick genommen. Diese Raten wurden auf Basis der Mittelwerte bestimmt, die für alle aus jeweils zwei Items bestehenden vier Subskalen gebildet wurden (für Skalenkennwerte der vier Subskalen vgl. Tabelle 11).

Unterteilt man diese vier Kurzskalen in gleicher Weise wie die Gesamtskala in die drei Kategorien keine, mittel und hoch, zeigt sich, dass hoch intolerante Einstellungen insbesondere in den Subskalen Islamablehnung (14.2%) und Ausländerablehnung (13.2%) in der Bevölkerung recht weit verbreitet sind, während Antisemitismus (3.4%) und die Ablehnung Homosexueller (6.3%) geringere Werte aufweisen.

Als deutlich weiter verbreitet erweisen sich diese Phänomene, wenn auch die mittlere Ausprägung der Intoleranz einbezogen wird. Hier stechen ebenfalls Islamablehnung und Ausländerablehnung besonders hervor, die insgesamt von jeweils knapp 28% der Befragten artikuliert werden. Antisemitismus findet sich danach bei 8.1% und Ablehnung Homosexueller bei 11.1% der Befragten.

Tabelle 11: Verbreitung von Intoleranz in Bezug auf die vier Subdimensionen (dreistufige kategoriale Indikatoren, Angaben in %)

	Verteilung der kategorialen Ausprägung			Subskalenwerte		
	keine	mittel	hoch	MW	SD	N
Ablehnung Homosexueller	88.9	4.8	6.3	1.38	.69	4 380
Islamablehnung	71.0	14.8	14.2	1.81	.82	4 373
Antisemitismus	92.0	4.7	3.4	1.35	.58	4 366
Ausländerablehnung	72.1	14.7	13.2	1.84	.77	4 379

Diese unterschiedliche Verteilung spiegelt sich auch in den Mittelwerten der jeweiligen Kurzskalen wider, die auf den Dimensionen Islamablehnung und Ausländerablehnung deutlich höher ausfallen (MW = 1.81 bzw. 1.84) als auf den Dimensionen Ablehnung Homosexueller (MW = 1.38) und Antisemitismus (MW = 1.35).

5.2.5 Die Verbreitung intoleranter Einstellungen in den Bundesländern

Betrachtet man die Ausprägung intoleranter Einstellungen insgesamt nach Bundesländern, lässt sich auf den ersten Blick diesbezüglich kein klares Muster erkennen (Abbildung 41). Tendenziell sind intolerante Einstellungen zwar vor allem in den östlichen Bundesländern stärker verbreitet, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern (49.8%), Thüringen (37.1%), Sachsen (32.9%) und Brandenburg (28.5%). Andererseits weist Sachsen-Anhalt mit 17.3% eine vergleichsweise niedrige Prävalenz intoleranter Einstellungen auf.

Hohe Raten sind jedoch auch in Bremen und Hamburg mit 32% bzw. 27.9% zu verzeichnen, während sich in Berlin – als weiterem Stadtstaat - eine deutlich geringere Rate findet (11.4%). Die Werte der übrigen Bundesländer liegen zwischen 12.2% in Hessen und 25% in Rheinland-Pfalz. Die Werte für das Saarland sind indessen aufgrund der geringen Anzahl an Befragten in diesem Land wie o.a. nicht aussagekräftig.

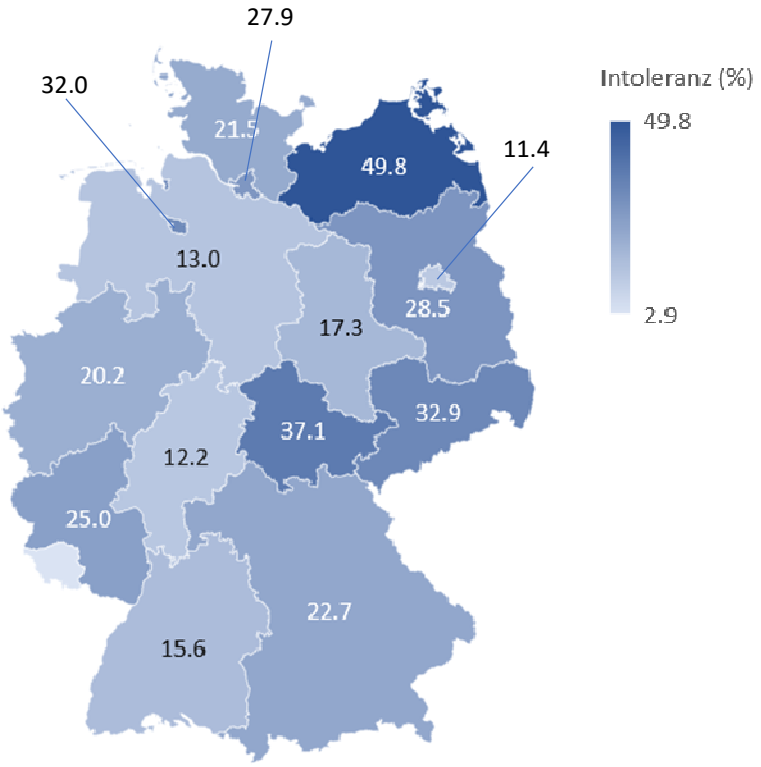


Abbildung 41: Raten mittlerer und hoher Intoleranz nach Bundesländern

Dieses Bild bestätigt sich bei einer getrennten Betrachtung der beiden Kategorien "mittlere Intoleranz“ und „hohe Intoleranz“ nur zum Teil (Abbildung 42). So ist in Mecklenburg-Vorpommern zwar die Gesamtprävalenz intoleranter Einstellungen mit 49.8% am höchsten. Diese ergibt sich aber nur aus Personen mit mittlerer Intoleranz. Auch in Hamburg weisen nur 0.9% der Befragten eine hohe Intoleranz auf.

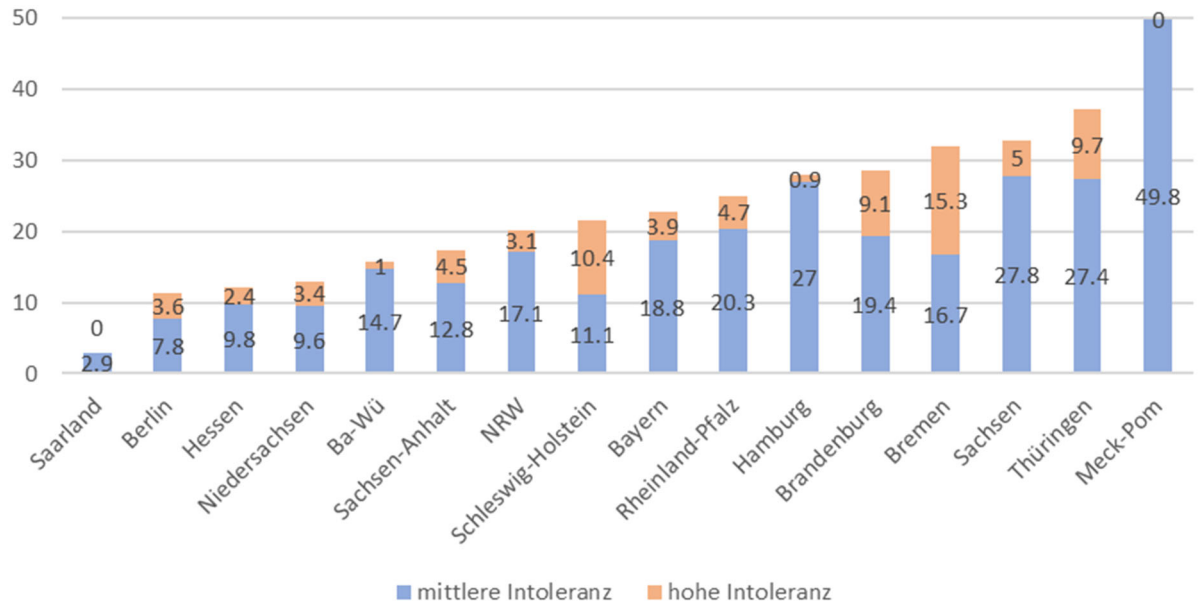


Abbildung 42: Prävalenz mittlerer und hoher Intoleranz nach Bundesländern

Eine hohe Intoleranz fällt hingegen in Bremen (15.3%), Schleswig-Holstein (10.4%), Thüringen (9.7%) und Brandenburg (9.1%) auf. Während dies in Bezug auf Thüringen und Brandenburg dem beschriebenen Gesamteindruck entspricht, macht dieser Anteil in Bremen und Schleswig-Holstein jeweils fast die Hälfte der intolerant eingestellten Personen aus. Insbesondere für Schleswig-Holstein, das mit insgesamt 21.5% als intolerant eingestufter Personen im unteren Mittelfeld aller Bundesländer liegt, ist dies ein nicht zu unterschätzender Anteil.

In allen weiteren Bundesländern liegt der Anteil der Personen, die in hohem Maße intolerant sind, zwischen 1% in Baden-Württemberg und 5% in Sachsen. Insoweit kann die Gesamtverteilung intoleranter Einstellungen zwar einen ersten Eindruck vermitteln, für genauere Analysen müssen jedoch immer auch die Ausprägungen der Intoleranz differenzierter betrachtet werden.

6 Rechtsextreme Einstellungen

Der Rechtsextremismus stellt Staat und Gesellschaft in Deutschland bereits seit geraumer Zeit vor erhebliche Herausforderungen. So sind sowohl rassistische als auch antisemitische Terroranschläge wie in Halle oder Hanau, aber auch politische Gewalttaten wie der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke diesem Phänomenbereich zuzuordnen. Das rechtsextreme Potential schätzte das Bundesamt für Verfassungsschutz auf 33 300 Personen, was einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Immerhin etwa 13 300 Personen, also gut ein Drittel dieses Potentials wurde zugleich auch als gewaltorientiert eingestuft.

Neben den Informationen über ein solches in rechtsextremen Szenen bereits aktives Potential von Personen, die den Behörden bereits bekannt sind, erscheint es für ein Monitoring, dessen Zielrichtung darin besteht, Informationen für die Praxis einer bereits früh einsetzenden Prävention zu generieren, von hoher Bedeutung, das diesem vorgelagerte Personenpotential in den Blick zu nehmen, das Anknüpfungspunkte für Mobilisierung und Radikalisierung bietet bzw. als Resonanzboden und Unterstützer solcher Formen von Extremismus fungieren kann.

Die Bestimmung des Potentials von Personen mit rechtsextremismusaffinen bis hin zu manifest rechtsextremen Einstellungen als einer phänomenspezifischen Form des politischen Extremismus ist ebenfalls ein elementarer Bestandteil der Ziele unserer repräsentativen Einstellungsbefragungen im Rahmen von MOTRA. Auch für diese phänomenspezifische Form des politischen Extremismus geht es darum, Ausmaß, soziale Verteilung, mögliche Einflussfaktoren sowie Veränderungen im Zeitverlauf in den Blick zu nehmen und auf repräsentativer Basis einzuschätzen.

Rechtsextremismus wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung, im Einklang mit vergleichbaren Studien in Deutschland und anschließend an die sogenannte Konsensdefinition aus dem Jahre 2001 (vgl. dazu u.a. Decker et al. 2010, S. 18), als ein Einstellungsmuster aufgefasst, das durch Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie Präferenzen für eine autoritäre politische Führung gekennzeichnet ist. Dies manifestiert sich in *politischer Hinsicht* in einer Affinität zu rechtsautoritären Diktaturen, einer Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie einem nationalen Chauvinismus. In *sozialer Hinsicht* zeigt es sich in einer Tendenz zur pauschalen Abwertung von Fremdgruppen, die sich in antisemitischen und fremdenfeindlichen Ressentiments sowie sozialdarwinistischen Vorstellungen niederschlagen (Decker et al. 2006, S. 20).

6.1 Die Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen

Zur Messung rechtsextremer Einstellungen wurde eine Skala konstruiert, die sich an Messinstrumente anlehnt, wie sie auch in anderen Studien zum Rechtsextremismus seit mehreren Jahren verwendet werden (Decker & Brähler 2020, 2018; Küpper et al. 2021; Zick et al. 2019). Diese Skala umfasst die sechs Subdimensionen der o.a. Konsensdefinition. Zusätzlich wurde als siebte Subdimension ein Item zur Messung von Islamablehnung aufgenommen (vgl. Endtricht et al. 2022: XXVII).

Die drei Subdimensionen Antisemitismus, Chauvinismus und Sozialdarwinismus wurden mit je zwei Items erfasst, während die vier übrigen Subdimensionen anhand je eines Items abgebildet wurden. Die Befragten konnten den Grad ihrer Zustimmung zu den Items auf einer 4-stufigen Likert-Skala (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) angeben.

Ähnlich wie in vergleichbaren Studien (Baier et al. 2021; Decker et al. 2020; Krieg & Kliem 2019; Küpper et al. 2021; Manzoni et al. 2018) ist auch in der vorliegenden Erhebung die Verteilung der Angaben zu diesen Items überwiegend rechtsschief. Allerdings ist mit 52.2% die Rate der Zustimmung zu der Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ in der Subdimension Chauvinismus bemerkenswert hoch.

Mit 38.7% findet sich auch für Ausländerablehnung eine hohe Zustimmung. Auf den Islam bezogene Ressentiments (Islamablehnung) werden mit 30.8% ebenfalls recht häufig bejaht. Bei allen weiteren Items fällt die Zustimmung mit unter 20% und teilweise mit unter 10% deutlich geringer aus.

Tabelle 12: Skala zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Ausländerablehnung							
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	31.6	29.6	26.0	12.7	2.20	1.02	4 388
Islamablehnung							
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	42.0	27.2	18.9	11.9	2.01	1.04	4 386
Antisemitismus							
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	65.6	25.7	6.5	2.3	1.45	.72	4 317
Juden kann man nicht trauen.	81.0	14.7	3.0	1.4	1.25	.57	4 371
Chauvinismus							
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	27.0	20.8	35.1	17.1	2.42	1.06	4 333
Mein Volk ist anderen Völkern überlegen.	71.4	21.7	5.6	1.3	1.37	.65	4 342
Sozialdarwinismus							
Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.	54.9	33.4	9.5	2.3	1.59	.75	4 393
Es gibt wertvolles und unwertes menschliches Leben.	75.7	10.6	7.6	6.1	1.44	.87	4 389
Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur							
Ein Staat sollte einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	70.4	13.4	10.0	6.2	1.52	.91	4 380
Verharmlosung des Nationalsozialismus							
Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben.	71.4	19.3	7.4	1.9	1.40	.71	4 265
Gesamtskala Rechtsextremismus					1.70	.57	4 453

Eine Hauptkomponentenanalyse der sieben Subdimensionen ergibt eine einfaktorielle Lösung mit 41.9% Varianzaufklärung. Die Reliabilität dieser Gesamtskala ist mit Cronbachs α = .82 als gut einzustufen.

Bei der Bildung der kontinuierlichen Mittelwertskala *Rechtsextreme Einstellungen* wurden alle sieben Subdimensionen, trotz der teils unterschiedlichen Anzahl von Items, mit gleichem Gewicht berücksichtigt. Es wurden ferner nur Fälle einbezogen, bei denen sich in mindestens drei Subdimensionen der Skala gültige Werte finden. Die so gebildete Skala hat einen Mittelwert von MW = 1.70 (SD = .57).

6.2 Zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen

Zur Analyse der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen wird zunächst die kontinuierliche Skala verwendet, um die Ausprägungen und soziale Verteilung solcher Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen zu beschreiben.

Im Anschluss daran erfolgen Schätzungen der Größenordnung von in dieser Hinsicht relevanten Risikopopulationen, die sich als rechtsextrem in dem Sinne darstellen, dass sie auf der kontinuierlichen Skala rechtsextremer Einstellungen bestimmte kritische Werte (Cut-Off-Werte) überschreiten. Dazu wurde ein dreistufiger kategorialer Indikator gebildet, mit Hilfe dessen zwischen klar rechtsextrem eingestellten Personen sowie solchen Befragten differenziert werden kann, die eine Offenheit für rechtsextreme Haltungen und

Aussagen erkennen lassen. Diese beiden Gruppen werden wiederum unterschieden von der Gruppe derer, die rechtsextreme Ansichten eindeutig ablehnen.

Personen, welche die oben dargestellten Aussagen überwiegend ablehnen (Skalenwerte von 1 bis 2), werden als nicht rechtsextrem eingestuft. Personen, die diese Aussagen zwar nicht in der Mehrzahl, aber doch zum Teil befürworten (Skalenwerte über 2 bis 2.8), werden als offen für rechtsextremes Gedankengut und Personen mit einem Skalenwert von über 2.8 als klar rechtsextrem eingestellt kategorisiert.

6.2.1 Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen

Im bivariaten Vergleich zeigen sich Unterschiede zwischen Teilgruppen, wie sie auch ansonsten in der Forschung zu Rechtsextremismus immer wieder gefunden werden (Abbildung 41). So ist der Mittelwert für rechtsextreme Einstellungen bei Männern (MW = 1.72, SD = .58) etwas höher als bei Frauen (MW = 1.67, SD = .56) ($t = -3.0$, $df = 4412$, $p < .01$).

Deutlicher ausgeprägt sind die Differenzen zwischen den Altersgruppen: Der höchste Mittelwert findet sich für die älteste Gruppe der ab 60-Jährigen (MW = 1.85, SD = .64), im Mittelbereich liegen die 40-59-Jährigen (MW = 1.65, SD = .50) während die 18-39-Jährigen die geringste Ausprägung rechtsextremer Einstellungen aufweisen (MW = 1.58, SD = .54) ($t_{Welch} = 80.0$, $df = 2;2887.3$, $p < .001$).

Ferner ist ein klarer Bildungseffekt zu erkennen: Die niedrigsten Werte zeigen sich bei Befragten mit Abitur oder einem vergleichbaren Bildungsabschluss (MW = 1.45, SD = .45). Signifikant höher ist der Wert bei Befragten mit mittlerer Reife (MW = 1.76, SD = .53). Die höchsten Werte finden sich für Befragte, die maximal über einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss verfügen (MW = 1.90, SD = .63) ($t_{Welch} = 294.0$, $df = 2;2781.9$, $p < .001$).

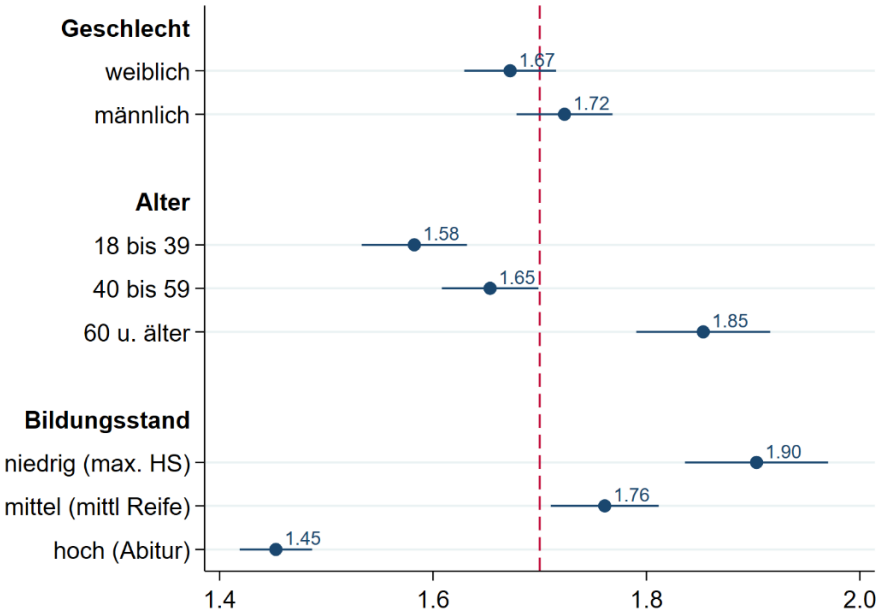


Abbildung 43: Rechtsextreme Einstellungen nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (Mittelwerte und 95% KI)

Die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen ist ferner bei Befragten aus Ostdeutschland (MW = 1.83, SD = .61) signifikant höher als in Westdeutschland (MW = 1.67, SD = .56) (t = -7.1, df = 1298.6, p < .001) (Abbildung 44).

Bei Betrachtung der Gemeindegrößenklassen sind ebenfalls einige Unterschiede festzustellen (t_{Welch} = 10.6, df = 3;1921.7, p < .001). Erneut fallen hier Befragte aus mittelgroßen Städten (50 000 bis 100 000 Einwohner) mit einem im Vergleich zu anderen Gemeinden signifikant erhöhten Mittelwert auf (MW = 1.83, SD = .62).

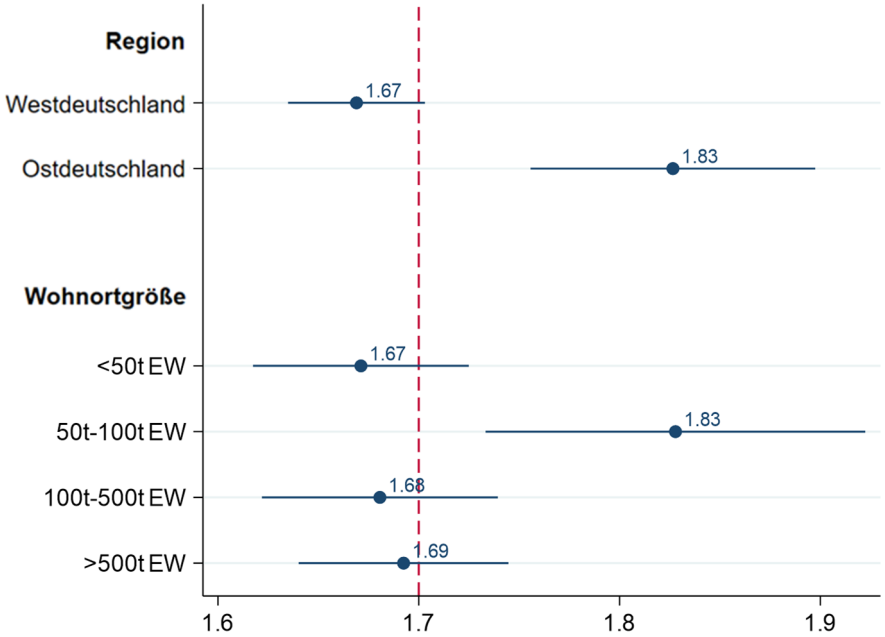


Abbildung 44: Rechtsextreme Einstellungen nach Region und Gemeindegrößenklassen (Mittelwerte und 95% KI)

Auch mit Blick auf den Migrationshintergrund (Abbildung 45) lassen sich signifikante Unterschiede erkennen (t_{Welch} = 21.4, df = 2;795.3, p < .001). Migrant*innen der 1. Generation weisen mit MW = 1.81 (SD = .58) die höchste Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen auf, während Befragte der 2. Generation (MW = 1.60, SD = .49) die geringste Zustimmung äußern. Personen ohne Migrationshintergrund (MW = 1.69, SD = .58) weisen durchschnittliche Werte auf. Damit unterscheiden sich alle drei Gruppen statistisch signifikant voneinander.

Auch bei einem Vergleich der verschiedenen Herkunftsregionen zeigen sich deutliche Unterschiede der mittleren Ausprägung rechtsextremer Einstellungen (t_{Welch} = 11.0, df = 6;339.0, p < .001). Insbesondere Befragte aus dem Nahen Osten (MW = 2.02, SD = .58) weisen überdurchschnittlich hohe rechtsextreme Einstellungen auf. Sie unterscheiden sich diesbezüglich signifikant von den anderen Gruppen, mit Ausnahme der Befragten aus Osteuropa (MW = 1.82, SD = .61). Einheimische Deutsche (MW = 1.69, SD = .58) liegen im Mittelfeld.

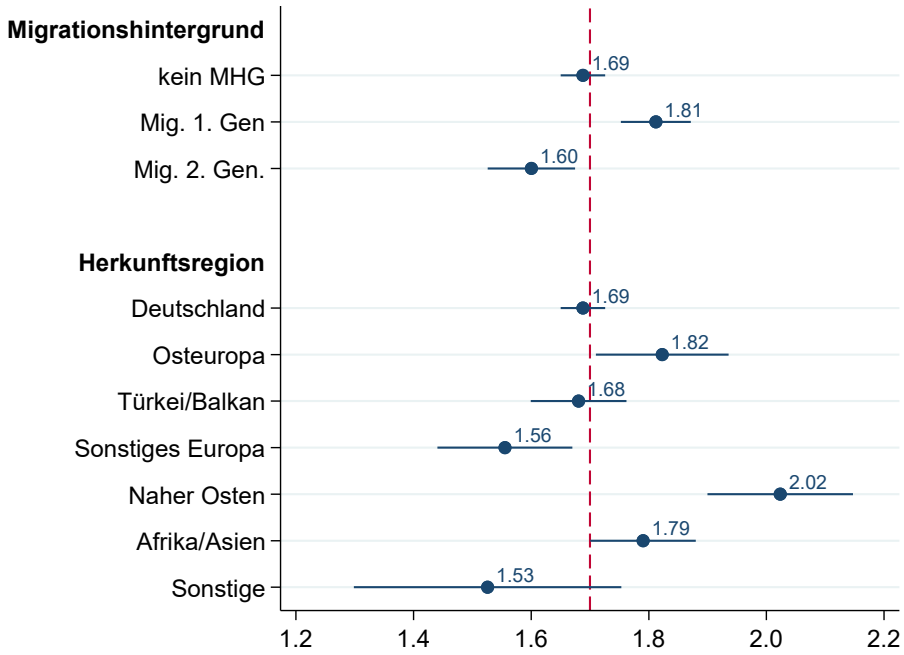


Abbildung 45: Rechtsextreme Einstellungen nach Migrationsstatus und Herkunftsregion (Mittelwerte und 95% KI)

In Bezug auf die politische Selbstverortung sowie die Parteipräferenzen der Befragten lassen sich gleichfalls deutliche Unterschiede der Mittelwerte rechtsextremer Einstellungen erkennen (Abbildung 46).

Mit Blick auf die politische Selbstverortung zeigen sich erwartbare, hoch signifikante Differenzen (t_{Welch} = 126.7, df = 565.3, p < .001): Je weiter rechts sich die Befragten selbst verorten, umso höher ist auch ihre durchschnittliche Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen.

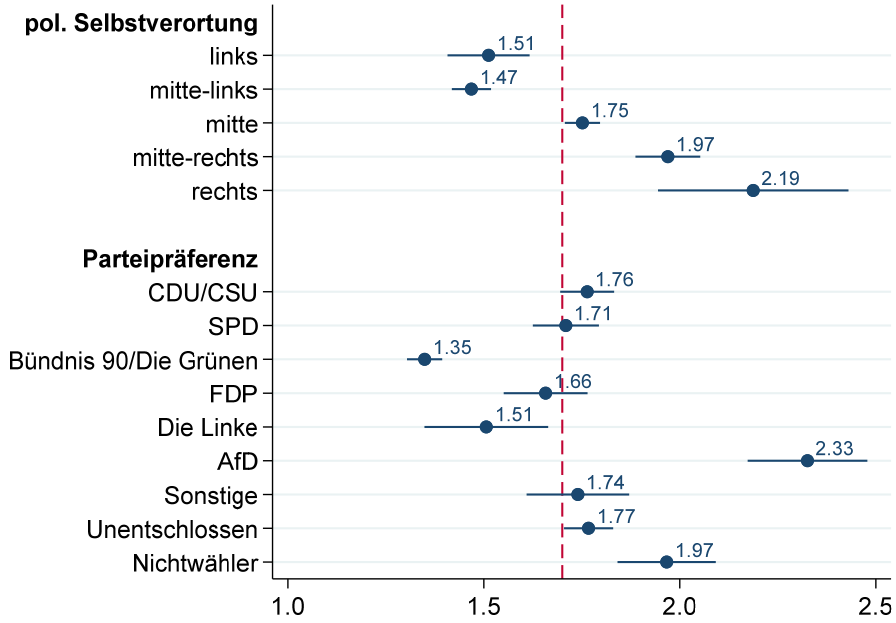


Abbildung 46: Rechtsextreme Einstellungen nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenzen (Mittelwerte und 95% KI)

Dabei weisen Befragte, die sich selbst als politisch links (MW = 1.51, SD = .57) oder mitte-links (MW = 1.47, SD = .49) verorten signifikant niedrigere rechtsextreme Einstellungen auf als alle anderen Gruppen. Das höchste Ausmaß rechtsextremer

Einstellungen findet sich bei Befragten, die sich selbst politisch mitte-rechts (MW = 1.97, SD = .51) oder rechts (MW = 2.19, SD = .64) einordnen. Diese unterscheiden sich signifikant von diejenigen, die sich in der politischen Mitte verorten (MW = 1.75, SD = .55). Auch zwischen Befragten, die sich selbst im rechten Spektrum verorten gibt es noch Unterschiede, diese sind jedoch eher klein.

Auch in Bezug auf die Parteipräferenz der Befragten lässt sich ein recht klares Bild zeichnen (t_{Welch} = 124.0, df = 8;862.5, p < .001). Befragte, die das Bündnis 90/Die Grünen wählen (MW = 1.35, SD = .39), weisen signifikant geringere rechtsextreme Einstellungen auf als alle anderen Befragten. Auch bei den Wähler*innen der Linken zeigen sich signifikant unterdurchschnittliche Werte (MW = 1.51, SD = .56). Überdurchschnittlich hohe rechtsextreme Einstellungen ergeben sich für die Nichtwähler (MW = 1.97, SD = .59) und insbesondere für Wähler*innen der AfD (MW = 2.33, SD = .54). Beide Gruppen weisen jeweils signifikant höhere Werte auf als alle anderen Gruppen, wobei die Wähler*innen der AfD nochmals signifikant höhere rechtsextreme Einstellungen zeigen als die Nichtwähler.

Diese Befunde zur politischen Selbstverortung wie auch den Parteipräferenzen sprechen in der Summe auch für die inhaltliche Validität der hier zur Messung rechtsextremer Einstellungen verwendeten Skala als Instrument zur Erfassung einer phänomenspezifischen Form politisch-extremistischer Einstellungen. Es erweist sich aber weiter, dass solche Formen von Einstellungen durchaus auch jenseits des klar rechten Bereichs der politischen Selbstverortung in gewissen Ausprägungen und Umfängen vorfindlich sind, dies gilt insbesondere für den Bereich mitte-rechts im politischen Links-Mitte-Rechts-Schema.

6.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit rechtsextremen Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland

Zur Einschätzung des Umfangs der Risikogruppen von Personen, die empfänglich für rechtsextremes Gedankengut sind sowie derer, die bereits ein ausgeprägt rechtsextremes Einstellungsmuster aufweisen, wird der bereits oben beschriebene dreistufige kategoriale Indikator verwendet.

Die Analysen zeigen, dass 73.3% der Befragten rechtsextremes Gedankengut eindeutig ablehnen. Mit 21.8% sind etwas mehr als ein Fünftel der Befragten offen für rechtsextreme Einstellungen. Als klar rechtsextrem eingestellt sind 4.9% der Befragten einzustufen.

Unter Zugrundelegung eines 95% Konfidenzintervalls liegt damit die Rate derer, die in diesem Sinne offen für rechtsextremes Gedankengut sind in der erwachsenen Bevölkerung Deutschlands zwischen 20.6% und 23.0%. Die Größenordnung des Potentials klar rechtsextrem eingestellter Personen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland liegt bei Anwendung des 95% Konfidenzintervalls zwischen 4.2% und 5.5%.

Wie zu erwarten, findet sich eine signifikante Korrelation zwischen der phänomenübergreifenden „Demokratiedistanz“ und der Skala „rechtsextreme Einstellung“ (r = .65, p<.001). Deren Größe zeigt aber auch, dass nicht alle Befragte, die eine Offenheit für rechtsextremes Gedankengut äußern oder eine klar rechtsextreme Einstellung aufweisen, zugleich auch im phänomenübergreifenden Sinne als demokratiedistant sind. Klar rechtsextrem eingestellt und zugleich demokratiedistant sind 2.6% der Befragten. Offen für Rechtsextremismus und demokratiedistant sind weitere 5.9%.

Damit umfasst die Gruppe derer, die Demokratiedistanz in Kombination mit mindestens einer Offenheit für rechtsextremes Gedankengut erkennen lässt, 8.5% der Gesamtstich-

probe, was für die Population der in Deutschland lebenden erwachsenen Wohnbevölkerung bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls zur Schätzung einer Rate zwischen 7.6% und 9.3% führt.

6.2.3 Raten rechtsextremer Einstellungen bei verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen

Betrachtet man die kategoriale Ausprägung rechtsextremer Einstellungen nach Geschlecht, erweist sich sowohl bei Männern (22.1%) als auch bei Frauen (21.1%) gut ein Fünftel als offen für rechtsextremes Gedankengut. Klar rechtsextreme Einstellungen sind bei Männern (5.6%) jedoch etwas häufiger als bei Frauen (4.1%) ($\chi^2 = 4.9$, df = 1, $p < .05$).

Eine Betrachtung nach Altersklassen erbringt klarere Differenzen (Abbildung 47).

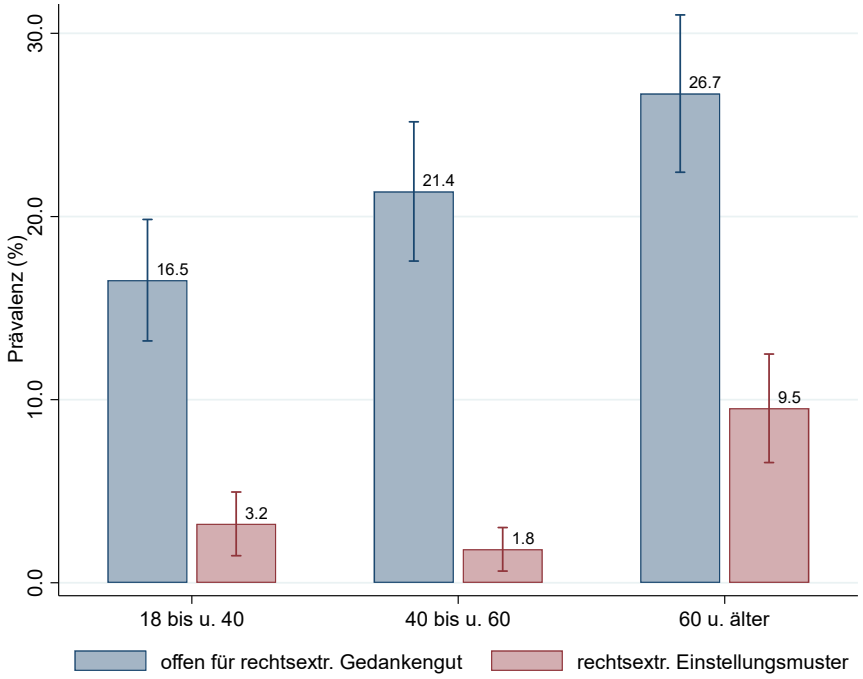


Abbildung 47: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach Altersklasse (Prozent und 95% KI)

Mehr als ein Viertel der über 60-Jährigen (26.7%) erweist sich als offen für rechtsextremes Gedankengut, während dies bei den Befragten zwischen 40 und 59 Jahren (21.4%) und zwischen 18 und 39 Jahren (16.5%) deutlich weniger sind.

Noch stärkere Unterschiede zeigen sich bei Betrachtung der klar rechtsextrem eingestellten Personen ($\chi^2 = 107.3$, df = 2, $p < .001$). Die Befragten über 60 Jahre (9.5%) sind hier die am stärksten belastete Altersgruppe. Bei den Befragten zwischen 18 und 39 Jahren (3.2%) und jenen zwischen 40 und 59 Jahren (1.8%) finden sich klar rechtsextreme Einstellungsmuster deutlich seltener.

Bezogen auf das Bildungsniveau findet sich gleichfalls ein eindeutiger Zusammenhang (Abbildung 48): Je höher die Bildung umso geringer die Raten rechtsextremer Einstellungen ($\chi^2 = 370.4$, df = 4, $p < .001$).

Personen mit Abitur sind nur recht selten offen für rechtsextremes Gedankengut (9.8%) und weisen eine niedrige Rate klar rechtsextremer Einstellungsmuster auf (1.5%). Von den Befragten mit mittlerer Reife ist etwa ein Viertel offen für rechtsextremes Gedankengut (24.7%) und klar rechtsextreme Einstellungen zeigen 3.9%. Bei Befragten, die maximal

über einen Hauptschulabschluss verfügen, ist gut ein Drittel offen für rechtsextremes Gedankengut (32.7%) und als klar rechtsextrem eingestellt erweisen sich 9.0%.

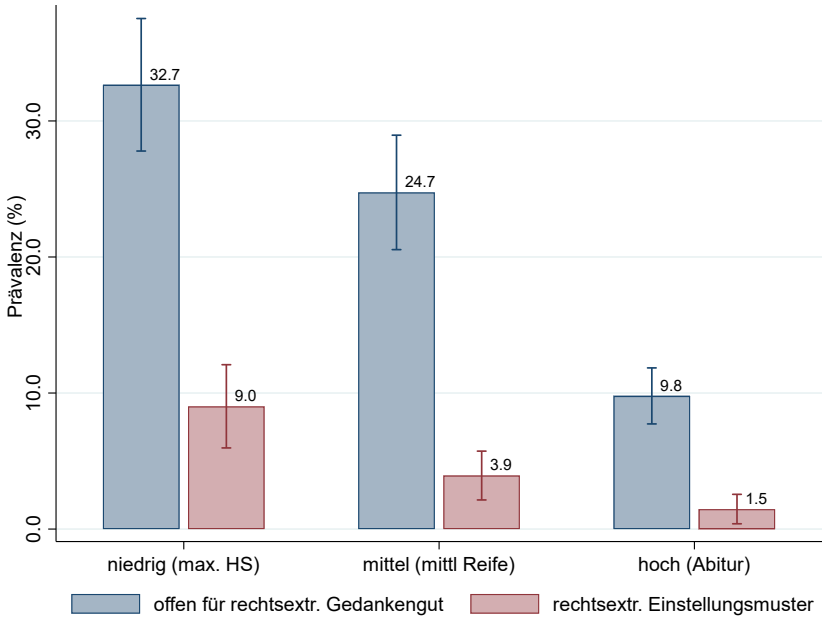


Abbildung 48: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach Bildungsniveau (Prozent und 95% KI)

Es finden sich zudem deutliche regionale Divergenzen. Sowohl die Raten der Offenheit für rechtsextremes Gedankengut als auch für klar rechtsextreme Einstellungen sind in Ostdeutschland signifikant höher.

So sind in Westdeutschland etwa 4.1% der Befragten als klar rechtsextrem eingestellt einzustufen, während dieser Anteil in Ostdeutschland mit 7.9% fast doppelt so hoch ist ($\chi^2 = 35.8$, df = 1, $p < .001$). Mit 27.7% erweisen sich in Ostdeutschland darüber hinaus deutlich mehr Personen als offen für rechtsextreme Einstellungen als in Westdeutschland (20.3%).

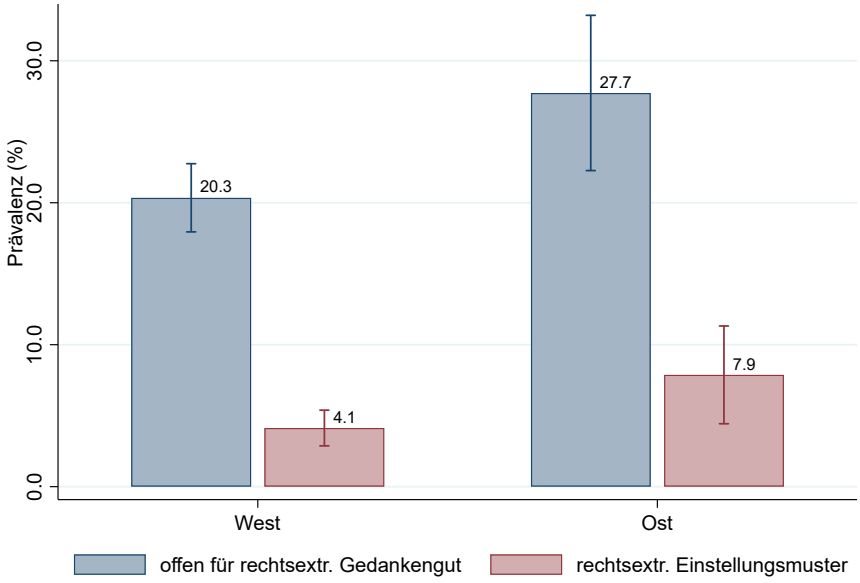


Abbildung 49: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach Region (Prozent und 95% KI)

Eine Analyse der Raten rechtsextremer Einstellungen nach der Größe des Wohnortes der Befragten zeigt ebenfalls leichte Unterschiede (Abbildung 50). Befragte aus Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern weisen mit 38.9% das höchste Ausmaß rechtsextremer Einstellungen auf. Auch bezogen auf klar rechtsextreme Einstellungsmuster findet sich hier die höchste Rate (6.8%). Diese wiederum ist jedoch nur im Vergleich zu Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern signifikant erhöht. Befragte aus Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern weisen mit 5.4% klar rechtsextrem eingestellter Personen die zweithöchste Rate auf. Das Potential klar rechtsextrem Eingestellter ist damit in Klein- und Mittelstädten sowie in eher ländlichen Gebieten höher als im urbanen Raum ($\chi^2 = 10.6$, df = 3, $p < .05$).

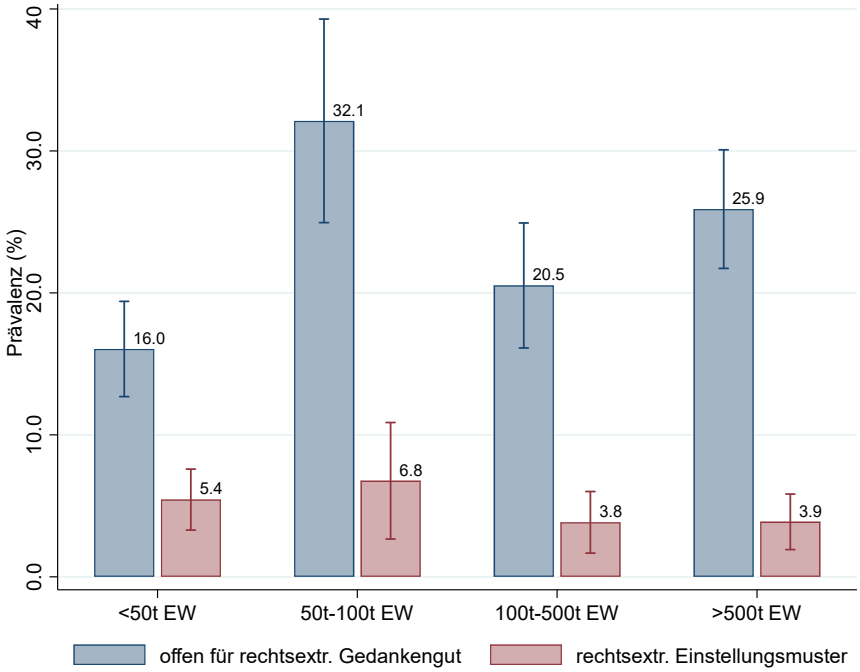


Abbildung 50: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach Gemeindegrößenklassen (Prozent und 95% KI)

Die Offenheit für rechtsextremes Gedankengut ist bei Migrant*innen der 1. Generation (31.1%) signifikant höher ausgeprägter als bei Befragten ohne Migrationshintergrund (20.7%) oder Migrant*innen der 2. Generation (15.8%) ($\chi^2 = 50.0$, df = 4, $p < .001$).

Bei den klar rechtsextremen Einstellungen sind die Unterschiede nicht ganz so stark ausgeprägt. Hier weisen Migrant*innen der 1. Generation mit 4.7% eine etwas geringere Prävalenz auf als Einheimische (5.1%). Bei jenen Migrant*innen, die in Deutschland geboren sind, finden sich hingegen nur bei 2.4% solche klar rechtsextremen Einstellungen. Diese Unterschiede in den klar rechtsextremen Einstellungen sind jedoch nicht signifikant.

Offenheit für rechtsextremes Gedankengut findet sich in Abhängigkeit von der Herkunftsregion der Befragten in unterschiedlichem Maße (Abbildung 51). Befragte aus dem Nahen Osten weisen mit 41.7% einen deutlich erhöhten Wert auf, der sich von den sonstigen Vergleichsgruppen abhebt. Dieser Unterschied findet sich auch bei klar rechtsextremen Einstellungen ($\chi^2 = 29.6$, df = 6, $p < .001$): Befragte aus dem Nahen Osten heben sich mit einer Rate von 12.7% von den Befragten aus Osteuropa (7.2%) und Deutschland (5.1%) sowie insbesondere von den Befragten aus der Region Türkei/ Balkan (1.1%) sowie aus sonstigen nicht europäischen, asiatischen oder afrikanischen Ländern (1.1%) ab, wo klar rechtsextreme Einstellungsmuster kaum verbreitet sind.

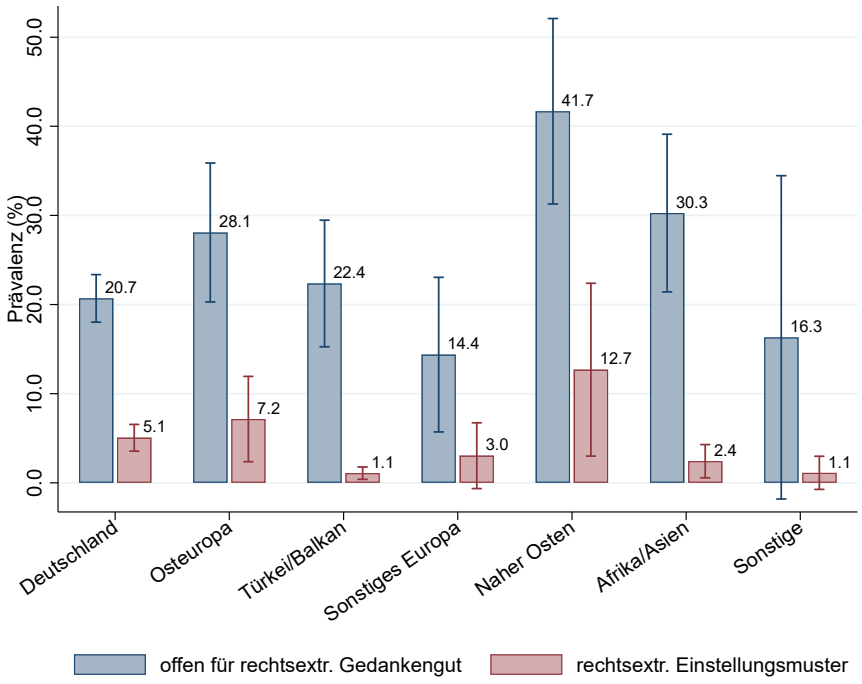


Abbildung 51: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach Herkunftsregion (Prozent und 95% KI)

Bei der politischen Selbstverortung ergibt sich in Bezug auf die Raten klar rechtsextremer Einstellungen ein eindeutiges Bild (Abbildung 52). Die hier betrachteten Gruppen unterscheiden sich signifikant voneinander ($\chi^2 = 41.122$, df = 4, $p < .001$).

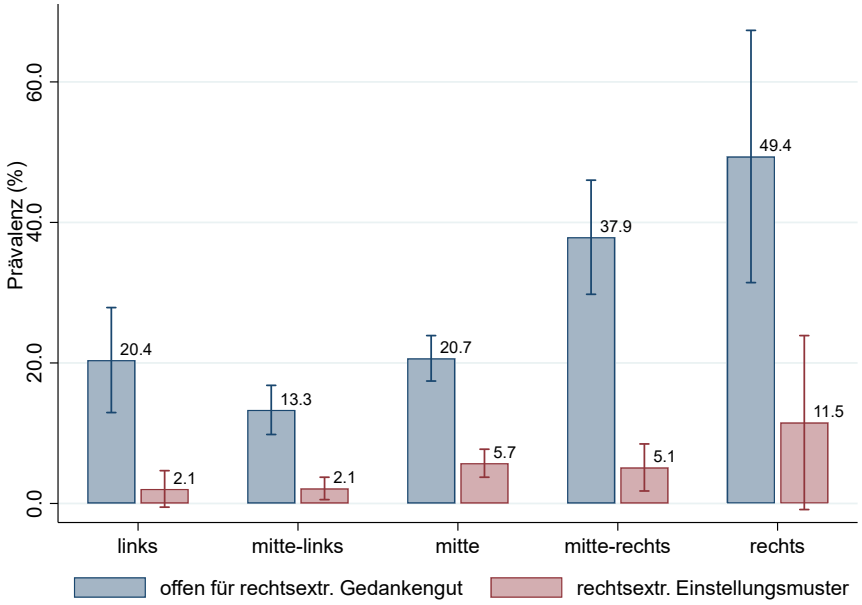


Abbildung 52: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Es lassen sich zwei Gruppen eindeutig differenzieren: Befragte, die sich selbst politisch rechts einordnen sind deutlich häufiger klar rechtsextrem eingestellt (11.5%) als alle anderen Befragten. Sowohl bei Befragten aus der politischen Mitte (5.7%) als auch bei jenen, die sich selbst politisch mitte-rechts verorten (5.1%) ist allerdings auch eine nicht zu vernachlässigende Minderheit von Personen klar rechtsextrem eingestellt, die sich wiederum vom rechten Rand aber klar abhebt. Aufgrund der geringen Fallzahl der

Personen, die sich selbst als eindeutig rechts verorten, sind die Differenzen zwischen diesen drei Gruppen allerdings statistisch nicht signifikant.

Von diesen drei Gruppen klar zu trennen sind Befragte, die sich als politisch links (2.1%) oder mitte-links (2.1%) einordnen, bei denen sich die Raten klar rechtsextrem eingestellter Personen auf einem deutlich niedrigeren Niveau bewegen. Aber auch hier sind – wenn auch nur sehr selten – rechte Einstellungsmuster zu erkennen.

Die Offenheit für rechtsextremes Gedankengut ist im rechten Spektrum mit 37.9% und 49.4% deutlich ausgeprägter als in der politischen Mitte mit 20.7% oder im linken Spektrum mit 13.3% und 20.4%.

Der Vergleich der Befragten nach ihrer jeweiligen Parteipräferenz zeigt, dass die Hälfte der AfD-Wähler*innen als offen für rechtsextremes Gedankengut (49.4%) eingestuft werden muss (Abbildung 53).

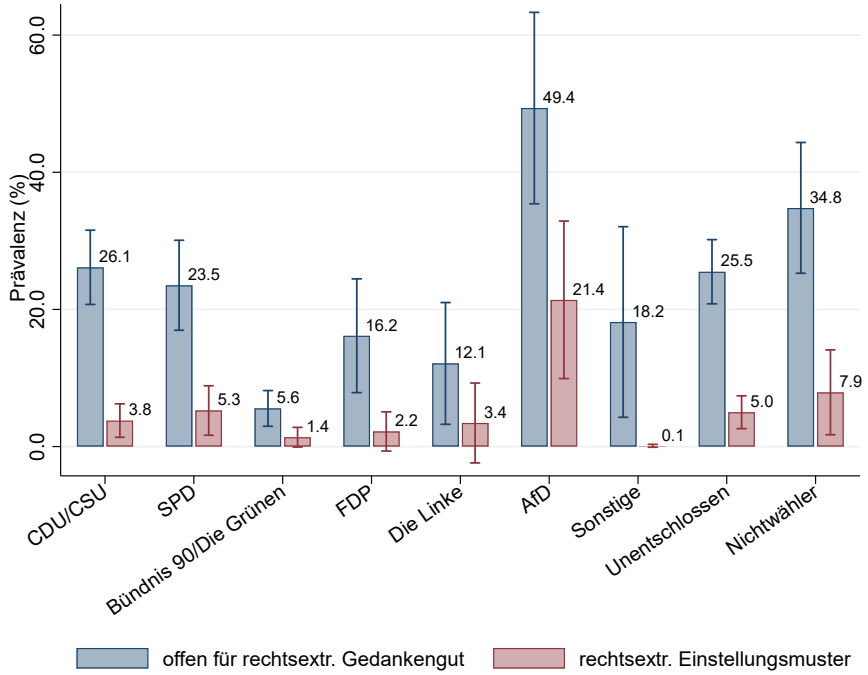


Abbildung 53: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

Bei Wähler*innen der anderen großen Parteien liegt dieser Wert zwischen 5.6% (Bündnis90/Die Grünen) und 26.1% (CDU/CSU). Auch für Wähler*innen sonstiger Parteien (18.2%), Unentschlossene (25.5%) und Nichtwähler (34.8%) finden sich geringere Raten als für die Wähler*innen der AfD.

Sehr deutlich ist der Befund zur Verbreitung klar rechtsextremer Einstellungsmuster. Auch hier liegen Wähler*innen der AfD (21.4%) deutlich über den Werten der Vergleichsgruppen (χ^2 = 158.202, df = 8, p < .001). Bei Befragten, die andere große Parteien bevorzugen, weisen nur zwischen 1.4% (Bündnis90/Die Grünen) und 5.3% (SPD) solch eindeutig rechtsextremen Einstellungen auf.

Die AfD fungiert in Deutschland nach diesen Befunden als eine zentrale politische Anlaufstelle für Personen, die rechtsextreme Einstellungen oder zumindest eine Offenheit dafür aufweisen. Diese machen mit 70.4% fast drei Viertel der Wähler*innen der AfD aus.

6.2.4 Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in den Bundesländern

Die Raten derer, die sich entweder als offen für rechtsextremes Gedankengut darstellen oder die klar rechtsextreme Einstellungsmuster vertreten, ist in einigen Bundeländern deutlich überdurchschnittlich (Abbildung 54). Für Mecklenburg-Vorpommern (54%), Thüringen (49%) und Sachsen (43%) weist fast die Hälfte der Befragten mindestens eine Offenheit gegenüber rechtsextremem Gedankengut auf.

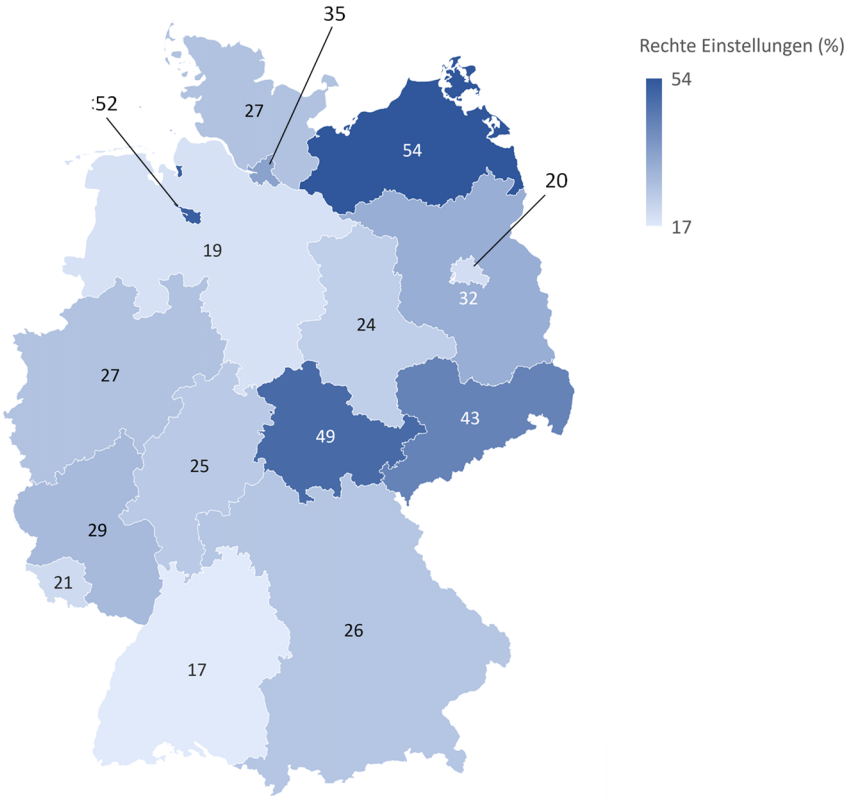


Abbildung 54: Raten der Offenheit für rechtsextreme Einstellungen nach Bundesland

Im Westen des Landes fällt nur Bremen (52%) durch eine derart hohe Offenheit für rechtsextreme Einstellungen auf. In Baden-Württemberg (17%) und Niedersachsen (19%), scheinen entsprechende Einstellungen hingegen relativ wenig Zustimmung zu finden.

Die Stadtstaaten Berlin (20%) und Hamburg (35%) weisen deutlich niedrigere Zustimmungswerte als Bremen auf, wobei Hamburg sich als westdeutsches Bundesland mit der zweithöchsten Prävalenz rechtsextremer Einstellungen herausstellt.

Eine differenziertere Betrachtung, in der die Offenheit für rechtsextreme Haltungen und klar rechtsextremistische Einstellungen separat in den Blick genommen werden, zeigt, dass etwa in Bremen nur 3% der Befragten klar rechtsextreme Einstellungen aufweisen, während dort 49% offen für rechtsextreme Haltungen sind. (Abbildung 55). Im Vergleich der Stadtstaaten liegen Bremen und Berlin somit gleichauf, wenn man nur die klar rechtsextrem eingestellten Personen betrachtet. In Hamburg sind demgegenüber 6% der Befragten klar rechtsextrem eingestellt.

Hohe Raten klar rechtsextremer Einstellungsmuster finden sich in Thüringen (16%), Sachsen (12%) sowie in Schleswig-Holstein (12%). In Baden-Württemberg (1%) zeigen sich indes kaum klar rechtsextrem eingestellte Personen. In den weiteren Bundesländern liegen die Raten klar rechtsextremer Einstellungsmuster zwischen 3% und 4% wie z.B. Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

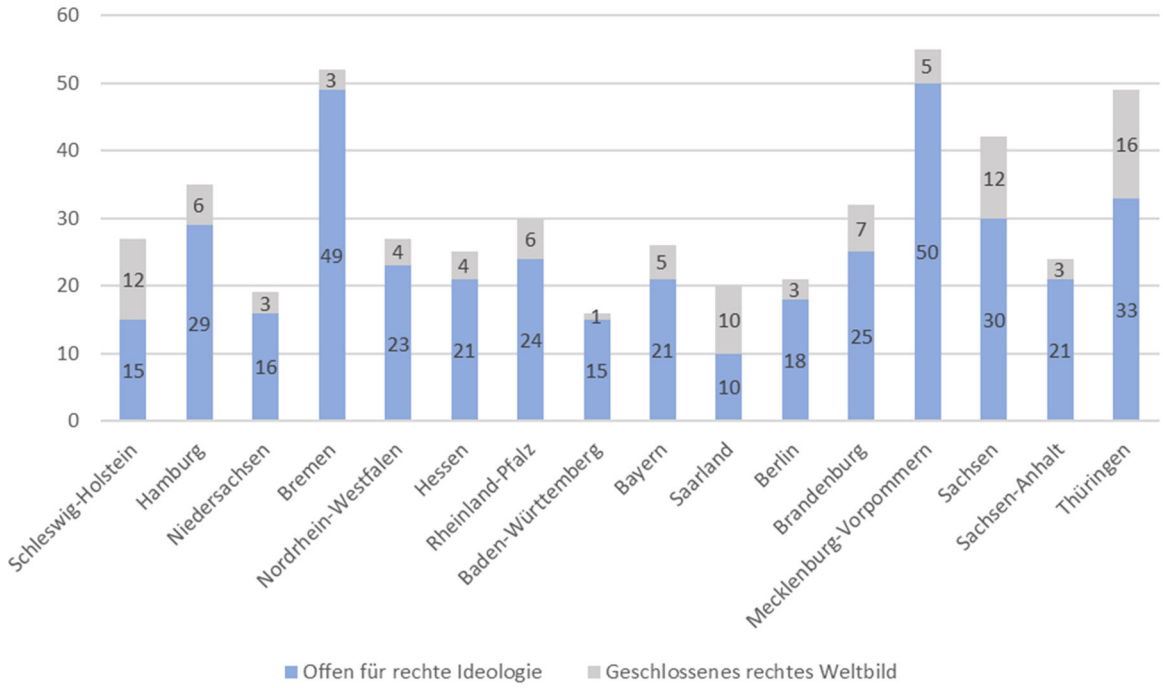


Abbildung 55: Prävalenz rechtsextremer Einstellungen nach Bundesland (Prozent und 95% KI)

Eine Offenheit für rechtsextremes Gedankengut ist darüber hinaus in Ostdeutschland vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (50%), Thüringen (33%) und Sachsen (30%) zu finden. Berlin (18%), Sachsen-Anhalt (21%) und Brandenburg (25%) unterscheiden sich insoweit jedoch nicht nennenswert von den meisten westdeutschen Bundesländern.

Insgesamt deuten unsere Befunde darauf hin, dass rechtsextreme Einstellungen keineswegs uniform in allen ostdeutschen Bundesländern weiter verbreitetet sind als in Westdeutschland. Eine gewisse Offenheit für rechtsextremes Gedankengut ist in allen Bundesländern bei einem substanziellen Anteil der Bevölkerung zu finden.

7 Islamismusaffine Einstellungen

Ein wesentlicher Aspekt des politischen Extremismus und des Radikalisierungsgeschehens auf internationaler Ebene bezieht sich auf Formen eines politisch-religiösen Extremismus im Kontext des Islam, den Islamismus, der auch in Deutschland nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden eine hohe Relevanz besitzt. Isamismus wird insoweit seitens der Sicherheitsbehörden verstanden als eine Form des politischen Extremismus, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland angreift und gefährden kann. Anhänger politischer extremistischer Ansichten in Form des Islamismus fordern, dass sich das politische und gesellschaftliche Leben nach den religiösen Normen des Islam richtet (BMI 2019).

Ein erklärtes Ziel des Monitorings in MOTRA ist es, auch Aussagen über die Verbreitung der Akzeptanz politisch-extremistischer Auffassungen in Form des Islamismus unter den in Deutschland lebenden Muslim*innen auf einer Primärdatenbasis zu erhalten, d.h. auch hier unabhängig von den Beobachtungen und Kontrollen durch offizielle staatliche Stellen Einschätzungen von Umfang und Entwicklung vornehmen zu können.

Die diesbezüglichen Analysen beschränken sich auf die Population der in Deutschland lebenden Menschen, die sich selbst auch als Muslim*innen definieren. Dazu waren in der Studie MiD 2021 die Befragten gebeten worden anzugeben, welcher Religion sie angehören bzw. sie sich zugehörig fühlen. Insgesamt liegen in MiD 2021 Daten von n = 1 310 Personen vor, die von sich angegeben haben, Muslim*innen zu sein.

Im Rahmen des Monitoring in MOTRA geht es auch in dieser Hinsicht um eine Analyse von Einstellungen, die in einem Kontinuum liegen, das von einer Ablehnung islamistischer Positionen oder einer Neutralität in dieser Hinsicht über eine Offenheit bzw. Empfänglichkeit für solche Haltungen bis hin zu einer ausgeprägten, klaren Positionierung im Sinne einer politisch-extremistischen islamistischen Haltung reichen kann. Diesbezüglich wird im Folgenden von Islamismusaffinität bzw. islamismusaffinen Einstellungen gesprochen.

Neben den Intensitäten, d.h. den Ausprägungen islamismusaffiner Einstellungen und deren sozialer Verteilung soll ferner auch hier auf einer repräsentativen Datenbasis für Deutschland das Potential der Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit eingeschätzt werden, die definierte kritische Werte der Bejahung solcher Auffassungen überschreiten. Diesbezüglich soll weiter geklärt werden, welche individuellen und sozialen Faktoren solche ausgeprägten islamismusaffinen Einstellungen begünstigen und deren Auftretenshäufigkeit beeinflussen können.

Zur Frage nach Ausprägung, Verbreitung und Ansätzen der Erklärung islamistischer bzw. islamismusaffiner Einstellungen unter in Deutschland lebenden Muslim*innen liegen bis dato nur wenige Studien vor. Diese beziehen sich, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Brettfeld & Wetzels 2007), entweder nur auf spezielle Einzelthemen, wie etwa Antisemitismus unter Muslim*innen (z.B. Koopmans 2015; American Jewish Committee 2022) oder haben sich ausschließlich mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen befasst (z.B. Baier et al. 2016; Frindte et al. 2011; Goede 2019; Goede & Lopez Trillo 2020), sich also auf Teilgruppen der Bevölkerung beschränkt.

In MOTRA soll demgegenüber ein vollständigeres Lagebild gezeichnet werden. Im Rahmen des Montorings politisch-extremistischer Einstellungen wurden im Kontext der Studie MiD 2021 von daher Einstellungen im Sinne der Akzeptanz eines religiös konnotierten politischen Extremismus in Form des Islamismus sowohl mit Blick auf deren Erscheinungsformen umfassender erfasst (d.h. nicht nur beschränkt auf spezifische Vorurteile wie z.B. Antisemitismus und auch nicht beschränkt auf registrierte, offiziell bekannte Fälle) als auch in Bezug auf die untersuchte Population (hier nicht auf junge Muslim*innen oder bestimmte Regionen beschränkt, sondern in Bezug auf Deutschland insgesamt und im Hinblick auf alle Altersgruppen der hier lebenden erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung).

Eine einheitliche Definition von Islamismus, die in den Sozial- und Islamwissenschaften umfassend geteilt wird und die als Orientierungsrahmen für die Konstruktion eines Erhebungsinstrumentes dienen könnte, liegt bislang allerdings nicht vor (so auch Goede 2019, S. 21). Ein erster gemeinsamer Nenner der verfügbaren, religions- und islamwissenschaftlich wie auch politik- und sozialwissenschaftlich differenzierbaren Konzeptionen lässt sich jedoch wie folgt umschreiben: „*Beim Islamismus handelt es sich um Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat und oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden.*“ (Seidensticker 2016, S. 9). Was dabei aber konkret als „islamisch“ angesehen wird, kann zwischen den verschiedenen religiösen und politischen Strömungen innerhalb des Islam indessen beträchtlich variieren.

Maßgebliches Kennzeichen eines religiös-politischen Extremismus im Sinne des Islamismus ist jedoch stets, dass politische Macht- und Dominanzansprüche unter Verweis auf absolute, aus dem Islam geschöpfte, als universell geltende, religiöse bzw. göttliche Wahrheiten und Normen legitimiert werden. Dies wird weiter verbunden mit dem Anspruch, dass alle, also auch Personen, die nicht Muslim*innen, d.h. nicht selbst Mitglieder der Religionsgemeinschaft sind, sich daraus abgeleiteten, als `göttlich gegebenen` angesehenen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens unterzuordnen haben. „*Der Islam wird im Falle seiner extremistischen Wendung nicht auf die religiöse Sphäre des eigenen Lebens oder der eigenen Gemeinschaft begrenzt, sondern politisch zum Leitprinzip der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens erkoren, dem sich alle anderen … unterzuordnen haben, was nach dieser Ansicht auch keiner politischen Legitimation bedarf, weil die gesellschaftlichen Gestaltungsmaximen für alle, also auch die Ungläubigen, bereits göttlich bestimmt sind.*" (Brettfeld & Wetzels 2007, S. 58).

Nach diesem auch hier vertretenen Verständnis ist Islamismus die politische Wendung des Religiösen mit umfassendem Geltungsanspruch, ohne die Option einer grundsätzlichen kritischen Reflexion und ohne das Konzept einer legitimen Opposition oder Kritik und damit auch ohne ein Verständnis von religionsinterner Reform im Sinn eines partizipativen Diskurses. In demokratietheoretischer Hinsicht wird insoweit „*statt der westlichen Volkssouveränität die ‚Souveränität Gottes' ins Werk gesetzt.*" (Seidensticker 2016, S. 10).

Toleranz, die Akzeptanz von Diversität sowie die Anerkennung unterschiedlicher religiöser wie auch weltlicher Lebensentwürfe als legitim, gleichwertig und achtenswert, wie auch die Aktzeptanz von Haltungen im Sinne einer grundlegenden politischen Opposition, sind damit, unter Verweis auf eine göttliche Bestimmung des ‚Richtigen' und die entsprechende religiös autorisierte Legitimation politischer Entscheidungsträger, nicht zu vereinbaren und inakzeptabel.

Die Befürwortung instrumenteller Gewalt zur Durchsetzung religiös legitimierter politischer Ziele ist hingegen nach unserem Verständnis nicht als notwendiger Bestandteil islamismusaffiner Einstellungen anzusehen. Hierbei handelt es sich vielmehr um einen ggfs. damit zusammenhängenden eigenen Faktor, der die Gefährlichkeit solcher Einstellungen zu steigern vermag, nicht aber notwendiger Bestandteil islamismusaffiner Einstellungen ist.

Sofern dies beachtet wird, kann auch angemessen zwischen Personen differenziert werden, die islamismusaffine Einstellungen in unterschiedlicher Ausprägung vertreten, die aber nicht bereit sind, diese auch mit Gewalt durchzusetzen und solchen die bereit sind, eine gewaltförmige Durchsetzung politisch-religiöser Ziele im Sinne des Islamismus zu dulden, diese hinzunehmen, zu unterstützen oder gar aktiv daran mitzuwirken. Auch insoweit sind aus unserer Sicht Differenzierungen erforderlich.

7.1 Die Skala zur Messung islamismusaffiner Einstellungen

Zur Erfassung islamismusaffiner Einstellungen wurde eine aus acht Items bestehende Skala verwendet. Diese beinhaltet Aussagen, die verschiedene Aspekte der oben genannten Definition aufgreifen. Erfasst wurde zum einen die Bereitschaft, religiöse Vorstellungen und Regeln zur Basis der politischen Verfasstheit des Staates zu erheben. Weiter wurden Formen der Intoleranz gegenüber Andersdenkenden in Form einer pauschalen Abwertung anderer nicht islamischer Religionen und Gesellschaften

thematisiert und schließlich auch eine pauschal übersteigerte Aufwertung des Islam erhoben. Diese Aussagen wurden den Befragten mit der Bitte vorgelegt, auf einer 4-stufigen Likert-Skala (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) den Grad ihrer Zustimmung anzugeben (Tabelle 13).

Tabelle 13: Skala zur Erfassung islamismusaffiner Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte, nur muslimische Befragte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Verhältnis Religion – Politik							
Ein islamischer Gottesstaat ist die beste Staatsform.	55.4	25.9	11.8	7.0	1.79	.93	1 202
Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland.	47.3	26.7	14.7	11.4	1.90	1.03	1 178
Die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden.	57.5	28.0	11.0	3.5	1.61	.82	1 197
Einen religiösen Führer, der von einem Rat unterstützt wird, finde ich besser als das demokratische System in Deutschland.	69.8	21.5	5.7	3.1	1.42	.74	1 197
Intoleranz /Abwertung anderer							
In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern.	43.0	33.7	17.8	5.5	1.86	.90	1 231
Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen.	37.0	32.2	22.3	8.5	1.02	.97	1 199
Juden kann man nicht trauen.	58.4	29.0	5.5	7.1	1.61	.88	1 278
Pauschale Aufwertung des Islam							
Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen.	39.9	28.4	17.5	14.2	2.06	1.07	1 252
Gesamtskala					1.77	.66	1 202

Die größte Zustimmung findet unter den muslimischen Befragten die Aussage, dass allein der Islam die Probleme unserer Zeit zu lösen vermag: 31.7% der befragten Muslim*innen stimmten dieser Frage „eher“ oder „völlig“ zu. Hohe Zustimmungsraten finden sich auch zu Aussagen, die eine intolerante Einstellung im Sinne einer pauschalen Abwertung der Moral westlicher Gesellschaften oder der christlichen Religion zum Ausdruck bringen: 30.8% stimmten der Aussage zu, die Sexualmoral in westlichen Gesellschaften sei völlig verkommen. Weitere 23.3% stimmten der Annahme zu, dass christliche Religionen nicht in der Lage seien, die Moral zu sichern. Abwertende, antisemitische Vorurteile gegenüber Angehörigen jüdischen Glaubens als nicht vertrauenswürdig wurden von 12.6% bejaht.

In Bezug auf das Verhältnis von Staat, Politik und Religion gab mehr als ein Viertel (26.1%) der befragten Muslim*innen an, ihnen seien die Regeln des Koran wichtiger als die Gesetze in Deutschland. 18.8% hielten einen islamischen Gottesstaat für die beste Staatsform und 14.5% waren der Ansicht, dass sich auch die deutsche Gesellschaft stärker nach den Regeln des Islam ausrichten sollte. Deutlich geringer ist der Anteil derer (8.8%), die einen religiösen Führer dem demokratischen System in Deutschland vorziehen.

Die aus diesen acht Items gebildete Skala erweist sich als einfaktoriell (Varianzaufklärung 53.1%) und intern konsistent (α = .87). Ihr Mittelwert liegt bei MW = 1.77 (SD = .66).

Die Verteilung der Werte in der Skala Islamismusaffinität ist rechtsschief. 14.4% der Befragten lehnen islamismusaffine Einstellungen einddeutig ab und erreichen auf dieser Skala demnach den niedrigst möglichen Wert (1). Werte über dem absoluten Skalenmittelpunkt (> 2.5) erreichen nur 13.9% der Befragten.

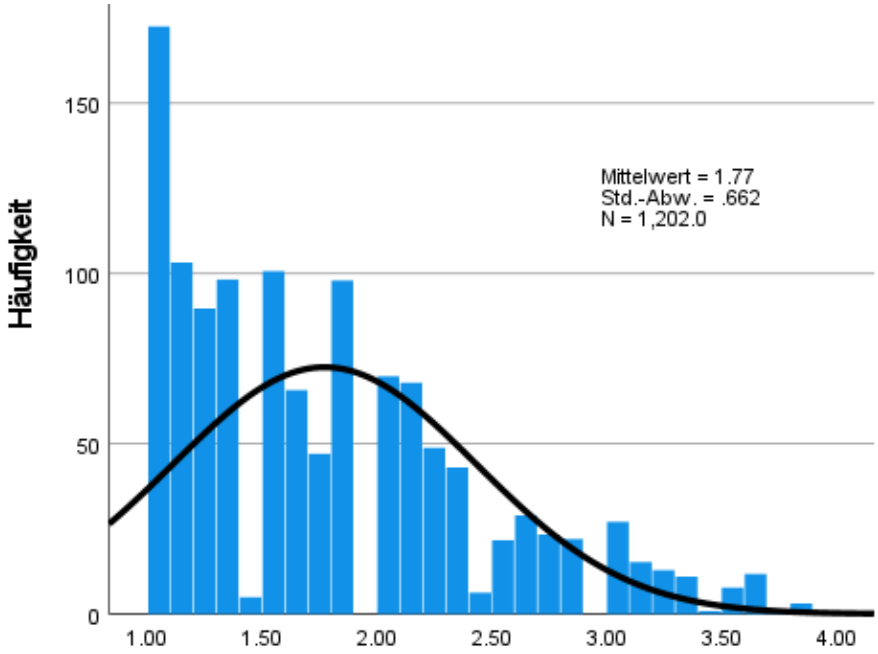


Abbildung 56: Skala Islamismusaffine Einstellungen: Verteilung der individuellen Skalenwerte (nur Befragte mit muslimischer Religionszugehörigkeit)

7.2 Zur Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen

Im Hinblick auf die Analyse islamismusaffiner Einstellungen wird zunächst die kontinuierliche Skala verwendet, um die Ausprägungen solcher Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen vergleichend zu beschreiben.

Im Anschluss daran erfolgen Schätzungen der Größenordnung von in dieser Hinsicht relevanten Risikopopulationen, die sich als islamismusaffin in dem Sinne darstellen, dass sie auf der kontinuierlichen Skala zur Messung islamismusaffiner Einstellungen bestimmte kritische Werte (Cut-Off-Werte) überschreiten.

Es wurde hier in gleicher Weise, wie im Falle der rechtsextremen Einstellungen, ein dreistufiger kategorialer Indikator gebildet, der klar islamismusaffine Einstellungen artikulierende Personen unterscheidet von Befragten, die eine Offenheit für islamistische Haltungen zum Ausdruck bringen. Personen, welche die zur Messung verwendeten Aussagen ablehnen (Skalenwerte von 1 bis einschließlich 2), werden als nicht islamismusaffin eingestuft. Personen, die diese Aussagen zwar nicht in der Mehrzahl, aber doch zum Teil befürworten (Skalenwerte über 2 bis 2.8), werden als offen für islamistisches Gedankengut und Personen mit einem Skalenwert von über 2.8 als klar islamismusaffin eingestellt kategorisiert.

7.2.1 Ausprägungen islamismusaffiner Einstellungen in verschiedenen Teilgruppen der in Deutschland lebenden Muslim*innen

Zwischen Männern (MW = 1.77) und Frauen (MW = 1.78) zeigt sich keine signifikante Differenz der mittleren Ausprägung islamismusaffiner Einstellungen (Abbildung 57). Zwischen den verschiedenen Altersgruppen zeigen sich jedoch signifikante Differenzen:

Die höchsten Mittelwerte weisen die 18-39-Jährigen auf (MW = 1.86, SD = .71), im Mittelbereich liegen die 40-59-Jährigen (MW = 1.70, SD = .59), während die älteste Gruppe (60 Jahre und älter) die niedrigste Ausprägung erkennen lässt (MW = 1.51, SD = .49) (t_{Welch} = 20.8, df = 2;301.8, p < .001). Insoweit findet sich hier eine gänzlich andere Altersverteilung als im Falle von Demokratiedistanz, Intoleranz oder rechtsextremen Einstellungen.

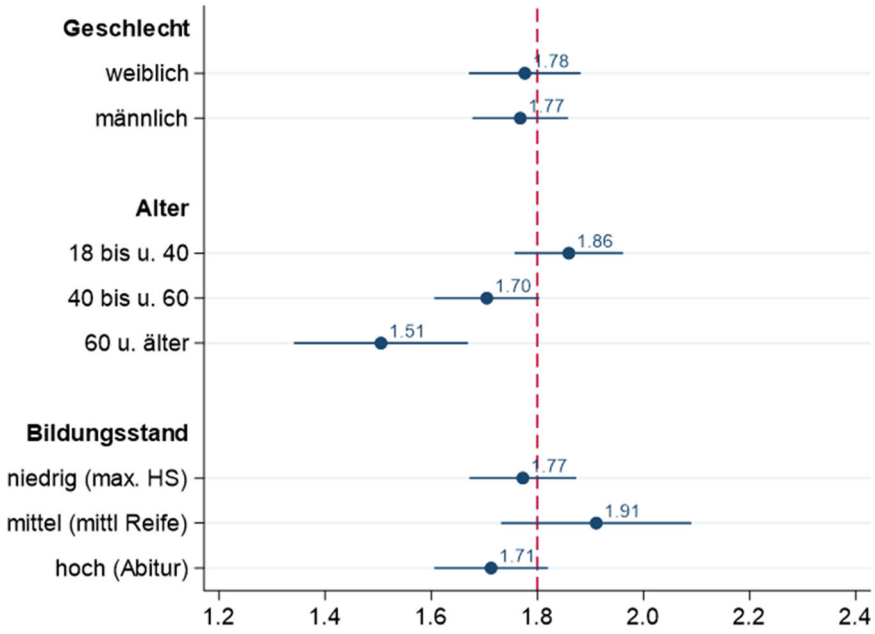


Abbildung 57: Islamismusaffine Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen (Mittelwerte und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Geringe aber gleichwohl signifikante Unterschiede finden sich ferner mit Blick auf den Bildungsstand: Personen mit mittlerer Reife weisen in etwas höherem Maße islamismusaffine Einstellungen auf (MW = 1.91, SD = .66) als Befragte mit Abitur oder einem vergleichbaren Abschluss (MW = 1.71, SD = .66) sowie Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss (MW = 1.77, SD = .66) (F = 4.6, df = 2;1158, p < .05).

Signifikante Unterschiede ergeben sich ferner mit Blick auf die Region, in der die Befragten innerhalb Deutschlands leben. Muslim*innen, die in Ostdeutschland leben zeigen im Durchschnitt (MW = 1.97) stärker ausgeprägte islamismusaffine Einstellungen als Muslim*innen, die in Westdeutschland leben (MW = 1.75) (t = 3.3, df = 154.2, p < .001). Die Anzahl der in Ostdeutschland lebenden Befragten ist allerdings mit n = 130 vergleichsweise gering, weshalb das 95% Konfidenzintervall hier auch recht breit ist.

Hinsichtlich der Ortsgrößenklassen finden sich hingegen keine statistisch relevanten Unterschiede der Ausprägung islamismusaffiner Einstellungen.

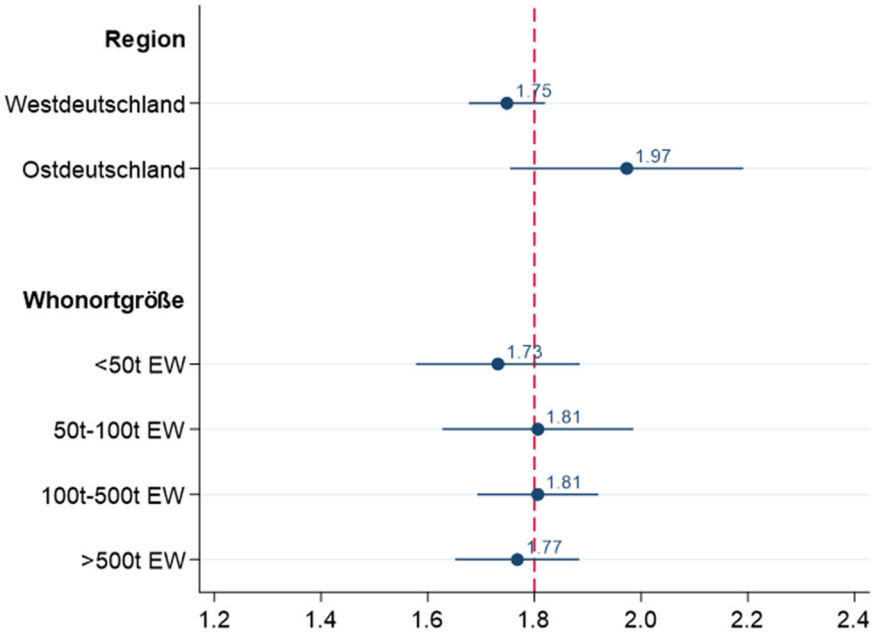


Abbildung 58: Islamismusaffine Einstellungen nach Region und Gemeindegrößenklasse (Mittelwerte und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Betrachtet man die unterschiedlichen Herkunftsregionen, aus denen die Befragten stammen, dann finden sich für Muslim*innen aus dem europäischen Raum (Türkei/Balkan) mit einem Mittelwert von MW = 1.74 etwas geringer ausgeprägte islamismusaffine Einstellungen als für die Befragten aus Afrika/Asien (MW = 1.79), dem Nahen Osten (MW = 1.82) oder sonstigen Herkunftsgebieten (MW = 1.85). All diese Unterschiede erweisen sich jedoch als statistisch nicht signifikant.

Etwas Ähnliches gilt für die Aufenthaltsdauer bzw. die Frage, welcher Migrantengeneration die Befragten angehören. Signifikante Unterschiede lassen sich auch hier nicht nachweisen. Migrant*innen der 2. Generation haben mit MW = 1.82 einen nur geringfügig höheren Mittelwert im Vergleich zu Befragten der 1. Generation (MW = 1.75) oder den wenigen Muslim*innen in der Stichprobe, die keinen Migrationshintergrund aufweisen (MW = 1.75).

Sehr beachtliche Unterschiede der Ausprägung islamismusaffiner Einstellungen zeigen sich hingegen unter Berücksichtigung der durch die Befragten selbst vorgenommenen politischen Verortung ($F = 20.6$, $df = 4;1097$, $p < .001$): Während Muslim*innen, die sich selbst in der politischen Mitte verorten mit MW = 1.77 hier exakt den Mittelwert islamismusaffiner Einstellungen der muslimischen Gesamtstichprobe aufweisen, liegen die links (MW = 1.63) bzw. mitte-links Orientierten (MW = 1.62) deutlich unterhalb des Mittelwertes der Gesamtgruppe. Eine signifikant höhere Islamismusaffinität weisen demgegenüber die mitte-rechts orientierten Muslim*innen (MW = 2.04) sowie diejenigen auf, die sich selbst eindeutig politisch rechts einordnen (MW = 2.30).

Deutliche Unterschiede der islamismusaffinen Einstellungen zeigen sich auch für die verschiedenen Parteipräferenzen ($t_{Welch} = 15.8$, $df=8;173.3$, $p < .001$). Befragte, die angeben, die Linke, Bündnis 90/Die Grünen oder die FDP zu wählen zeigen in signifikant geringerem Ausmaß islamismusaffine Einstellungen als Wähler*innen der CDU/CSU und der SPD, die sich hier wiederum signifikant von den Wähler*innen der AfD abheben.

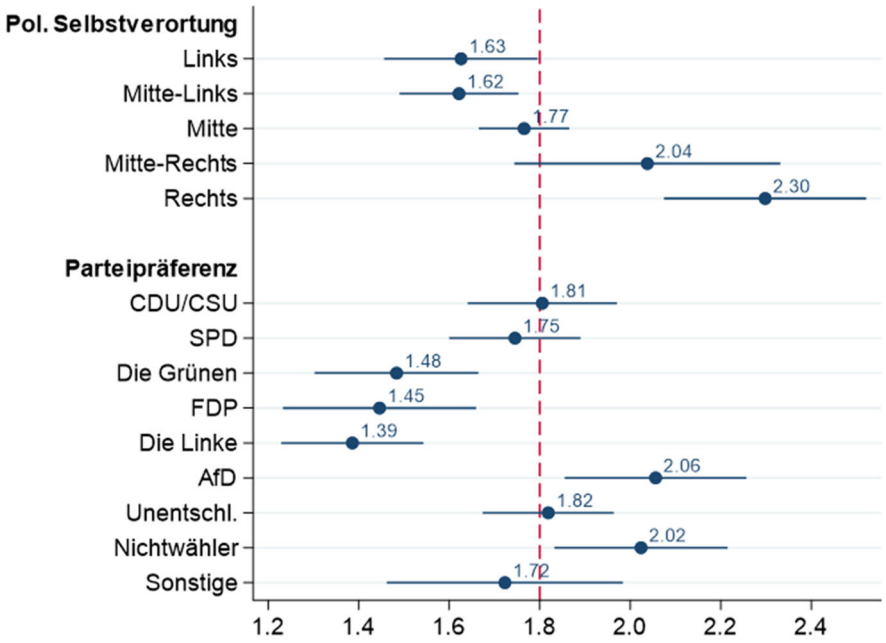


Abbildung 59: Islamismusaffine Einstellungen nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Mittelwerte und 95% KI, nur muslimische Befragte)

7.2.2 Schätzung der Prozentraten von Personen mit islamismusaffinen Einstellungen unter in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen

Zur Einschätzung des Umfangs der Risikogruppen von Personen, die empfänglich für islamistisches Gedankengut sind sowie derer, die ein klar islamismusaffines Einstellungsmuster aufweisen wurde der oben beschriebene dreistufige kategoriale Indikator verwendet.

Insgesamt findet sich danach bei 9.3% der befragten Muslim*innen dieser Stichprobe ein klar islamismusaffines Einstellungsmuster. Ein Fünftel der erreichten Stichprobe (20.0%) erweist sich als offen für Islamismus.

Bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls ist die Verbreitung von klar islamismusaffinen Haltungen in der Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen in einem Intervall von 7.7% bis 11.0% zu verorten. Für Einstellungen, die eine Offenheit für Islamismus erkennen lassen, liegt die so zu schätzende Rate bezogen auf die Gesamtbevölkerung der ab 18jährigen Muslim*innen in Deutschland in einem Intervall zwischen 17.7% und 22.2%.

Für islamismusaffine Einstellungen findet sich zwar gleichfalls eine signifikante Korrelation mit Demokratiedistanz ($r = .26$, $p < .001$). Diese ist aber deutlich geringer als der Zusammenhang zwischen Demokratiedistanz und rechtsextremen Einstellungen. Dies legt die Annahme nahe, dass islamismusaffine Einstellungen nicht immer auch mit Demokratiedistanz im hier gemessenen Sinne verbunden sein müssen.

Die Rate der demokratiedistant eingestellten Personen beläuft sich unter den befragten Muslim*innen auf 18.4%. Klar islamismusaffin und zugleich demokratiedistant sind nur 3.0% der muslimischen Stichprobe. Offen für Islamismus und zugleich demokratiedistant sind weitere 3.6% der Befragten. Betrachtet man als für Prävention und Intervention besonders relevante Gruppe jene muslimischen Befragten, die Demokratiedistanz in Kombination mit mindestens einer zugleich bestehenden Offenheit für islamistische Ideologien erkennen lassen, dann trifft dies auf 6.6% der muslimischen Stichprobe zu.

Für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung der erwachsenen Muslim*innen führt dies bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls zur Schätzung einer Rate von Personen, die sich als demokratiedistant und zugleich mindestens offen für Islamismus erweisen, die zwischen 5.2% und 8.0% liegt, also eine durchaus substanzielle Minderheit. Diese hat eine vergleichbare Größenordnung wie sie in Bezug auf die Gesamtstichprobe für rechtsextreme Einstellungen in Kombination mit Demokratiedistanz identifiziert werden konnte (95% Konfidenzintervall: zwischen 7.6% und 9.3%). Die entsprechenden Konfidenzintervalle überlappen sich insoweit.

7.2.3 Raten islamismusaffiner Einstellungen in Teilgruppen der in Deutschland lebenden Muslim*innen

Eine genauere Analyse der Raten islamismusaffiner Einstellungen für einzelne Subgruppen zeigt, dass es zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Rate islamismusaffin eingestellter Befragter leichte Unterschiede gibt ($\chi^2 = 7.3$, df = 2, $p < .05$).

Klar islamismusaffine Einstellungen sind Frauen tendenziell etwas häufiger (10.2%) als bei Männern (8.5%). Zugleich erweisen sich Männer jedoch überdurchschnittlich häufiger als offen für islamistische Haltungen (22.7%) als Frauen (16.6%).

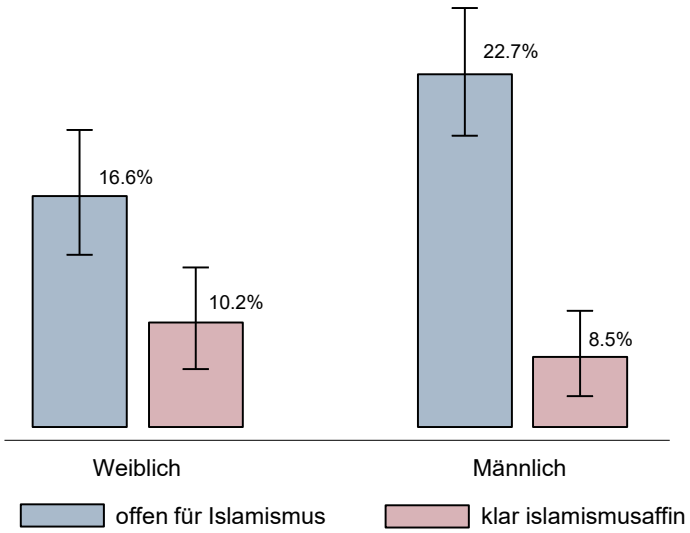


Abbildung 60: Prävalenz islamismusaffiner Einstellungen nach Geschlecht (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Klar islamismusaffine Haltungen finden sich ferner deutlich häufiger bei jungen Muslim*innen ($\chi^2 = 32.7$, df = 4, $p < .001$). Bei den unter 40-Jährigen beträgt die Rate klar islamismusaffiner Haltungen 12.9%, in der Altersgruppe 40 bis unter 60 Jahre ist diese Rate bereits um die Hälfte geringer (6.2%) und in der Altersgruppe ab 60 Jahren beträgt sie nur noch 1.2%.

Eine vergleichbare Tendenz zeigt sich auch bei Betrachtung der Risikogruppe derer, die eine Offenheit für Islamismus erkennen lassen: In der jüngsten Altersgruppe erweisen sich 22.3% in diesem Sinne als offen für Islamismus. Diese Rate nimmt mit zunehmendem Alter ab; die über 40-Jährigen (17.2%) bzw. über 60-Jährigen (15.8%) unterscheiden sich untereinander nicht mehr signifikant.

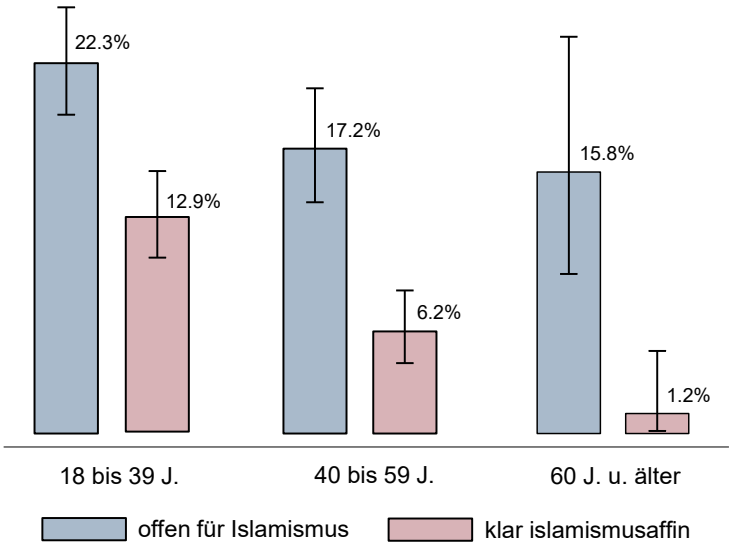


Abbildung 61: Prävalenz islamismusaffiner Einstellungen nach Alter (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

In der Tendenz weisen Muslim*innen mit hoher Bildung (Abitur) die niedrigsten Raten sowohl für klar islamismusaffine Einstellungen (7.3%) als auch für eine diesbezüglich Offenheit für islamistisches Denken (15.5%) auf. Mit Blick auf die Verbreitung klar islamismusaffiner Haltungen sind die erkennbaren Differenzen aber klein und statistisch nicht signifikant. Eine Offenheit gegenüber islamistischem Denken findet sich indessen mit 26.5% der Befragten vor allem bei einem mittleren Bildungsniveau ($\chi^2 = 12.3$, $df = 4$, $p < .05$).

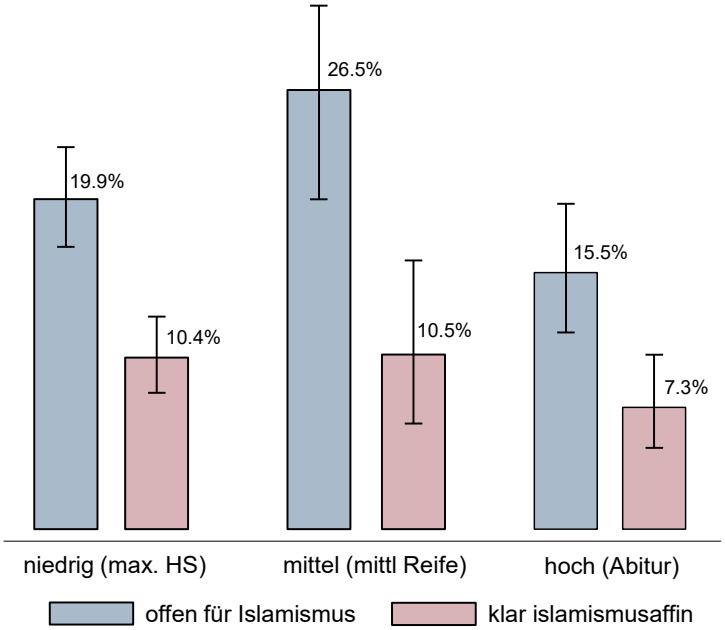


Abbildung 62: Prävalenz islamismusaffiner Einstellungen nach Bildungsniveau (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

In regionaler Hinsicht lassen sich nur einige wenige Differenzen benennen. Muslim*innen, die in Ostdeutschland leben, stellen zwar nur eine kleine Teilgruppe der in der Stichprobe erfassten muslimischen Befragten dar. Deren Raten für klar islamismusaffine Einstellungen wie auch für Offenheit gegenüber solchen Haltungen fällt indessen deutlich höher aus, als bei Muslim*innen, die in Westdeutschland leben.

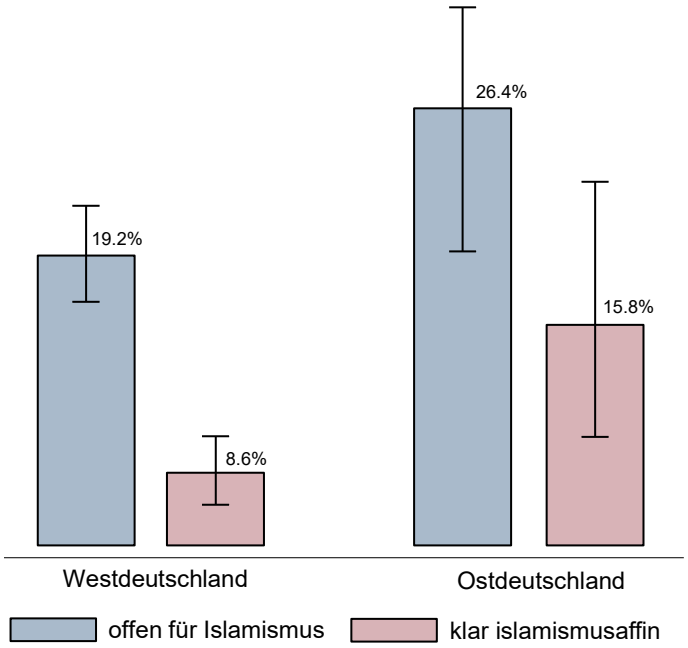


Abbildung 63: Prävalenz islamismusaffiner Einstellungen nach Region (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Im Hinblick auf die Größe des Wohnortes der Befragten sind hingegen keine besonderen Unterschiede der Raten der entsprechenden Einstellungen zu erkennen, bis auf den Umstand, dass klar islamismusaffine Einstellungen in Städten mittlerer Größe (50 000 bis 100 000 Einwohner) seltener auftreten als in ländlichen Regionen oder Großstädten.

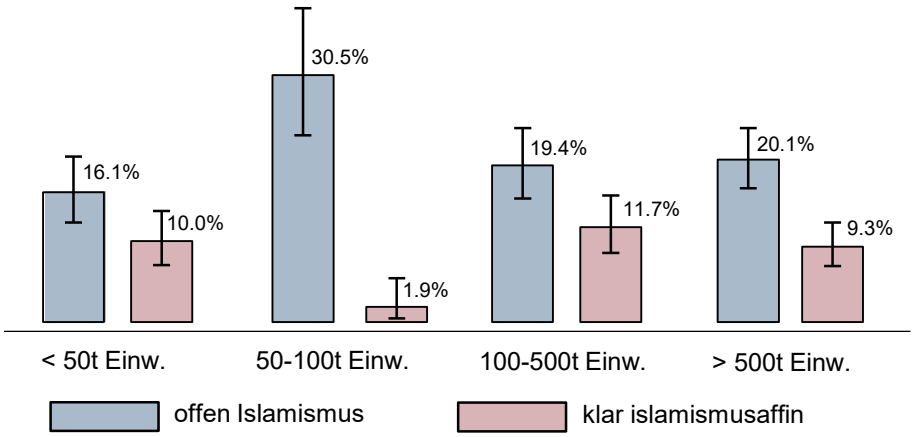


Abbildung 64: Prävalenz islamismusaffiner Einstellungen nach Gemeindegrößenklasse (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Fasst man klar islamismusaffine Einstellungen und die Offenheit für Islamismus zusammen, so weisen mittelgroße Städte (50 000 bis 100 000 Einwohner) mit 32.4% jedoch die höchste Rate auf.

In Bezug auf die Offenheit für islamistisches Gedankengut unterscheiden sich Migrant*innen der 1. und der 2. Generation kaum voneinander: Migrant*innen der 1. Generation weisen mit 20.7% eine vergleichbare Rate auf, wie Befragte der 2. Generation (19.2%).

Dies stellt sich für die Raten klar islamismusaffiner Haltungen anders dar: Die entsprechenden Anteile in Deutschland geborener muslimischer Migrant*innen der 2.

Generation sind mit 14.0% fast doppelt so hoch wie die Raten der muslimischen Migrant*innen der 1. Generation (7.5%) ($\chi^2 = 12.4$, df = 2, $p < .01$).

Vergleicht man die befragten Muslim*innen nach den Herkunftsregionen, aus denen sie bzw. ihre Familien stammen (Asien/Afrika, Türkei/Balkan, Naher Osten und Sonstige) dann finden sich in der Stichprobe zwar Differenzen der Raten für die Offenheit für islamistisches Gedankengut, diese erreichen jedoch nicht die Grenze statistischer Signifikanz ($\chi^2 = 11.9$, df = 6, $p = .064$). Eine Einzelbetrachtung zeigt aber, dass Muslim*innen aus dem Nahen Osten mit 26.1% eine deutlich höhere Rate aufweisen als jene aus den anderen Regionen, bei denen die Raten zwischen 18.0% und 18.9% liegen.

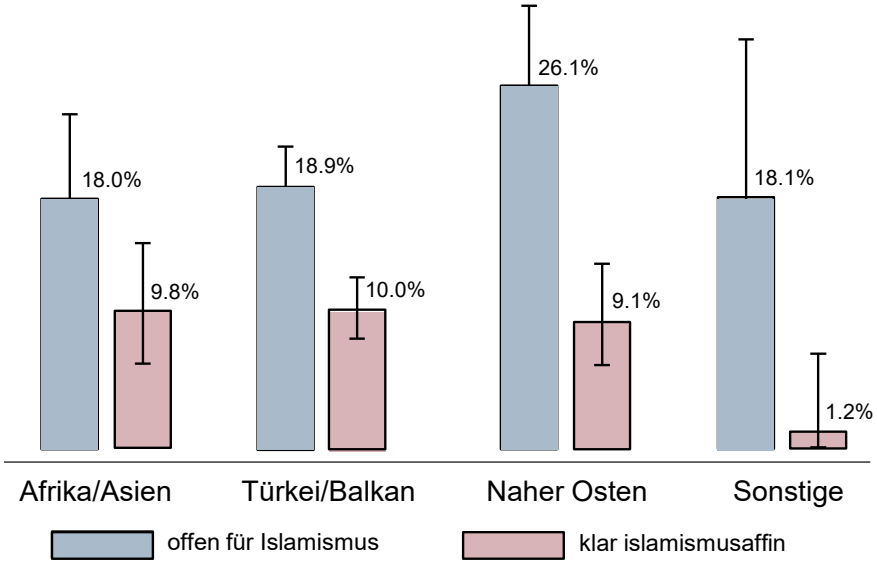


Abbildung 65: Prävalenz islamismusaffiner Einstellungen nach Herkunftsregion (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Für die klar islamismusaffin Eingestellten finden sich solche Unterschiede zwischen den Herkunftsregionen jedoch nicht. Hier liegt die Rate bei den aus dem Nahen Osten stammenden Muslim*innen mit 9.1% sogar etwas niedriger als der entsprechende Anteil für muslimische Befragte aus Afrika/Asien oder Türkei/Balkan. Auffällig sind hier nur die Muslim*innen, die keiner der drei großen Herkunftsregionen zuzuordnen sind. Allerdings ist diese Gruppe mit n = 58 sehr klein. Deren sehr geringe Rate klar islamismusaffin Eingestellter (1.2%) ist insoweit nicht besonders aussagekräftig.

8 Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt

Neben den bisher dargestellten Befunden zur Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen wurde in der Studie MiD 2021 auch die Bewertung bzw. Akzeptanz von politisch-ideologisch bzw. politisch-religiös motivierter Gewalt (letztere in Form der Akzteptanz islamistisch motivierter Gewalt, beschränkt auf Befragte mit muslimischer Religionszugehörigkeit) erfasst.

Durch die Entscheidung, extremismusaffine Einstellungen nicht a priori mit der Akzeptanz von von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele zu verbinden, wird es möglich, beides analytisch zu trennen. So kann zwischen Personen, die demokratie-distante, intolerante, rechtsextreme oder islamismusaffine Einstellungen vertreten, die aber nicht bereit sind, diese auch mit Gewalt durchzusetzen einerseits und solchen, die

eine gewaltförmige Durchsetzung politisch-extremistischer oder islamistischer Ziele akzeptieren andererseits differenziert werden.

Auf diesem Wege können die in den vorstehenden Kapiteln umschriebenen Risikopotentiale intoleranter und extremisusaffiner politischer Einstellungen bezüglich ihrer Qualitäten in dieser spezifischen Hinsicht näher umschrieben und weiter eingegrenzt werden.

Die Analyse erfolgt in zwei Schritten: Zunächst werden phänomenübergreifend konzeptualisierte Formen der Einstellung zu politisch motivierter Gewalt fokussiert. Dies wird in einem zweiten Schritt ergänzt durch Analysen, die spezifisch islamistisch konnotierte Formen einer politisch-religiös motivierten Gewalt - im weiteren als die Akzeptanz islamistischer Gewalt bezeichnet - nochmals gesondert in Bezug auf die Teilstichprobe der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen in den Blick nehmen.

8.1 Pänomenübergreifende Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt

Nachfolgend wird zunächst die Skala zur phänomenübergreifenden Messung von Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt vorgestellt und es werden die Ausprägungen solcher Haltungen in verschiedenen, nach sozio-demographischen Merkmalen der Befragten definierten gesellschaftlichen Teilgruppen beschrieben.

In einem zweiten Schritt werden sodann die in den vorhergehenden Kapiteln bereits berichteten Befunde zur Verbreitung der verschiedenen Formen politisch extremistischer Einstellungen in die Analysen einbezogen und untersucht, in welchem Umfang extremismusaffine oder intolerante Einstellungen auf Seiten der Befragten zugleich auch mit einer Akzeptanz politisch motivierter Gewalt einhergehen. Insoweit erfolgt eine Einschätzung des Potentials gewaltakzeptierend und zugleich intolerant bzw. extremismusaffin eingestellter Personen in Bezug auf die Gesamtbevölkerung. Diese Daten stellen ein wichtiges Ausgangs- und Bezugsdatum für die Trendanalysen im Rahmen des Monitorings solcher Phänomene dar, die im Zuge der weiteren Wellen der Einstellungsbefragungen in MOTRA erfolgen werden.

8.1.1 Die Skala zur Messung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt

Die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt wurde mittels einer aus vier Items bestehenden Skala erfasst. Die Inhalte der den Befragten dazu vorgelegten Aussagen sind so gewählt, dass die zum Ausdruck gebrachten Einstellungen sich zwar auf eine politische Dimension der Gewalt beziehen, jedoch nicht spezifisch für eine bestimmte politische Orientierung stehen. Zwei dieser Items sprechen allgemein die Notwendigkeit der Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken auch in einer demokratischen Gesellschaft an: Einerseits zur Austragung bestimmter – nicht näher bezeichneter – Konflikte, andererseits zur Durchsetzung politischer Ziele. Ein weiteres Item betrifft die Akzeptanz einer revolutionären – und damit ebenfalls mit Gewalt assoziierten – Veränderung der gesellschaftlichen Zustände. Das letze Item schließlich bezieht sich auf den Einsatz personengerichteter Gewalt gegen Vertreter des staatlichen Systems als Form einer mit Gewalt kombinierten politischen Opposition. Die Befragten konnten auf einer 4-stufigen Likert-Skala (von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) den Grad ihrer Zustimmung zu diesen Aussagen angeben.

Tabelle 14: Skala zur Erfassung phänomenübergreifender Akzeptanz politisch motivierter Gewalt: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	80.0	14.4	4.7	0.9	1.27	.59	4 455
Die notwendigen Veränderungen in dieser Gesellschaft können nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden.	83.9	12.7	2.1	1.2	1.21	.53	4 433
Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.	76.1	16.7	5.4	1.8	1.33	.66	4 422
Auch in einer Demokratie ist es manchmal notwendig Gewalt anzuwenden, um seine politischen Ziele durchzusetzen.	78.4	16.4	4.3	1.0	1.28	.59	4 439

Die Akzeptanz gewaltförmiger Auseinandersetzungen zur Lösung politischer Differenzen und Konflikte ist insgesamt recht gering. Die größte Zustimmung findet die Aussage, wonach man sich manchmal gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen muss, 7.2% der Befragten äußerten sich zu dieser Aussage „eher“ oder „völlig“ zustimmend. Dass es auch in einer Demokratie notwendig sein kann, bestimmte Konflikte gewaltsam auszutragen gaben 5.6% an. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Interessen wurde von 5.3% als manchmal notwendig erachtet. Die geringste Zustimmung findet die Aussage, wonach notwendige Veränderung der Gesellschaft nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden können. Immerhin stimmten hier aber noch 3.3% dieser Aussage zu.

Auf Grundlage der Angaben zu den vier Einzelitems wurde eine kategoriale Kompositskala „Akzeptanz politisch motivierter Gewalt“ gebildet. Diese dient dazu, die Rate der gewaltakzeptierenden Personen zu bestimmen und dabei hinsichtlich der Ausprägung dieser Akzeptanz zu differenzieren. Bei der Bildung dieser kategorialen Skala wurde wie folgt vorgegangen: Für jede Person wurde zunächst die Anzahl der klar zustimmend beantworteten Items („stimme eher zu“ und „stimme völlig zu“, Skalenwerte 3 und 4) berechnet. Die Befragten können hier individuell einen Wert zwischen einem Minimum von 0 (wenn alle 4 Items abgelehnt wurden) und 4 (wenn allen 4 Items zugestimmt wurde) erreichen. Bei der so erfolgten Skalenbildung wurden alle Personen einbezogen, die über alle vier Items hinweg mindestens zwei gültige Angaben gemacht haben (n = 4 447).

Die weit überwiegende Mehrheit der Befragten (88.0%) stimmt keinem der vier Items zu. Diese werden als politisch motivierte Gewalt ablehnend eingeordnet.

N = 271 (6.1%) der Befragten stimmten nur einem der vier Items zu. Diese Zustimmung ist in dieser Gruppe relativ gleich über die verschiedenen Items verteilt. Lediglich dem Item, dass eine Veränderung des Systems durch eine gewaltsame Revolution thematisiert, stimmt nur ein kleiner Teil der Befragten dieser Gruppe zu.

Weitere n = 158 Befragte (3.6%) äußern sich bei zwei der vier Aussagen zustimmend. Die größte Zustimmung erfährt in dieser Teilgruppe das Item, wonach man sich manchmal gewaltsam gegen Vertreter des Systems wehren müsse. Diesem Item stimmen 79.8% der Befragten dieser Teilgruppe zu. Auch hier erfährt das Item, dass eine gewaltsame Revolution betrifft, mit 29.7% der Befragten in dieser Gruppe die geringste Zustimmung.

Personen mit ein oder zwei zustimmenden Items machen insgesamt 9.7% aller Befragten aus. Sie werden als Befragte mit einer niedrigen Akzeptanz politisch motivierter Gewalt kategorisiert. Für die Gesamtbevökerung ist auf Basis dieses Stichprobenergebnisses mit einer Rate von niedriger Akzeptanz politisch motivierter Gewalt zu rechnen, die in einem 95% Konfidenzintervall liegt, dass von 8.79% bis 10.52% reicht.

Als ‚hoch' gewaltakzeptierend wurden jene n = 103 Befragte eingestuft, die sich bei drei Items (n = 49) oder bei allen vier Items (n = 54) zustimmend geäußert haben. Auffallend ist erneut, dass das Item, in dem eine Revolution als notwendig erachtet wird, auch in dieser Gruppe die geringste Zustimmung erfährt. Knapp ein Drittel der Befragten dieser Gruppe (30.8%) lehnten diese Aussage ab. In der Stichprobe beläuft sich damit die Rate einer hohen Akzeptanz politisch motivierter Gewalt auf 2.3% aller Befragten. Für die Gesamtschätzung ist auf dieser Grundlage eine Rate hoher Gewaltaktzeptanz im hier gemessenen Sinne anzunehmen, die mit 95% Wahrscheinlichkeit zwischen 1.88% und 2.76% liegt.

8.1.2 Verbreitung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen

Die in dieser Form gemessene Akzeptanz politisch motivierter Gewalt ist bei Männern deutlich häufiger anzutreffen als bei Frauen ($\chi^2 = 39.7$, df = 2, $p < .001$). Gewaltlablehnend sind 85% der Männer im Vergleich zu 91.1% der Frauen. 12.0% der Männer und 7.2% der Frauen weisen eine niedrige Gewaltakzeptanz auf. Die Rate derer, die als hoch gewaltakzeptierend einzustufen sind, beträgt bei Männern 3.0%. Sie liegt bei Frauen mit 1.7% nur etwa halb so hoch. Dies steht mit dem gängigen Befund der Gewaltforschung zu einer höhern Gewaltakzeptanz bei Männern gut in Einklang.

Nicht untypisch ist auch, dass junge Menschen gewaltaffiner sind als ältere. Von den 18-39-Jährigen sind 13.7% niedrig und weitere 4.7% hoch gewaltakzeptierend. Sie heben sich damit von den beiden anderen Altersgruppen, den 40-59-Jährigen (niedrig: 7.3%, hoch: 1.5%) sowie den Befragten im Alter von 60 Jahren und älter (niedrig: 7.5%, hoch 1.0%) deutlich ab ($\chi^2 = 96.7$, df = 4, $p < .001$).

Mit Blick auf den Bildungsstand finden sich nur leichte Differenzen ($\chi^2 = 12.4$, df = 4, $p < .05$): Personen mit geringer Schuldbildung (Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss) weisen jeweils die höchsten Prävalenzraten auf (niedrige Gewaltakzeptanz: 10.8%, hohe Gewaltakzeptanz: 2.8%). Befragte mit mittlerer Reife (niedrig: 8.3%, hoch: 2.6%) und solche mit Abitur oder einem vergleichbaren Schulabschluss (niedrig: 9.3%, hoch: 1.5%) unterscheiden sich davon jedoch nur marginal und untereinander gar nicht.

In Ostdeutschland liegt die Akzeptanz politischer Gewalt (niedrig: 9.0%, hoch: 1.5%) tendenziell zwar etwas unter den Raten der in Westdeutschland lebenden Befragten (niedrig: 9.8%, hoch: 2.5%). Diese Differenzen erweisen sich statistisch jedoch als nicht signifikant. Auch für die Größe des Wohnortes der Befragten zeigen sich keine signifikanten Unterschiede.

Deutlichere Differenzen finden sich mit Blick auf die politische Selbstverortung der Befragten ($\chi^2 = 75.9$, df = 8, $p < .001$). Die Raten von Befragten mit niedriger Gewaltbefürwortung schwanken zwischen 7.2% bei den politisch rechts Orientierten und 13.8% bei den ebenfalls im rechten Spektrum liegenden mitte-rechts Orientierten.

Besonders auffällig sind die Unterschiede im Bereich der hohen Gewaltakzeptanz: Hier stechen Befragte, die sich selbst politisch rechts verorten mit einer Prävalenz von 12.9%

ganz besonders hervor. Alle anderen Werte liegen zwischen 1.1% (mitte-links) und 3.1% (links und mitte-rechts).

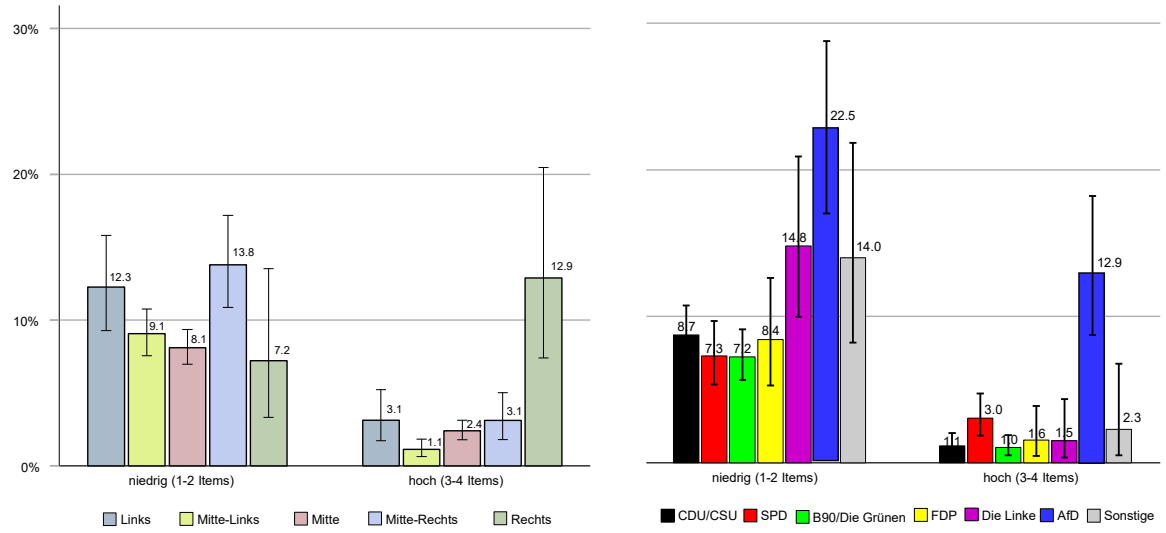


Abbildung 66: Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

Ähnliches zeigt sich auch bei Betrachtung der Parteipräferenz ($\chi^2 = 189.6$, $df = 16$, $p < .001$). Für die niedrige Gewaltakzeptanz können drei Teilgruppen unterschieden werden: Zur ersten gehören die Wähler*innen der Parteien der sog. politischen Mitte (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) sowie die in der Grafik nicht dargestellten unentschlossenen Wähler*innen. Hier liegt die Prävalenz niedriger Gewaltakzeptanz leicht unter dem Durchschnitt und schwankt zwischen 7.2% (Bündnis 90/Die Grünen) und 8.7% (CDU/CSU). Die zweite Teilgruppe bilden die Wähler*innen der Linken (14.8%), sonstiger Parteien (14.0%) und die in der Grafik ebenfalls nicht dargestellten Nichtwähler (15.6%). Davon wiederum heben sich die Wähler*innen der AfD mit einer Prävalenz von 22.5% nochmals deutlich ab.

Auch im Bereich der hoch gewaltakzeptierenden Befragten nehmen die Wähler*innen der AfD eine besondere Stellung ein. Ihre Prävalenz beträgt 12.9% und weicht damit signifikant von allen anderen Wählergruppen ab, deren Raten zwischen 1.0% (Bündnis 90/Die Grüne) und den in der Grafik nicht dargestellten Nichtwählern (4.7%) schwankt.

Signifikante Unterschiede der Ausprägung politisch motivierter Gewalt finden sich auch bei Betrachtung des Migrationsstatus ($\chi^2 = 148.2$, $df = 4$, $p < .001$) (Abbildung 67). Migrant*innen der 1. Generation weisen sowohl bei den niedrig (19.7%) als auch bei den hoch Gewaltakzeptierenden (5.5%) jeweils die höchste Prävalenzrate auf. Die geringsten und jeweils signifikant unter dem Durchschnitt liegenden Raten zeigen die Befragten ohne Migrationshintergrund (niedrig gewaltakzeptierend: 7.3%, hoch gewaltakzeptierend: 1.6%).

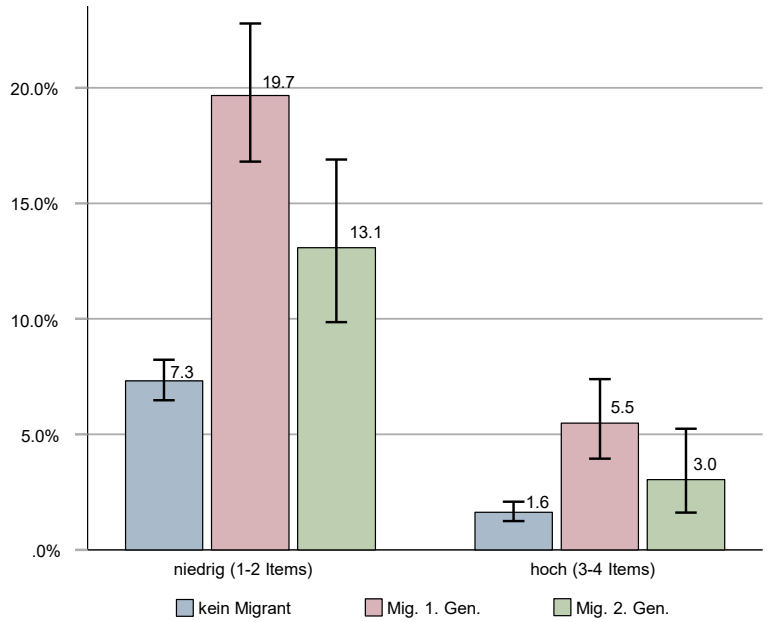


Abbildung 67: Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach Migrantengeneration (Prozent und 95% KI)

Betrachtet man die Religionszugehörigkeit der Befragten – hier unter Auslassung der sehr kleinen Gruppe derer, die einer sonstigen Religion angehören – zeigt sich, dass Angehörige einer christlichen Religion sich im Ausmaß ihrer Gewaltakzeptanz nicht von den Befragten unterscheiden, die angeben, keiner Religion anzugehören. Von den Christen sind 8.8% als niedrig und 1.9% als hoch gewaltbefürwortend einzustufen. Bei den nichtreligiösen Befragten liegen diese Raten bei 8.3% und ebenfalls 1.9%. Deutlich überdurchschnittlich ist die phänomenübergreifend bestimmten Akzeptanz politisch motivierter Gewalt bei muslimischen Befragten. Von ihnen gehören 17.9% zur Gruppe mit niedriger Gewaltakzeptanz und 5.0% zur Gruppe der als hoch gewaltakzeptierend eingestuften Befragten. Diese Differenzen erweisen sich als statistisch hoch signifikant ($\chi^2 = 48.9$, df = 4, $p < .001$).

8.1.3 Verbreitung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt bei Personen mit demokratiedistanten, rechtsextremen oder intoleranten Einstellungen

Betrachtet man diejenigen, die als *demokratiedistant* eingestuft wurden (14.0% aller Befragten) nach dem Ausmaß der Akzeptanz der politisch motivierten Gewalt, so erweist sich etwa ein Fünftel davon (21.8%) als in unterschiedlichem Ausmaß gewaltakzeptierend (niedrig: 17.7%, hoch 4.1%).

Die Risikogruppe derer, die sowohl als demokratiedistant als auch in niedrigen Maß als gewaltakzeptierend eingeschätzt werden muss, umfasst 2.45% der Gesamtbevölkerung (95% Konfidenzintervall: zwischen 2.0% und 2.9%). Als demokratiedistant und gleichzeitig hoch gewaltakzeptierend sind 0.57% der Gesamtbevölkerung einzustufen. Das 95% Konfidenzintervall liegt hier zwischen 0.35% und 0.79%. Das Gesamtpotential demokratiedistant und gewaltakzeptierend eingestellter Personen liegt damit in der Stichprobe bei 3.02%, was für die Gesamtbevölkerung bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls zu einer geschätzten Rate führt, die zwischen 2.5% bis 3.5% liegt.

Führt man die gleiche Analyse für jene Befragte durch, die durch ein mittleres (16.8% aller Befragten) bzw. hohes Ausmaß *intoleranter Einstellungen* aufgefallen sind (3.7% aller Befragten), zeigt sich, dass von den hoch intoleranten Befragten mehr als ein Drittel

(34.5%) gewaltakzeptierende Einstellungen aufweisen. Die Hälfte dieser (d.h. 17.0% der hoch intoleranten Befragten) akzeptieren Gewalt in niedrigem Maße, die andere Hälfte (17.5% der hoch intoleranten Befragten) ist als hoch gewaltakzeptierend einzustufen. Von den Befragten mit mittlerer Intoleranz sind 17.7% auch gewaltakzeptierend, wobei die meisten (15.4%) nur eine niedrige Gewaltakzeptanz aufweisen und lediglich 2.3% der Befragten mit mittlerer Intoleranz Gewalt auch in hohem Maße akzeptieren.

Kombiniert man auch hier beide Risikofaktoren ergibt sich eine Rate von 2.55% aller Befragten, die eine mittlere Intoleranz aufweisen und zugleich in niedrigem Maße gewaltakzeptierend sind. Unter Berücksichtigung eines 95% Konfidenzintervalls liegt diese Kombination bei 2.09% bis 3.01% der erwachsenen Bevölkerung vor. Ebenfalls eine mittlere Intoleranz zugleich aber ein hohes Maß der Gewaltakzeptanz erreichen 0.38% aller Befragten, was einer Schätzung zwischen 0.20% und 0.56% der Gesamtbevölkerung entspricht.

Tabelle 15: Intolerante Einstellungen und Gewaltakzeptanz: Schätzung der Risikopopulationen (Prozent und 95% KI)

		Gewaltakzeptanz (politisch motiviert)	
		niedrig (1-2 Items)	hoch (3-4 Items)
Intoleranz	mittel	2.55 [2.09 - 3.01]	0.38 [0.20 - 0.56]
	hoch	0.61 [0.38 - 0.83]	0.62 [0.39 - 0.85]

Die Rate der Personen mit einem hohen Ausmaß intoleranter Einstellungen und die zugleich auf einem niedrigen Niveau gewaltakzeptierende Einstellungen erkennen lassen beträgt 0.61%. Das 95% Konfidenzintervall reicht hier von 0.38% bis 0.83% der Gesamtbevölkerung. Sowohl ein hohes Maß intoleranter Einstellungen als auch eine hohe Gewaltakzeptanz weisen 0.62% aller Befragten auf, was zu eine Populationsschätzung führt, die unter Zugrundelegung eines 95% Konfidenzintervalls zwischen 0.39% und 0.85% liegt.

Das Gesamtpotential intoleranter und zugleich auch gewaltakzeptierend eingestellter Personen beträgt damit 4.16% (95% Konfidenzintervall: zwischen 3.58% und 4.74%).

Auch unter Befragten, *die rechtsextreme Einstellungen* aufweisen (4.9% aller Befragten) oder als offen für rechtes Gedankengut eingestuft wurden (21.8% aller Befragten), finden sich Personen, die zugleich gewaltakzeptierende Einstellungen vertreten.

Von den Befragten, die sich als offen für rechtsextreme Ideologien erwiesen haben, sind insgesamt 16.8% in unterschiedlichem Maße auch gewaltakzeptierend (14.7% auf niedrigem Niveau, 2.1% auf hohem Niveau). Die Rate der insgesamt gewaltakzeptierend Eingestellten ist bei jenen Befragten, die eindeutig rechtsextreme Einstellungen aufweisen, deutlich höher und beträgt hier 43.6%. Etwas mehr als die Hälfte dieser Personen (23.1% der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen) akzeptieren Gewalt in niedrigem Maße, 20.5% aller rechtsextrem Eingestellten ist zugleich hoch gewaltakzeptierend.

Damit beträgt die Schätzung für die Risikogruppe in der Kombination aus Offenheit für rechte Ideologien und niedriger Gewaltakzeptanz 3.18% der Gesamtbevölkerung (95% Konfidenzintervall: 2.66% bis 3.69%). Der Anteil jener, die offen für rechtes Gedankengut sind und zugleich in hohem Maße Gewalt akzeptieren beträgt demgegenüber nur 0.44% (95% Konfidenzintervall: 0.25% bis 0.64%)

Tabelle 16: Rechtsextreme Einstellungen und Gewaltakzeptanz: Schätzung der Risikopopulationen (Prozent und 95% KI)

		Gewaltakzeptanz (politisch motiviert)	
		niedrig (1-2 Items)	hoch (3-4 Items)
Rechtsextremismus	offen für rechtes Gedankengut	3.18 [2.66 - 3.69]	0.44 [0.25 - 0.64]
	klar rechtsextrem	1.12 [0.81 - 1.43]	0.99 [0.70 - 1.28]

Die Gruppe der klar rechtsextremen Befragten, die zugleich in niedrigem Maße Gewalt akzeptieren beträgt in der Stichprobe 1.12%. Bezogen auf die erwachsene Gesamtbevölkerung führt dies - unter Zugrundelegung eines 95% Konfidenzintervalls - zu einem Schätzintervall von 0.81% bis 1.43%. Als klar rechtsextrem und zugleich in hohem Maße gewaltakzeptierend erweisen sich 0.99% der Befragten, was zu einer Schätzung bezogen auf die erwachsene Gesamtbevölkerung von 0.7% bis 1.28% führt.

Das Gesamtpotential der Personen, die mindestens offen für rechtes Gedankengut und gleichzeitig gewaltakzeptierend sind, liegt damit in der Stichprobe bei 5.73%, was für die Gesamtbevölkerung bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls zu einer geschätzten Rate führt, die zwischen 5.05% und 6.41% liegt.

8.2 Einstellungen zu islamistisch motivierter Gewalt

Die nachfolgenden Ausführungen zur Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt beschränken sich - wie auch die Erhebungen zu islamismusaffinen politischen Einstellungen - auf die Teilstichprobe der muslimischen Befragten. Zunächst wird die hier verwendete Skala zur Messung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt vorgestellt und die Verbreitung solcher Einstellungen nach sozio-demographischen Merkmalen bezogen auf die muslimischen Befragten beschrieben.

Daran anschließend wird, ähnlich wie es zuvor in Bezug auf die Skala der phänomenübergreifenden Akzeptanz politisch motivierter Gewalt durchgeführt wurde, geprüft, in welchem Maße islamismusaffine Einstellungen mit einer Akzeptanz spezifisch islamistisch motivierter Gewalt einhergehen.

8.2.1 Die Skala zur Messung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt

Zur Erhebung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt wurde eine gleichfalls aus vier Items bestehende Skala verwendet. Diese Items beziehen sich auf die Befürwortung von Gewalt in unterschiedlichen Situationen und stellen dabei explizit einen Bezug zum Islam oder der islamischen Gemeinschaft her, deren Verteidigung oder Förderung bzw. Verbreitung als Anlass der Gewalt dient. Zwei Items beinhalten Aussagen, die eine Rechtfertigung von Gewalt zum Ausdruck bringen: Einmal wird diese - ohne spezifischen Anlass - zur Verbreitung und Durchsetzung des Islam eingesetzt, also eine eher offensive Form der politisch-religiös motivierten Gewalt. In einem anderen Item wird Gewalt instrumentell mit der Verteidigung des Islam gegen Bedrohungen durch die westliche Welt in Verbindung gebracht, also eine eher defensive Form der politisch-religiös motivierten Gewalt umschrieben.

Einem dritten Item liegt ein sehr konkreter Anlass zugrunde: die Beleidigung Allahs oder des Propheten, wobei die Gewalt sich gegen den ‚Angreifer' richtet. In diesem Item dominiert mit der Frage nach dem Verständnis für eine solche Gewaltanwendung eine kognitive Komponente. Das letzte Item schließlich fragt nach der Bereitschaft des oder der

Befragten, selbst Gewalt anzuwenden. Dieses Item ist nicht anlassbezogen, stellt aber klar, dass die Gewaltanwendung der islamischen Gemeinschaft dient und sich gegen ‚Ungläubige' richtet. Die Befragten konnten auf einer 4-stufigen Likert-Skala (1 = *„stimme gar nicht zu"* bis 4 = *„stimme völlig zu"*), den Grad ihrer Zustimmung zu diesen Aussagen angeben.

Tabelle 17: Skala zur Erfassung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte, nur muslimische Befragte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Die Bedrohung des Islam durch die westliche Welt rechtfertigt, dass Muslime sich mit Gewalt verteidigen.	61.5	25.3	8.8	4.3	1.56	.83	1 168
Ich habe Verständnis für Gewalt gegen Menschen, die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen.	59.6	23.9	9.2	7.3	1.64	.92	1 153
Gewalt ist gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht.	82.5	14.3	2.8	0.5	1.21	.50	1 175
Wenn es der islamischen Gemeinschaft dient, bin ich bereit, körperliche Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden.	89.0	9.0	0.5	1.5	1.15	.48	1 180

Nicht unerwartet findet sich die größte Zustimmung für jenes Item, das Gewalt im Falle der Beleidigung Allahs oder des Propheten zum Inhalt hat. Insgesamt stimmen 16.5% der befragten Muslim*innen in diesem Fall einer Gewaltanwendung gegen die Beleidiger „eher" oder „völlig" zu. Die zweithöchste Zustimmung findet das Item, in dem es um die Verteidigung des Islam durch Bedrohungen aus der westlichen Welt geht. Hier stimmen insgesamt 13.1% einer Gewaltanwendung zur Verteidigung des Islam zu. Beide Items weisen im Vergleich zu den anderen Items auch eine deutlich höhere Streuung der Antworten auf.

Deutlich geringer ist die Zustimmungsrate sofern es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht (3.3%). Am geringsten ist die Rate, sofern es um die eigene Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen Ungläubige geht. In diesem Fall geben nur 2.0% an, dazu bereit zu sein.

Aus den Angaben wurde – in gleicher Weise wie bei der kategorialen Skala zur Akzeptanz politisch motivierter Gewalt – für die muslimischen Befragten eine dreistufige kategoriale Skala zur Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt gebildet. Dazu wurde für jede Person die Anzahl der klar zustimmend beantworteten Items („stimme eher zu" und „stime völlig zu", Skalenwerte 3 und 4) berechnet. Einbezogen wurden nur Personen, die über alle vier Items hinweg mindestens zwei gültige Angaben gemacht haben (n = 1 180).

Drei Viertel der befragten Muslim*innen (74.7%) lehnten alle vier Aussagen zu islamistisch motivierter Gewalt ab.

N = 221 (18.7%) der Befragten stimmten einem der vier Items zu. Eine nähere Betrachtung zeigt hier deutliche Unterschiede zwischen den Items. Während dem ersten Item (Verteidigung des Islam) 41.5% und dem zweiten Item (Gewalt gegen Menschen, die Allah oder den Propheten beleidigen) 52.3% dieser Teilgruppe zustimmten, wurden die letzen beiden Items (Gewalt zur Durchsetzung des Islam bzw. eigene Bereitschaft zur Gewaltanwendung) nur von 3.7% bzw. 2.6% bejaht.

Weitere n = 54 Befragte (4.8%) stimmten zwei der vier Aussagen zu. Die größte Zustimmung (96.7%) findet sich in dieser Teilgruppe für jenes Item, dass eine Beleidigung Allahs oder des Propheten thematisiert. Auch hier fand das Item, indem die Befragten eine persönliche Gewaltbereitschaft zum Ausdruck bringen mit 3.0% die geringste Zustimmung.

Personen mit Zustimmung zu einem oder zwei der vier Items wurden als Befragte mit einer niedrigen Akzeptanz islamistisch motiverter Gewalt eingestuft. Insgesamt handelt es sich um 23.6% der befragten Muslim*innen. Für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen führt dies zu einer geschätzten Rate von Personen mit niedriger Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt, die mit 95% Wahrscheinlichkeit zwischen 21.14% und 25.99% liegt.

Personen, die drei (n = 10) oder allen vier Items (n = 10) zugestimmt haben wurden als hoch gewaltakzeptierend eingestuft. Diese Gruppe ist mit insgesamt n = 20 Personen recht klein und macht 1.7% aller muslimischen Befragten aus. Im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung ist damit in der erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung eine Rate von Personen mit hoher Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt zu schätzen, die mit 95% Wahrscheinlichkeit zwiscm 0.96% und 2.44 Prozent liegt. Damit liegt diese Rate in einem Bereich, der ähnlich hoch ausfällt wie das Intervall der Raten, die mit Blick auf die Gesamtbevölkerung für hohe Aktzeptanz der phänomenübergreifend bestimmten politisch motivierten Gewalt gefunden wurden.

8.2.2 Zur Verbreitung islamistisch motivierter Gewalt bei Muslim*innen in Deutschland

Die Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt unterscheidet sich bei muslimischen Männern und Frauen nicht signifikant. Auch mit Blick auf das Alter der Befragten zeigen sich keine signifikanten Zusammenhänge. Tendenziell ist die Rate der Gewaltakzeptierenden in der Altersgruppe 40 bis 59 Jahre etwas geringer als bei den jüngeren und auch den älteren Befragten.

Tendenziell erweisen sich Befragte mit niedrigem Bildungsniveau in etwas stärkerem Maße als gewaltakzeptierend: Während 20.4% der Befragten mit Abitur oder einem vergleichbaren Bildungsabschluss niedrig gewaltakzeptierend sind, beträgt diese Rate bei Befragten mit mittlerer Reife 23.9% und bei Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss 25.7%. Letztere weisen mit 2.2% auch die höchste Rate hoch gewaltakzeptierender Einstellungen auf, während von den Befragten mit höherer Bildung nur 0.6% (mittlere Reife) bzw. 0.8% (Abitur) islamistisch motivierter Gewalt in hohem Maße zustimmen. Diese Unterschiede erweisen sich jedoch statistisch als nicht signifikant.

Signifikante Differenzen zeigen sich jedoch bezüglich der Region, in der die befragten Muslim*innen wohnen. Danach ist die Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt in Ostdeutschland (niedrig: 31.8%, hoch: 3.8%) deutlich weiter verbreitet als bei muslimischen Befragten, die in Westdeutschland leben (niedrig: 22.5%, hoch: 1.4%) ($\chi^2 = 10.2$, $df = 2$, $p < .01$).

Die Größe der Gemeinde, in der die muslimischen Befragten leben ist mit Blick auf die islamistisch motivierte Gewalt statistisch nicht relevant. Tendenziell ist die Rate der hoch gewaltakzeptierenden Muslim*innen in Großstädten mit 2.4% bis 2.5% jedoch höher als in kleinen Gemeinden oder ländlichen Gebieten, wo diese Rate zwischen 0.3% und 0.6% liegt.

Beträchtliche Differenzen zeigen sich hingegen hinsichtlich der Selbstverortung im Links-Mitte-Rechts-Schema ($\chi^2 = 91.4$, $df = 8$, $p < .001$). Islamistisch motivierte Gewalt wird deutlich stärker von jenen Muslim*innen befürwortet, die sich selbst politisch rechts verorten. Im linken Spektrum und der politischen Mitte schwanken die Raten niedriger Gewaltbefürwortung zwischen 18.6% und 21.1%. Die mitte-rechts Orientierten weisen mit 28.0% eine höhere Rate auf. Die höchste Rate findet sich jedoch bei den politisch rechts orientierten Muslim*innen. Von diesen akzeptiert die Hälfte (49.9%) islamistisch motivierte Gewalt in niedrigem Maße.

Eine ähnliche Verteilung allerdings auf viel niedrigerem Niveau zeigt sich für diejenigen, die islamistisch motivierte Gewalt in hohem Maße akzeptieren: Auch hier weisen die politisch rechts Orientierten mit 11.5% und die mitte-rechts Verorteten mit 7.7% überdurchschnittliche Raten einer hohen Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt auf.

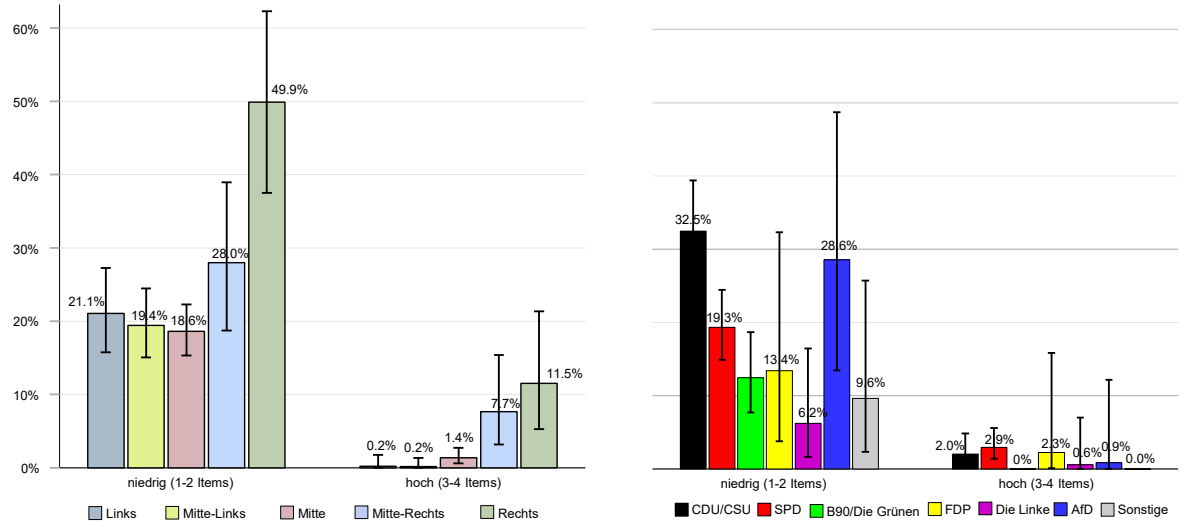


Abbildung 68: Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt bei Muslimen nach politischer Selbstverortung sowie nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

Die Verteilung nach Parteipräferenz weist ebenfalls signifikante Differenzen auf ($\chi^2 = 60.8$, $df = 16$, $p < .001$), stellt sich hier jedoch etwas anders dar als bei der Akzeptanz phänomenübergreifender politisch motivierter Gewalt: Während sich die hoch gewaltakzeptierenden Muslim*innen hinsichtlich ihrer Parteipräferenz nicht signifikant unterscheiden, weisen auf dem niedrigen Gewaltakzeptanzniveau die Wähler*innen der CDU/CSU (32.5%) und die in der Grafik nicht dargestellten Nichtwähler (35.4%) signifikant überdurchschnittliche Raten auf. Zwar ist auch die Rate der auf niedrigem Niveau islamistische Gewalt befürwortenden AfD-Wähler*innen mit 28.6% sehr hoch, aufgrund der gringen Größe dieser Teilgruppe unter den muslimischen Befragten unterscheiden diese sich jedoch nicht signifikant von anderen Wählergruppen.

Zwischen Migrant*innen der 1. und der 2. Generation finden sich keine signifikanten Unterschiede des Ausmaßes der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt. Gleiches gilt für den Vergleich im Hinblick auf die Herkunftsregionen der Befragten; zwischen diesen unterscheiden sich die Raten der Gewaltbefürwortung nicht signifikant.

8.2.3 Verbreitung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt bei Muslim*innen mit islamismusaffinen Einstellungen

Nachfolgend werden die Anteile jener Befragten bestimmt, die neben islamismusaffinen Einstellungen zugleich auch eine Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt erkennen

lassen. Auf dieser Basis werden Schätzungen für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden erwachsenen Muslim*innen vorgenommen.

Klar *islamismusaffine Einstellungen* wurden bei 9.3% der Muslim*innen festgestellt, während sich 20.0% offen für islamistisches Gedankengut erwiesen.

Zwei Drittel der klar islamismusaffin Eingestellten (64.6%) befürworten zugleich auch islamistisch motivierte Gewalt (48.1% auf niedrigem, 16.5% auf hohem Niveau). Bei Muslim*innen, die offen für islamistisches Gedankengut sind, beträgt die Rate der Gewaltakzeptanz insgesamt 39.1% (38.8% auf niedrigem, 0.3% auf hohem Niveau)

Die Rate der muslimischen Befragten die offen für islamistisches Gedankengut sind und zugleich in niedrigem Ausmaß islamistisch motivierte Gewalt akzeptieren beträgt 6.86% (95% Konfidenzintervall: 5.49% bis 8.23%). Der Anteil jener Muslim*innen, die offen für islamistisches Gedankengut sind und zugleich in hohem Maße islamistisch motivierte Gewalt akzeptieren beträgt demgegenüber nur 0.06% (95% Konfidenzintervall: 0% bis 0.19%). Offenheit für islamistisches Gedankengut geht insofern nur selten mit einer hohen Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt einher.

Tabelle 18: Islamismusaffine Einstellungen und Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt: Schätzung der Risikopopulationen (Prozent und 95% KI)

		Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt	
		niedrig (1-2 Items)	hoch (3-4 Items)
islamismusaffine Einstellungen	offen für islamistisches Gedankengut	6.86 [5.49 - 8.23]	0.06 [0 - 0.19]
	klar islamismusaffine Einstellung	3.88 [2.84 - 4.93]	1.33 [0.71 - 1.95]

Die Gruppe der klar islamismusaffin Eingestellten, die gleichzeitig in niedrigem Maße islamistisch motivierte Gewalt akzeptieren umfasst 3.88% der muslimischen Befragten, was für die Bevölkerung bei Anwendung eine 95% Konfidenzintervalls zu einer Rate führt, die zwischen 2.84% und 4.93% liegt. Klar islamismusaffine Einstellungen kombiniert mit einer hohen Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt findet sich bei 1.33% der muslimischen Befragten, in der muslimischen Bevölkerung liegt diese Rate unter Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls zwischen 0.71% und 1.95%.

Betrachtet man - ohne eine Differenzierung nach der Ausprägung der islamismusaffinen Einstellungen und der Intensität der Gewaltakzeptanz vorzunehmen - das Gesamtpotential der Personen, die mindestens offen für islamistisches Gedankengut sind und sich gleichzeitig als mindestens in niedrigem Maß islamistisch motivierte Gewalt akzeptierend darstellen, dann liegt dieses Potential in der befragten Stichprobe bei einer Rate von 12.13%, was für die Gesamtbevölkerung zu einem geschätzten Intervall zwischen 10.4% und 13.9% führt.

9 Zusammenfassung und Ausblick

An der ersten Welle der repräsentativen Einstellungsbefragung „Menschen in Deutschland 2021“ nahmen N = 4 483 Personen ab einem Alter von 18 Jahren teil. Darunter waren auch n = 1 310 Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit.

Die Rücklaufquote lag bezogen auf die Gesamtstichprobe bei 23.3%, was im Vergleich zu ähnlichen Befragungen als recht gut eingeordnet werden kann. Nach entsprechenden Gewichtungen erweist sich diese Stichprobe im Hinblick auf zentrale soziodemographische Merkmale als gut mit der Grundgesamtheit übereinstimmend. Die Repräsentativität der Stichprobe in Bezug auf die Grundgesamtheit der Gesamtbevölkerung wie auch mit Blick auf die Teilpopulation der in Deutschland lebenden Muslim*innen kann als hinreichend abgesichert betrachtet werden. Insofern sind Feststellungen zur Verbreitung der jeweils in den Blick genommenen Phänomene für die in Bezug genommenen Populationen – unter Beachtung der maßgeblich durch die Stichprobengröße bedingten Schätzungenauigkeiten – hinreichend abgesichert.

Ein zentrales Ziel der repräsentativen Einstellungsbefragungen besteht darin, Erkenntnisse über die Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen in ihren verschiedenen Formen zu gewinnen, um auf einer Primärdatenbasis – d.h. unabhängig von und in Ergänzung zu den Daten offizieller Statistiken und Registrierungen durch Polizei und Sicherheitsbehörden – Einschätzungen vornehmen und Trends analysieren zu können.

Neben der Erfassung ideologisch spezifizierter Formen politisch extremistischer Einstellungen (rechtsextreme und islamismusaffine Einstellungen) wurde auch ein Instrument zur phänomenübergreifenden Erfassung demokratiedistanter Einstellungen im Sinne der Ablehnung grundlegender Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates entwickelt und eingesetzt.

Darüber hinaus wurden, ebenfalls ideologie- und in diesem Sinne phänomenübergreifend, politisch relevante Formen intoleranter Einstellungen der Befragten erfasst. Diese beziehen sich auf Antisemitismus, Ablehnung Homosexueller, Ausländerablehnung und Islamablehnung.

Unabhängig von diesen verschiedenen Formen intoleranter sowie extremismusaffiner Einstellungen wurde ferner untersucht, in welchem Maße die befragten Personen politisch motivierte Gewalt akzeptieren. Diese Daten bieten Anhaltspunkte dazu, in welchem Maße extremismusaffin oder intolerant eingestellte Personen zugleich auch gewaltbefürwortend speziell mit Blick auf politisch bzw. politisch-religiös eingesetzte Gewalt sind.

Abseits der Erhebung der individuellen Einstellungen der befragten Personen mit Blick auf Intoleranz und extremismusaffine Haltungen wurden auch Beobachtungen zur Verbreitung unterschiedlicher Formen politischer Extremismen – differenziert nach links- und rechtsextremistischen sowie islamistischen Erscheinungsformen - erfasst. Weiter wurde das subjektiv empfundene Ausmaß der Bedrohung, das die Befragten mit Blick auf verschiedene Formen politisch motivierter Gewalt erleben, erhoben. Ergänzt wurde dies durch die Erfassung der Beobachtung von Verhaltensweisen, die als Hinweise auf Formen der Intoleranz und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld eingeordnet werden können. Schließlich erfolgte auch die Erhebung eigener Viktimisierungserfahrungen der Befragten als Opfer von Intoleranz und Diskriminierung wegen Nationalität/ethnischer Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

Dieses Vorgehen einer mehrdimensionalen Erfassung gestattet es, die Verbreitung von Extremismen aus unterschiedlichen Perspektiven hinsichtlich ihrer subjektiven Relevanz wie auch ihres Umfeldes differenzierter beschreiben und präziser verorten zu können.

In Bezug auf ihr eigenes Lebensumfeld berichteten 31.0% der Befragten, dass sie „manchmal“ oder „oft“ mindestens eine von vier thematisierten Formen der Intoleranz

(Angriff oder Beleidigung wegen Nationalität/ethnischer Herkunft; Angriff oder Beleidigung wegen Hautfarbe; Beleidigung von Menschen jüdischen Glaubens; Wahrnehmung antisemitischer Schmierereien) in den letzten 12 Monaten beobachtet haben. Solche Formen rassistischer oder antisemitischer Intoleranz erweisen sich insofern als ein Phänomen, dass einem großen Anteil der Bevölkerung mehr als nur selten im eigenen direkten Lebensumfeld begegnet. Weiter zeigt sich, dass derartige Erlebnisse regional sehr unterschiedlich verteilt sind. So liegen die Raten entsprechender Beobachtungen im Osten Deutschlands deutlich höher als in den meisten westlichen Bundesländern. Weiter erweist sich, dass Einschätzungen und Bewertungen von Situationen sich zwischen Personen mit unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen (z.B. Geschlecht und Alter) oder Einstellungen (z.B. politische Selbstverortung oder Parteipräferenzen) zum Teil recht deutlich unterscheiden. So geben z.B. Personen, die sich selbst am linken oder rechten Rand des politischen Spektrums verorten, deutlich häufiger an, Formen von Intoleranz beobachtet zu haben.

Abseits der Beobachtungen solcher Geschehnisse, die auch ohne eine eigene unmittelbare Betroffenheit stattfinden, weisen die Angaben der Befragten zu Erlebnissen damit, selbst unmittelbar Opfer von Benachteiligung wegen Hautfarbe, Nationalität, ethnischer Herkunft oder Religion gewesen zu sein, darauf hin, dass solche Formen von Ungleichbehandlung innerhalb der Bevölkerung recht häufig sind. So gaben 6.6% der Befragten an, aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein. Mehr als doppelt so viele Personen berichteten von Diskriminierungen aufgrund ihrer Nationalität (16.4%) oder ihrer ethnischen Herkunft (12.6%). Vergleichbar war mit 12.9% die Rate der Diskriminierungserfahrungen wegen Religion. Diese Formen von Ausgrenzung und Intoleranz erleben vor allem junge Menschen sowie Personen mit Migrationshintergrund deutlich gehäuft. So berichteten von den Migrant*innen der 1. Generation 21.1% wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein. In der 2. Generation waren dies mit 19.4% vergleichbar viele. Religionsbezogene Diskriminierungen erlebten Migrant*innen der 1. Generation zu 27.1%. In der 2. Generation lag diese Rate mit 37.3% nochmals höher. Eine Diskriminierung wegen ethnischer/nationaler Herkunft berichteten nochmals mehr Befragte mit Migrationshintergrund. Hier lagen die Raten für Migrant*innen der 2. Generation bei 44.4%, innerhalb der 1. Generation waren mit 52.0% mehr als die Hälfte davon betroffen.

Ganz besonders stark von Diskriminierung und Intoleranz betroffen sind nach unseren Befunden die in Deutschland lebenden Muslim*innen. 26% von Ihnen berichteten Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Hautfarbe. In enorm hohem Maße finden sich hier Diskriminierungen wegen ethnischer Zugehörigkeit bzw. Nationalität, welche fast zwei Drittel der Muslim*innen berichteten (64.7%), sowie Diskriminierungen wegen der eigenen Religion, die 61.5% der muslimischen Befragten berichteten. Insoweit ist speziell bei Muslim*innen die Konfrontation mit Intoleranz und Ungleichbehandlung ein sehr weit verbreitetes Problem.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass Formen von Intoleranz und Diskriminierung, unabhängig von der dahinterstehenden politischen Ideologie und insoweit also phänomenübergreifend, sowohl auf Ebene der Beobachtung entsprechender Phänomene im eigenen Lebensumfeld, also aus der Perspektive von Zeug*innen, als auch auf der Ebene tatsächlicher eigener Betroffenheit durch Ungleichbehandlung und Diskriminierung, also aus der Perspektive als Opfer, in Deutschland eine recht hohe Verbreitung haben. Insbesondere in Deutschland lebende Migrant*innen, darunter vor allem solche mit einer

muslimischen Religionszugehörigkeit, erweisen sich in dieser Hinsicht als recht stark betroffen. Weiter ist zu erkennen, dass sowohl entsprechende Beobachtungen als auch diesbezügliche eigene Opfererfahrungen von den jüngeren Erwachsenen deutlich häufiger artikuliert werden als von Älteren. Ferner finden sich in dieser Hinsicht zum Teil recht erhebliche regionale Divergenzen, sowohl mit Blick auf die verschiedenen Bundesländer als auch in Bezug auf die Größe des Wohnortes der Befragten.

Im Hinblick auf phänomen- und ideologiespezifische Formen politisch-extremistischer Aktivitäten lässt sich aus den Angaben der Befragten zu eigenen Beobachtungen folgern, dass zumindest in der subjektiven Wahrnehmung der Auftretenshäufigkeit solcher Phänomene dem Bereich des Rechtsextremismus die höchste Relevanz zukommt. 37.0 % der Befragten berichteten davon, in ihrem Lebensumfeld rechtsextremistische Aktivitäten beobachtet zu haben. An zweiter Stelle der Beobachtungshäufigkeit stehen linksextremistische Aktivitäten mit 32.9% und erst an dritter Stelle folgen Beobachtungen islamistischer Aktivitäten, die von 23.9% der Befragten benannt wurden. Es finden sich mit Blick auf solche Beobachtungen klare Zusammenhänge mit der eigenen politischen Selbstverortung der Befragten. Linksorientierte Befragte nahmen vermehrt rechtextreme Aktivitäten wahr, während rechtsorientierte Befragte eher Formen des Linksextremismus bzw. des Islamismus berichteten.

Im Hinblick auf politisch-extremistische Formen der Gewalt artikulierten 20% der Befragten, sich „etwas“ oder „sehr“ durch rechtsextremistische Gewalt bedroht zu fühlen. An zweiter Stelle rangiert hier die Bedrohung durch islamistisch motivierte politische Gewalt, die 16.1% der Befragten zum Ausdruck brachten. Das geringste Bedrohungsgefühl ergab sich insoweit für linksextremistische Gewalt, durch welche sich nur 10.3% bedroht fühlten. Insoweit zeigt sich auf Ebene der Bedrohungsgefühle, dass subjektiv dem Islamismus seitens der Befragten höhere Relevanz zukommt als dem Linksextremismus.

Abseits der subjektiven Wahrnehmung von Intoleranz und politischem Extremismus im eigenen Lebensumfeld sind auch die eigenen Haltungen der Befragten selbst, ihre Einstellungen zu Demokratie und ihre Einstellungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Teilgruppen im Sinne von Vorurteilen Ausgrenzung und Diskriminierung, hoch relevant. Sie betreffen entscheidende Größen zur Einschätzung der aktuellen gesellschaftlichen Situation, die Hinweise auf jene Teilpopulationen gestatten, welchen mit Blick auf Erfordernisse von Prävention und Aufklärung eine besondere Bedeutung zukommen sollte.

Mit Blick auf eigene intolerante Einstellungen war ideologie- und damit phänomenübergreifend festzustellen, dass Intoleranz in Bezug auf Ausländer am stärksten verbreitet war. So stimmten 38.7% der Aussage „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ zu. Eine Gleichbehandlung von Ausländern bei der Vergabe von Wohnraum lehnten 11.4% Befragten ab. Auch islamablehnende Haltungen finden sich in relevantem Maße. So lehnten 15.3% der Befragten ab, dass Muslim*innen ihre Religion in Deutschland frei ausüben sollten. 30.8% äußerten die Sorge, dass Deutschland ein islamisches Land werden könnte.

Insoweit artikulierte mehr als ein Drittel der Bevölkerung Haltungen, die durch Sorgen vor Überfremdung und dem Verlust der Relevanz der eigenen Kultur gekennzeichnet sind. Im Hinblick auf Antisemitismus stimmten 4.4% der Aussage zu, dass man Juden nicht trauen könne und 8.8% vertraten die Meinung, dass Juden bei uns zu viel Einfluss hätten. Ablehnung Homosexueller, erfasst über die Äußerung von Wut, „wenn Homosexuelle in

der Öffentlichkeit Hand in Hand gehen oder sich küssen“ wurde von 11.6% bejaht und ein Verbot von Homosexualität von 7.8% der Befragten befürwortet.

Fasst man diese verschiedenen Formen von Intoleranz im Sinne eines latenten Konstruktes der Intoleranz gegenüber Fremdgruppen zusammen, so erweisen sich 3.7% der Befragten als eindeutig intolerant eingestellt. Für die Gesamtbevölkerung führt dies bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls zu einer geschätzten Rate eindeutig intolerant eingestellter Erwachsener, die zwischen 3.1% und 4.2% liegt. Eine Offenheit gegenüber solchen Formen der Intoleranz findet sich bei 16.8%, was für die Gesamtbevölkerung einer geschätzten Rate zwischen 15.7% und 17.9% entspricht.

Das Gesamtpotential der in diesem Sinne gegenüber Fremdgruppen mit Vorbehalten ausgestatteten und zumindest teilweise intoleranten Personen liegt danach in einer Größenordnung von etwa einem Fünftel (20.5%) der Stichprobe. Für die erwachsene Wohnbevölkerung insgesamt ist insofern, bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls, davon auszugehen, dass zwischen 19.3% und 21.7% solche Einstellungen aufweisen.

Solche Formen der Intoleranz sind bei älteren Befragten häufiger anzutreffen. Sie finden sich bei Personen mit geringer Bildung häufiger und lassen sich auch in den verschiedenen Bundesländern in deutlich unterschiedlichem Maße feststellen. Insoweit finden sich hier klare Unterschiede zwischen Regionen und nach sozialen Merkmalen differenzierbaren Teilgruppen, was mit Blick auf die gezielte Ausrichtung von Präventionsmaßnahmen zu beachten wäre und in den weiteren Analysen der vorliegenden Daten auch noch genauer untersucht werden soll.

Mit Blick auf die im engeren Sinne politischen Einstellungen zeigte sich in der vorliegenden Studie auf Basis einer phänomenübergreifenden Erfassung ablehnender Haltungen zu Freiheitsrechten, Prinzipien der demokratischen Verfasstheit und grundlegenden Gleichheitsrechten, dass im Jahr 2021 bei 14.0% der Befragten demokratiedistante Einstellungen nachweisbar waren. Für die Gesamtbevölkerung der in Deutschland lebenden Erwachsenen führt dies zu einer geschätzten Verbreitung einer solchen demokratiedistanten Einstellung, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% in einem Intervall zwischen 13% und 15% liegt.

In phänomenspezifischer Hinsicht wurden in der vorliegenden Studie weiter auch rechtsextreme und islamismusaffine Einstellungen erhoben.

In Bezug auf rechtsextreme Einstellungen fanden sich bei Anwendung einer Messung auf Basis der sogenannten Konsensdefinition 4.9% Befragte mit klar rechtsextremen Einstellungen. Für die Gesamtbevölkerung der Erwachsenen ab 18 Jahre in Deutschland ist diesbezüglich eine Rate anzunehmen, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 4.2% und 5.5% liegt.

> Die Befunde der Leipziger Autoritarismusstudie liegen mit 4.3% recht ähnlich und fallen auch in dieses Intervall (Decker et al. 2020, S. 51). Küpper et al. (2021) berichten demgegenüber für die Bielefelder Mitte-Studie eine deutlich niedrigere Rate von 1.7% eindeutig rechtsextrem eingestellter Personen. Allerdings war in der Mitte-Studie die Erhebungsmethodik (telefonische Befragung) eine andere und die Rücklaufquote war mit 12% deutlich niedriger. Zudem waren Migrant*innen der 1. Generation unterrepräsentiert, also gerade jene Gruppe von Migrant*innen, welche nach unseren Befunden in erhöhtem Maße rechtsextreme Haltungen aufweist.

Darüber hinaus fanden sich in der Stichprobe zusätzlich noch 21.8%, die eine gewisse Offenheit für rechtsextreme Haltungen artikulierten. Diesbezüglich ist zu schätzen, dass

zwischen 20.6% und 23.0% der erwachsenen Wohnbevölkerung (95% Konfidenzintervall) eine solche Offenheit für rechtsextremes Gedankengut aufweisen.

Von den klar rechtsextrem eingestellten Personen erwiesen sich in unserer Studie etwa die Hälfte (2.6% der Gesamtstichprobe) gleichzeitig auch als demokratiedistant. Dies ist im Sinne eines politischen Extremismus eine besonders relevante Risikogruppe. Weiter fanden sich unter jenen, die als offen für rechtextreme Ideologien einzustufen waren, bei etwa einem Viertel (dies sind 5.9% der gesamten Stichprobe) zugleich auch demokratiedistante Einstellungen.

Fasst man diese beiden Gruppen zusammen (d.h. demokratiedistant und entweder offen für rechtsextreme Haltungen oder klar rechtsextrem eingestellt) dann sind 8.5% der Stichprobe hier zu finden. Damit ergibt sich für die Gesamtbevölkerung bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls eine Rate zwischen 7.6% und 9.3% rechtsextrem orientierter und zugleich demokratiedistanter Personen. Es zeigt sich damit für den Bereich der mit rechtsextremen Gedanken unterlegten Demokratiedistanz in der erwachsenen Wohnbevölkerung ein durchaus erhebliches Potential, das ein wichtiger Adressat für entsprechende Präventionsbemühungen sein sollte.

Im Hinblick auf die Verortung dieses Potentials zeigte sich, dass Personen mit solchen Einstellungen im Osten Deutschlands, vor allem in den neuen Bundesländern mit höheren Raten anzutreffen sind. Derartige Einstellungen sind - wie zu erwarten - im rechten politischen Spektrum ebenfalls deutlich vermehrt vertreten. Sie werden ferner von älteren Personen ab 60 Jahren aufwärts in erheblich stärkerem Maße geteilt. Insofern ist es für die Prävention im Bereich des Rechtsextremismus wesentlich, Konzeptionen zu entwickeln, die vor allem auch ältere Erwachsene zielgerichtet ansprechen. Eine Beschränkung auf junge Menschen wäre vor diesem Hintergrund sicherlich nicht ratsam, da gerade innerhalb der älteren erwachsenen Wohnbevölkerung ein wesentlicher Resonanzboden zur Unterstützung rechtsextremer Positionen zu verorten ist.

Im Hinblick auf das Phänomen eines politisch-religiösen Extremismus in Form des Islamismus zeigen unsere Befunde, dass 9.3% der muslimischen Befragten eindeutige Zustimmungen zu islamistischen Positionen artikulierten und insofern als Personen mit klar islamismusaffinen Einstellungen einzustufen sind. Für die Population der insgesamt in Deutschland lebenden erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung ist danach, bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls, zu schätzen, dass zwischen 7.7% und 11.0% klar islamismusaffine Einstellungen aufweisen. Von diesen lässt etwa ein Drittel (das sind 3.1% der gesamten Teilstichprobe der Muslim*innen) zugleich auch demokratiedistante Haltungen im hier definierten Sinne erkennen.

Bei einem weiteren Fünftel der muslimischen Stichprobe (20.0%) zeigt sich eine Offenheit für islamistisches Gedankengut. Dies führt für die Gesamtbevölkerung der in Deutschland lebenden Muslim*innen zur Schätzung einer Rate der Offenheit für islamistische Haltungen, die mit 95% Wahrscheinlichkeit in einem Intervall von 17.7% bis 22.2% liegt. Die Kombination einer solchen Offenheit für islamistische Haltungen mit Demokratiedistanz zeigte sich bei 3.6% aller befragten Muslim*innen.

Insgesamt beläuft sich damit das Potential der demokratiedistanten und zugleich für islamistische Positionen zumindest offenen Muslim*innen in der hier untersuchten Stichprobe auf 6.7%. In Bezug auf die in Deutschland lebende, erwachsene muslimische Wohnbevölkerung führt dies bei Verwendung eines 95% Konfidenzintervalls zu einer

geschätzten Rate solcher demokratiedistant-islamismusaffinen Haltungen, die zwischen 5.2% und 8.0% liegt.

Damit liegt innerhalb der Bevölkerung der in Deutschland lebenden Muslim*innen die Rate der Personen mit Einstellungen im Sinne einer islamistisch konnotierten Demokratiedistanz in etwa in einer vergleichbaren Größenordnung, wie sie auf Basis unserer Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung mit Blick auf die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen in Kombination mit Demokratiedistanz anzunehmen ist.

Im Hinblick auf die soziale Verortung der Muslim*innen mit islamismusaffinen Einstellungen ist weiter zu beachten, dass hier – anders als im Falle rechtsextremer Einstellungen, die sich vermehrt bei älteren Menschen finden – die Raten der Affinität zu islamistischen Positionen vor allem bei jüngeren Menschen deutlich erhöht ausfallen. Welche Rolle für diesen Befund den durch muslimische Befragte deutlich häufiger berichteten persönlichen Diskriminierungen zukommt, bleibt weiteren Analysen vorbehalten. Denkbar wäre, dass Befragte mit islamismusaffinen Einstellungen möglicherweise als junge Migrant*innen in erhöhtem Maße wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer Religion in Deutschland Adressaten von Vorurteilen oder Diskriminierung gewesen sind, was Einfluss auf deren Radikalisierung gehabt haben kann.

In Bezug auf die phänomenübergreifend erfasste Akzeptanz politisch motivierter Gewalt lässt sich feststellen, dass mit 88% die weit überwiegende Mehrheit der Befragten sich klar Gewalt ablehnend positioniert. Eine niedrige Gewaltakzeptanz war bei 9.7% der Befragten festzustellen, während phänomenübergreifend eine hohe Gewaltakzeptanz nur bei 2.3% der Befragten zu erkennen war. Für die Gesamtbevölkerung ergibt sich daraus eine geschätzte Rate an Personen, die in hohem Maße Einstellungen aufweisen, die einem Einsatz von Gewalt zu politischen Zwecke eindeutig zustimmend gegenüberstehen, die zwischen 1.9% und 2.8% liegt.

Eine positive Bewertung politisch motivierter Gewalt war bei Männern etwas häufiger zu erkennen als bei Frauen. Sie war zudem bei jüngeren Befragten häufiger zu registrieren. Es zeigte sich weiter, dass bei einer solchen phänomenübergreifenden Bestimmung von Gewaltakzeptanz die Rate hoch gewaltbefürwortender Personen im rechten politischen Spektrum erheblich höher ist als in der Mitte oder im eher linken Bereich. Dies gilt sowohl bei Zugrundlegung der politischen Selbstverortung im Links-Mitte-Rechts-Schema als auch bei Betrachtung der Parteipräferenzen.

Besonders relevant im Hinblick auf die Praxis der Prävention erscheinen weiter die Zusammenhänge zwischen einer solchen phänomenübergreifenden Gewaltakzeptanz auf der einen sowie Intoleranz, Demokratiedistanz und rechtsextremen Einstellungen auf der anderen Seite.

Hier zeigte sich, dass das Gesamtpotential der erwachsenen Personen, die sich selbst als demokratiedistant und zugleich gewaltakzeptierend darstellt (entweder niedrig oder hoch), in der Stichprobe bei etwa 3% liegt, was für die Gesamtbevölkerung zu einer geschätzten Rate führt, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 2.5% und 3.5% liegt.

Im Hinblick auf intolerante, durch pauschalisierende Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten gekennzeichnete Einstellungen war festzustellen, dass das Gesamtpotential intolerant (mittlere und hohe Intoleranz) und zugleich auch gewaltakzeptierend eingestellter Personen (niedrige und hohe Gewaltakzeptanz) bei etwa 4.2% liegt, was für

die Gesamtbevölkerung zur Schätzung einer Rate führt, die mit 95% Wahrscheinlichkeit zwischen 3.6% und 4.7% liegt.

Für rechtsextreme Einstellungen ist zu konstatieren, dass ein nicht unerheblicher Teil der so eingestellten Personen auch gewaltbefürwortende Einstellungen äußerte. Die Gruppe der klar rechtsextrem eingestellten Befragten umfasst 4.9% der Stichprobe. Eine niedrige Gewaltakzeptanz kombiniert mit einer klar rechtsextremen Einstellung findet sich bei 1.1% aller Befragten. Als klar rechtsextrem und zugleich in hohem Maße gewaltakzeptierend erweisen sich weitere 1%. Nimmt man diese beiden Gruppen zusammen, dann ist bezogen auf die erwachsene Gesamtbevölkerung damit zu rechnen, dass zwischen 1.5% und 2.7% der Bevölkerung klar rechtsextrem und zugleich politische Gewalt zumindest in gewissem Maße akzeptierend eingestellt sind.

Nimmt man noch die Gruppe jener Personen hinzu, die eine gewissen Offenheit für rechtsextremes Gedankengut erkennen lassen, dann beläuft sich das Gesamtpotential rechter Orientierungen (offen für rechtsextreme Haltungen oder klar rechtsextrem) in Kombination mit einer gewissen Gewaltakzeptanz (niedrig oder hoch) auf 5.7% in der Stichprobe. Für die Gesamtbevölkerung ist damit die entsprechende Rate mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% auf eine Größenordnung zu schätzen, die zwischen 5.0% und 6.4% liegt.

Im Hinblick auf die Teilstichprobe der Muslim*innen wurde auch die Verbreitung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt untersucht. Hier erwies sich, dass drei Viertel der Befragten (74.7%) islamistisch motivierte Gewalt vollständig ablehnen. Eine niedrig ausgeprägte Akzeptanz solcher Gewalt fand sich bei 23.6% der befragten Muslim*innen. Diese bezieht sich vor allem auf die Akzeptanz defensiver gewaltförmiger Reaktionen in Form der Verteidigung des Islam sowie der Reaktion auf eine Beleidigung des Propheten. Für die Population der erwachsenen Muslim*innen liegt die geschätzte Rate (95% KI) einer niedrigen Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt zwischen 21.14% und 25.99%.

Eine hohe Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt fand sich bei 1.7% der befragten Muslim*innen, was für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden Muslim*innen zu einer geschätzten Rate (95% KI) zwischen 0.96% und 2.44% führt.

Die Kombination einer klar islamismusaffinen Einstellung mit einem niedrigen Maß der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt zeigten 3.9% der muslimischen Befragten. Bei weiteren 1.3% fand sich eine klar islamismusaffine Einstellung in Kombination mit einer hohen Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt.

Bei Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls ist damit davon auszugehen, dass zwischen 3.5% und 6.9% der in Deutschland lebenden Muslim*innen eine klar islamismusaffine Einstellung in Kombination mit einer geringen oder hohen Ausprägung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt erkennen lassen.

Betrachtet man, ohne eine Differenzierung nach der Ausprägung der islamismusaffinen Einstellungen einerseits und der Intensität der Gewaltakzeptanz andererseits vorzunehmen, das Gesamtpotential der Personen, die einerseits mindestens offen für islamistisches Gedankengut sind und die sich andererseits gleichzeitig als mindestens in niedrigem Maß islamistisch motivierte Gewalt akzeptierend darstellen, dann liegt dieses in der befragten Stichprobe bei einer Rate von 12.1%, was für die muslimische Bevölkerung ab 18 Jahren zu einer Schätzung zwischen 10.4% und 13.9% führt (95% Konfidenzintervall).

Damit erweist sich eine substanzielle Minderheit der in Deutschland lebenden Muslim*innen als tendenziell offen für islamistisches, auch mit Gewalt assoziiertes Gedankengut, was auf einen nicht unerheblichen, phänomenspezifischen Bedarf an Prävention in diesem Bevölkerungssegment verweist.

Hierbei stellt sich ganz zentral auch die Frage, inwieweit die gerade von muslimischen Migrant*innen artikulierten Erfahrungen individueller wie auch kollektiver Marginalisierung und der Konfrontation mit Bedrohung und Intoleranz für die Etablierung solcher Einstellungen einen wesentlichen Hintergrund darstellen, was mit Blick auf die Konzeption von Prävention ein nicht unerhebliches zu beachtendes Moment wäre. Auffallend ist jedenfalls, dass insbesondere bei jüngeren Muslim*innen islamismusaffine Haltungen häufiger zu beobachten sind. Hier ist auch die Akzeptanz islamistischer Gewalt häufiger anzutreffen. Gleichzeitig ist gerade diese Teilgruppe nach unseren Befunden aber auch besonders dadurch gekennzeichnet, dass sie vermehrt Erfahrungen von Intoleranz, Ausgrenzung und Bedrohung berichten.

In den weiteren Analysen der ersten Welle der Einstellungsbefragungen MiD 2021 wie in den daran anschließenden weiteren jährlichen Erhebungen in den folgenden Jahren wird insoweit vor allem die Frage möglicher Hintergründe und treibender Faktoren aufgegriffen, die zur Etablierung von Intoleranz und Formen extremismusaffiner Haltungen führen. Eine wesentliche Frage ist dabei unter anderem, inwieweit individuelle Erlebnisse der Konfrontation mit Intoleranz und Diskriminierung einerseits sowie Wahrnehmungen einer kollektiven Benachteiligung der Eigengruppe – als maßgebliche Referenzgruppe für die eigene personale wie auch soziale Identität und Kultur - wichtige Faktoren darstellen, die zu erklären vermögen, in welchen Teilpopulationen und -regionen sich Einstellungen im Sinne der Akzeptanz politisch-extremistischer Positionen entwickeln, die sich ggfs. auch mit einer Akzeptanz von Gewalt verbinden und so zu einer problematischen Gemengelage in bestimmten Teilpopulationen führen.

An solche multivariat angelegten Analysen schließt sich weiter die Frage an, inwieweit diesbezügliche Veränderungen solcher Einflussfaktoren tatsächlich auch wesentlich für Entwicklungen im Sinne gesellschaftlicher Trends über die Zeit sind, die nicht nur in den Einstellungsbefragungen des Teilvorhabens unserer Forschungsgruppe an der UHH sondern im MOTRA-Verbund insgesamt multimethodal systematisch in den Blick genommen werden.

Literatur

American Jewish Committee (2022). *Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativ-befragung durchgeführt von dem Institut für Demoskopie Allensbach*. Berlin : American Jewish Committee Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute.

Backes, U. (1989). *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen: Budrich.

Backes, U. & Jesse, E. (1996). *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. 4. Aufl. Bonn: bpb.

Baier, D. Krieg, Y. & Kliem, S. (2021). Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland und der Schweiz. Welche Rolle spielt die Religionszugehörigkeit? *Kriminologisches Online Journal, 3*(3) 249-269.

Baier, D. Manzoni, P. & Bergmann, M.C. (2016). Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter. Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 99*(3), 171-198.

Beelmann, A. (2019). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechts-extremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Jena: FSU.

Beelmann, Andreas (2020): A Social-Developmental Model of Radicalization: A Systematic Integration of Existing Theories and Empirical Research. *International Journal of Conflict and Violence 14* (1), S. 1-14. DOI: 10.4119/ijcv-3778.

Brettfeld, K. Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021a). Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger. *MOTRA-Monitor 2020.* Wiesbaden: BKA. 100-129.

Brettfeld, K. Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021b). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments.* MOTRA Forschungs-bericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissen-schaft. Hamburg: Universität. Hamburg. www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-1.pdf

Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2007). *Muslime in Deutschland: Integration, Integrations-barrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt.* Berlin: BMI.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019). *Verfassungsschutzbericht 2018*. Berlin: BMI.

Bundesverfassungsgericht (2017). *Urteil des zweiten Senats vom 17. Januar 2017*. 2 BvB 1/13.

Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger-Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, O. & Brähler, E. (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Realität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, O. , Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue*

Radikalität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020. Gießen: Psychosozial Verlag. 27-87.

Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: FES.

Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung – Methodenbericht.* MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität. Hamburg. www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-2-neu.pdf

Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Rechtspsychologie* 8 (2), 173-195.

Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H. & Wagner, W. (2011). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Goede, L-R. (2019). Islamistische Einstellungen und Verhaltensweisen unter muslimischen Jugendlichen. Ergebnisse einer deutschlandweiten Jugendstudie. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 31* (3), 204–213.

Goede, L-R., Lopez Trillo, A. (2020). Islamistischer Extremismus: anderes Geschlecht, andere Risikofaktoren? *Rechtspsychologie, 6*(4), 533-558.

Kemmesies, U. & Wetzels, P. (2021). Vorwort. In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020*, (S. 10-21). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-9-7_2021_MOTRA.

Koopmanns, R. (2015). Religious fundamentalism and hostility against out groups. A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies, 41*, 33-57.

Krieg, Y. & Kliem, S. (2019). Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Niedersachsen. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 102(*2), 135-153.

Küpper, B., Zick, A. & Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In: A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21.* Bonn: H.W. Dietz. 75-111.

Manzoni, P., Baier, D., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M., & Jacot, C. (2018). *Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz. Forschungsbericht*. Zürich : Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. doi.org/10.21256/zhaw-4862.

Pfündel, K., Stichs, A. & Tanis, K. (2021). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Berlin: BAMF.

Seidensticker, T. (2016). *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen.* München: C.H. Beck.

Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R. Fischer, J. & Farren, D. (2022). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021“. In : U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, Ch. Büscher, A. Dessecker, E. Grande & D. Rieger. *MOTRA-Monitor 2021.* Wiesbaden: BKA. 73-103.

Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn: Dietz.

Photo by UHH/RRZ/Mentz

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg